

Anna Lanz

Politische Soziale Arbeit

Aktuell diskutierte Denkmodelle in der Debatte um politische Soziale Arbeit.
Wie sind sie begründet, was ist ihr Nutzen für die Praxis und welche handlungsleitenden
Erkenntnisse bringt eine Reflexion aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive

Bachelorthesis der Berner Fachhochschule – Soziale Arbeit. Juni 2013

Sozialwissenschaftlicher Fachverlag «Edition Soziothek». Die «Edition Soziothek» ist ein Non-Profit-Unternehmen des Vereins Bildungsstätte für Soziale Arbeit Bern. Der Verein ist verantwortlich für alle verlegerischen Aktivitäten.

**Schriftenreihe Bachelor- und Masterthesen der
Berner Fachhochschule – Soziale Arbeit**

In dieser Schriftenreihe werden Bachelor- und Masterthesen von Studierenden der Berner Fachhochschule – Soziale Arbeit publiziert, die mit dem Prädikat „sehr gut“ oder „hervorragend“ beurteilt und vom Ressort Diplomarbeit der Berner Fachhochschule – Soziale Arbeit zur Publikation empfohlen wurden.

Anna Lanz: Politische Soziale Arbeit. Aktuell diskutierte Denkmodelle in der Debatte um politische Soziale Arbeit. Wie sind sie begründet, was ist ihr Nutzen für die Praxis und welche handlungsleitenden Erkenntnisse bringt eine Reflexion aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive.

© 2014 «Edition Soziothek» Bern
ISBN 978-3-03796-513-9

Verlag Edition Soziothek
c/o Verein Bildungsstätte für Soziale Arbeit Bern
Hallerstrasse 10
3012 Bern
www.soziothek.ch

Jede Art der Vervielfältigung ohne Genehmigung des Verlags ist unzulässig.

Anna Lanz

Politische Soziale Arbeit

Aktuell diskutierte Denkmodelle in der Debatte um politische Soziale Arbeit. Wie sind sie begründet, was ist ihr Nutzen für die Praxis und welche handlungsleitenden Erkenntnisse bringt eine Reflexion aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive.

Bachelor-Thesis zum Erwerb
des Bachelor-Diploms in Sozialer Arbeit

Berner Fachhochschule
Fachbereich Soziale Arbeit

Abstract

Nachdem die Soziale Arbeit in den 70er Jahren stark von politischen Auseinandersetzungen geprägt war, folgte darauf eine Phase, in der die gesellschaftliche Perspektive in Theorie und Praxis zugunsten einer individuumszentrierten Perspektive in den Hintergrund trat. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts hat sich der Diskurs um die politische Funktion Sozialer Arbeit wieder intensiviert. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen wie die zunehmende Neoliberalisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft, die Transformation des Wohlfahrtsstaates in einen aktivierenden Sozialstaat, die wachsende soziale Ungleichheit und die Individualisierung sozialer Probleme werden zunehmend kritisiert, die Bedeutung des Staates wird thematisiert. Aus diesen Entwicklungen entstehen sozialstaatliche Forderungen an die Soziale Arbeit, welche nicht mit deren Zielen vereinbar sind. Dies generiert das Bedürfnis bei Sozialarbeitenden, auf gesellschaftliche Strukturen, die sozialen Ungleichheiten zugrunde liegen, Einfluss zu nehmen sowie, um diese nicht zu verfestigen, die eigene Rolle in der Gesellschaft zu reflektieren. Die Forderung nach politischer Sozialer Arbeit wird im aktuellen Diskurs anhand verschiedener Denkmodelle beschrieben. Mit Publikationen zu den Modellen des Politischen Mandates, der Repolitisierung Sozialer Arbeit und Kritischer Sozialer Arbeit als Gegenstand der Analyse geht die vorliegende Bachelorarbeit der Frage nach, welche Konzepte und Begründungen jeweils vertreten werden, welche Verständnisse von Politik und dem politischen Aspekt der Sozialen Arbeit ersichtlich werden und welche Handlungsvorschläge daraus erschlossen werden. Der Fragestellung dieser Arbeit nach den Nutzen und Begrenzungen der aktuellen Debatte für die Praxis Sozialer Arbeit wurde anhand dieser Literaturanalyse nachgegangen sowie anhand der Reflexion einzelner Aspekte der Denkmodelle an ausgewählten Elementen der gesellschaftstheoretischen Konzeption von Martin Graf. Die zentrale Schlussfolgerung der Arbeit besteht daraus, dass dieses Konzept als normative Orientierung für die Handlungsvorschläge der Denkmodelle genutzt werden kann. Basierend auf einer diskursiven Legitimitätsprüfung professioneller Handlungen soll das Ziel sozialarbeiterischer Interventionen die Herstellung kommunikativer Situationen sein und somit eine breite Teilnahme der Menschen am gesellschaftlichen Diskurs ermöglichen. Dies stärkt eine Demokratie, in der die Mehrheit der Interessen berücksichtigt wird anstelle der Interessen der Mehrheit. Die Differenzierung des Politikbegriffs ermöglicht eine Spezifizierung, auf welcher politischen Ebene Veränderungen angestrebt werden. Soziale Arbeit, verstanden als ein kritisches Moment der Gesellschaft, zielt auf eine Mitgestaltung gesellschaftlicher Strukturen auf jener politischen Ebene an, auf der es um die eigentliche Verteilung von Macht und Ressourcen geht.

Politische Soziale Arbeit

Aktuell diskutierte Denkmodelle in der Debatte um politische Soziale Arbeit. Wie sind sie begründet, was ist ihr Nutzen für die Praxis und welche handlungsleitenden Erkenntnisse bringt eine Reflexion aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive.

Bachelor-Thesis zum Erwerb
des Bachelor-Diploms in Sozialer Arbeit

Berner Fachhochschule
Fachbereich Soziale Arbeit

Vorgelegt von
Anna Lanz
Bern, Juni 2013

Gutachter
Prof. Dr. Christian Vogel

Dank

Ich danke Herrn Christian Vogel für die kompetente und unterstützende Fachbegleitung meiner Bachelorarbeit, Christoph Lanz und Dominik Blumer für die Gegenlesung, Sabine Affolter für das Layout, sowie allen anderen Personen, die mich während meiner Arbeit unterstützt und motiviert haben.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Einleitung und Motivation für die Themenwahl	1
1.2	Fragestellung und Vorgehen	3
1.3	Methodenwahl	3
1.4	Formale Hinweise	4

2	Voraussetzungen für den aktuellen Diskurs um politische Soziale Arbeit	6
2.1	Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und ihre Folgen für die Soziale Arbeit	6
2.2	Widerstandslosigkeit der Professionellen gegenüber der Entpolitisierung der Sozialen Arbeit	8
2.3	Wo ist Widerstand zu erkennen? Bezugspunkte im aktuellen Diskurs	9

3	Das Denkmodell des Politischen Mandates	11
3.1	Einleitung	11
3.2	Das Politische Mandat als Auftrag der Gesellschaft	12
3.2.1	Soziale Arbeit als Kritikerin des Kapitalismus	
3.2.2	Politische Vollmacht durch den Auftrag der Linderung der sozialen Probleme	
3.2.3	Soziale Arbeit als sozialpolitische Instanz	
3.3	Das Politische Mandat als Auftrag der Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit	14
3.3.1	Parteilichkeit	
3.4	Das Politische Mandat als Selbstmandatierung der Sozialarbeitenden	15
3.4.1	Die Erweiterung des Doppelmandates um das Tripelmandat der Sozialen Arbeit	
3.4.2	Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession	
3.4.3	Begründung des Politischen Mandates durch die Notwendigkeit der Einmischung	
3.4.4	Das Politische Mandat durch den Anspruch an Professionalität	
3.4.5	Das bewusste Politische Mandat als Gegenposition zur systemstützenden Funktion Sozialer Arbeit	
3.5	Das Politische Mandat als Unterstützung zur Förderung der Demokratie	19
3.6	Die Frage nach dem Mandatar. An wen wird das Politische Mandat vergeben?	20
3.6.1	Soziale Arbeit differenziert in deren Institutionen und die darin tätigen Professionellen	

3.6.2	Kritik an Funktionsweisen von Institutionen der Sozialen Arbeit	
3.7	Handlungsvorschläge zum Denkmodell des Politischen Mandates	21
3.7.1	Konkrete Handlungsvorschläge	
3.7.2	Weniger konkrete Handlungsvorschläge	
3.8	Verständnisse von Politik im Denkmodell des Politischen Mandates	23
3.8.1	Synthese zu den Politikverständnissen	
3.9	Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit im Denkmodell des Politischen Mandates	25

4	Das Denkmodell der Repolitisierung	27
4.1	Wieso «RE»-Politisierung?	27
4.1.1	Kurzer historischer Abriss	
4.1.2	Auch so genannt unpolitische Soziale Arbeit wirkt politisch	
4.1.3	Repolitisierung durch gesellschaftlichen Diskurswandel?	
4.2	Was wird unter Repolitisierung und Politisierung verstanden?	30
4.2.1	Repolitisierung im Sinne einer Wiederaufnahme und Neugestaltung des Politischen Mandates und im Sinne einer Parteilichkeit mit den Adressatinnen und Adressaten	
4.2.2	Politisierung im Sinne von Einmischung in politische Prozesse	
4.2.3	Politisierung im Sinne von Problemdefinition und Problemartikulation sowie im Sinne von Gestaltung des Sozialen statt Verwaltung sozialer Probleme	
4.2.4	Politisierung als eine Hilfestellung der Sozialen Arbeit muss professionell sein	
4.3	Wie soll Soziale Arbeit repolitisiert werden?	33
4.3.1	Vier Strategieebenen kritischer Sozialer Arbeit	
4.4	Handlungsvorschläge zum Denkmodell der Repolitisierung	35
4.4.1	Konkrete Handlungsvorschläge	
4.4.2	Weniger konkrete Handlungsvorschläge	
4.5	Verständnisse von Politik im Denkmodell der Repolitisierung	38
4.5.1	Synthese zu den Politikverständnissen	
4.6	Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit im Denkmodell der Repolitisierung	40

5	Das Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit	42
5.1	Was ist unter der Strömung Kritische Soziale Arbeit zu verstehen?	42
5.2	Ausgangslage für die Entstehung der Strömung Kritischer Sozialer Arbeit	42
5.3	Was will die Strömung Kritische Soziale Arbeit?	43
5.4	Vom Unbehagen hin zu Kritik und Reflexion	44
5.5	Der Kritikbegriff	45
5.6	Der Begriff der Reflexivität	46
5.7	Die Bedeutung des Diskurses	46

5.8	Normative Massstäbe für Kritik	47
5.9	Von Kritik und Reflexion zu Widerstand	48
5.10	Handlungsvorschläge zum Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit	49
	5.10.1 Konkrete Handlungsvorschläge	
	5.10.2 Weniger konkrete Handlungsvorschläge	
5.11	Verständnisse von Politik im Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit	52
	5.11.1 Synthese zu den Politikverständnissen	
5.12	Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit im Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit	54

6	Die Gesellschaftstheoretische Perspektive nach Martin Graf	56
6.1	Einleitung	56
6.2	Der Politikbegriff	57
	6.2.1 Die gesellschaftstheoretische Perspektive nach Graf	
	6.2.2 Reflexion	
6.3	Der Begriff der Sozialpolitik	61
	6.3.1 Die gesellschaftstheoretische Perspektive nach Graf	
	6.3.2 Reflexion	
6.4	Legitimation sozialpädagogischen Handelns	64
	6.4.1 Die gesellschaftstheoretische Perspektive nach Graf	
	6.4.2 Reflexion	
6.5	Die doppelten Ansprüche von Gesellschaft und Adressatinnen und Adressaten	70
	6.5.1 Die gesellschaftstheoretische Perspektive nach Graf	
	6.5.2 Reflexion	

7	Schlussfolgerungen	75
7.1	Erkenntnisse	75
7.2	Nutzen und Begrenzungen des Denkmodells des Politischen Mandates	75
7.3	Nutzen und Begrenzungen des Denkmodells der Repolitisierung	78
7.4	Nutzen und Begrenzungen des Denkmodells der Kritischen Sozialen Arbeit	79
7.5	Allgemeine Schlussfolgerungen	81
7.6	Persönliche Stellungnahme	83
7.7	Weiterführende Fragestellungen	84

1 Einleitung

1.1 Einleitung und Motivation für die Themenwahl

Während meiner Ausbildung und bisherigen Praxiserfahrungen bin ich immer wieder mit Widersprüchen konfrontiert worden. Ich bin Widersprüchen begegnet zwischen professionstheoretischen und berufsethischen Zielen auf der einen Seite und sozialstaatlichen Anforderungen an die Soziale Arbeit auf der anderen Seite. Dieser Widerspruch wird in der Literatur oft beschrieben mit der so genannten Doppelfunktion der Sozialen Arbeit, dass sie einerseits Menschen in ihren persönlichen Lebenslagen unterstützt und gemeinsam mit ihnen soziale Probleme bearbeitet, andererseits aber auch durch ihre sozialstaatliche Eingebundenheit eine Integrationsaufgabe beinhaltet, welche von staatlichen Interessen geleitet ist. Dies kann, je nach dem unter welchen Rahmenbedingungen und mit welcher Orientierung Soziale Arbeit geleistet wird, eine anpassende und repressive Wirkung auf Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit haben, die nicht im Einklang mit den emanzipatorischen und autonomiefördernden Zielen der Sozialen Arbeit im Einklang steht. Ein weiterer Widerspruch ergibt sich aus der Konfrontation, beziehungsweise der unterschiedlicher Gewichtung zweier verschiedener Perspektiven auf die Soziale Arbeit. Die eine Perspektive ist die Individuumszentrierte, welche soziale Probleme auf der Mikroebene angeht und Problemlösungsstrategien mithilfe pädagogischer, psychologischer und klientenzentrierter Methoden anstrebt. Die andere Perspektive ist die Gesellschaftliche, welche ihren Fokus auf der Makroebene auf gesellschaftliche und politische Strukturen und Bedingungen richtet, welche soziale Probleme verursachen. Unter dieser Perspektive wird ebenfalls die gesellschaftliche Eingebundenheit der Sozialen Arbeit und deren Funktion in der Gesellschaft in den Fokus der Betrachtung genommen, was den eingangs beschriebenen Widerspruch zum Gegenstand der Reflexion macht. Diese beiden Perspektiven schliessen einander nicht aus, im Gegenteil, für eine Soziale Arbeit mit einem ganzheitlichen Anspruch der Bearbeitung sozialer Probleme individuellen wie gesellschaftlichen Ursprungs, bedingen sie einander. Aufgrund der Beobachtung, dass die gesellschaftliche Perspektive aktuell in der sozialarbeiterischen Theorie und Praxis im Hintergrund steht und sich aus dieser einseitigen Ausprägung der Sozialen Arbeit viele Widersprüche ergeben, da viele soziale Probleme gesellschaftliche Hintergründe haben die sie bedingen und aufrechterhalten, werde ich den Fokus dieser Arbeit auf die gesellschaftliche Perspektive legen. Bommers und Scherr (2012, S. 9) beschreiben Soziale Arbeit als einen gesellschaftlichen Teilbereich, in dem Hilfeleistungen für Individuen, Familien und soziale Gruppen zur Verfügung gestellt werden, die gesellschaftlich als hilfsbedürftig gelten. Gegen individualisierende Deutungen von Hilfsbedürftigkeit gilt es aufzuzeigen, dass es die Soziale Arbeit nicht mit den Folgen eines Versagens oder Scheiterns zu tun hat, für das die jeweils Betroffenen selbst verantwortlich sind, sondern dass Ausprägungen von Hilfsbedürftigkeit eine Folge der Strukturen moderner Gesellschaften sind. Aus der Haltung, dass soziale Probleme nicht nur bearbeitet werden sollen, sondern auch deren Ursachen auf der Makroebene angegangen werden müssen, entsteht die Forderung nach einer politischen Sozialen Arbeit. Jene gesellschaftlichen Strukturen,

welche soziale Probleme verursachen, sollen verändert werden um ihre weitere Entstehung zu verhindern. Dies setzt eine gesellschaftliche Perspektive voraus.

«*Soziale Arbeit ist politisch und muss politisch sein*», das war so oft mein Fazit nach einer ernüchternden, oder eben gerade inspirierenden Vorlesung und nach verschiedenen Erfahrungen in der Praxis. Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen mit entsprechenden negativen Folgen für die Menschen in unserer Gesellschaft und in besonderem Masse für Menschen die sozial benachteiligt sind, wie auch für die Arbeitsbedingungen und Praxen der Sozialen Arbeit selber, sowie die Erkenntnis, dass diese Entwicklungen nicht naturgegeben sind sondern gestaltbar und veränderbar sind, führen dazu, dass sich unter den Sozialarbeitenden Unmut und Widerspruch breit macht. Die Wahrnehmung dieses Widerstandes ging einher mit der Beobachtung, dass dieser in einem doch sehr moderaten Rahmen artikuliert wird und dass von vielen Sozialarbeitenden eine individuumszentrierte Perspektive eingenommen wird. Die gesellschaftlichen Veränderungen werden als gegebene Bedingungen angenommen und die Soziale Arbeit arrangiert sich damit. Dem gegenüber ist die Debatte um eine politische Soziale Arbeit in den letzten Jahren erstarkt, es wird darüber diskutiert, wie, mit welcher Legitimation und mit welchen Mitteln sich die Soziale Arbeit an der Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen mitbeteiligen kann und soll. Ausgangspunkte der Debatte sind die zunehmende Neoliberalisierung und Ökonomisierung weiterer Bereiche der Gesellschaft, die Transformation des Wohlfahrtsstaates in einen aktivierenden Sozialstaat sowie die wachsende soziale Ungleichheit mit zunehmender Prekarisierung, steigende Arbeitslosigkeit und die sich ausweitende Armut (Hartmann & Hünersdorf, 2013, S. 9).

So entstand die Motivation für die vorliegende Bachelorarbeit. Ich werde mich mit verschiedenen Konzepten politischer Sozialer Arbeit auseinandersetzen und mit den entsprechenden Begründungen dafür. Das Ziel ist herausfinden, was denn eigentlich unter «*dem Politischen*» der Sozialen Arbeit verstanden wird, sowie im Hinblick auf den Abschluss meiner Ausbildung, welches die daraus resultierenden Handlungsvorschläge für die Praxis sind. Ich habe mich bei der Auseinandersetzung mit diesem umfassenden und komplexen Thema auf einzelne Aspekte konzentriert. Einerseits habe ich mich mit dem aktuellen Diskurs auseinandergesetzt, mit verschiedenen Denkmodellen von so genannt «*politischer Sozialer Arbeit*» und den unterschiedlichen Verständnissen von Politik der Vertreterinnen und Vertreter dieser Denkmodelle, sowie mit dem darin ersichtlich werdenden politischen Aspekt Sozialer Arbeit. Andererseits habe ich mich mit der gesellschaftstheoretischen Perspektive von Martin Graf auseinandergesetzt. Diese ganzheitliche Theorie setzt die Soziale Arbeit in einen gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmen, fragt nach der Legitimation sozialpädagogischen Handelns und bietet die Möglichkeit für eine normative Orientierung. Die vorliegende Arbeit basiert auf einem Verständnis von Sozialer Arbeit, die einen politischen Ursprung und somit eine politische Funktion und eine politische Verantwortung hat.

1.2 Fragestellung und Vorgehen

Die politische Verantwortung der Sozialen Arbeit, auf gesellschaftliche Strukturen Einfluss zu nehmen und somit die Ursachen von sozialen Problemen, mit denen sie sich beschäftigt anzugehen, wird im aktuellen Diskurs anhand von verschiedenen Denkmodellen beschrieben. Mich interessieren sowohl die Begründungen und Handlungsvorschläge der verschiedenen Denkmodelle, als auch ihr Verständnis von Politik und des politischen Aspektes der Sozialen Arbeit. Ich möchte herausfinden, welchen Erklärungsnutzen die Denkmodelle für mich als praktizierende Sozialarbeiterin haben und welchen Nutzen ich daraus ziehen kann für eine konkrete Orientierung auf der handlungspraktischen Ebene. Weiter werde ich der Frage nachgehen, inwieweit die Reflexion der Denkmodelle an der gesellschaftstheoretischen Perspektive nach Graf mein Verständnis erweitern kann, Nutzen und Defizite der Denkmodelle aufdecken und mir eine handlungsleitende Orientierung für die Praxis geben kann. In einem ersten Schritt werde ich die folgenden drei Denkmodelle darstellen:

1. Das Denkmodell des *Politischen Mandates*, welches die Legitimation für politisches Handeln in der Sozialen Arbeit anhand von verschiedenen Auftraggebern beschreibt.
2. Das Denkmodell der *Repolitisierung der Sozialen Arbeit*, welches auf dem politischen Mandat basiert, dessen Wiederaufnahme und Neugestaltung fordert sowie eine erneute, bewusste Wahrnehmung der politischen Funktion und Wirkungsweise der Sozialen Arbeit. Ziel dieses Ansatzes ist es, basierend auf den ethischen Grundlagen der Sozialen Arbeit, die politischen Rahmenbedingungen beeinflussen zu können.
3. Das Denkmodell der *Kritischen Sozialen Arbeit*, welches dazu auffordert, aufgrund eines reflektierten Berufsverständnisses die eigene Berufspraxis und die politischen Rahmenbedingungen laufend zu hinterfragen.

In einem zweiten Schritt werde ich punktuell einige Aspekte der Gesellschaftstheorie von Martin Graf erläutern und in einer Reflexion die korrespondierenden Aspekte aus den Denkmodellen damit konfrontieren. Die Theorie beschäftigt sich mit der Gesellschafts- und bildungstheoretischen Begründung sozialpädagogischen Handelns. Diese Reflexion soll dahingehend zur Beantwortung meiner Fragestellung beitragen als dass durch diese Perspektive gewisse Aspekte der Denkmodelle aus einer anderen Sichtweise beleuchtet werden und das Verständnis für diese Aspekte erweitert werden kann, sowie dass Nutzen und Begrenzungen der Denkmodelle herausgearbeitet werden können. Am Schluss wird eine Verbindung dieser gesellschaftstheoretischen Perspektive mit den Handlungsvorschlägen aus den Denkmodellen hergestellt. In den Schlussfolgerungen werde ich darauf eingehen, welchen Nutzen und welche Orientierung ich aus der Auseinandersetzung für die Praxis ziehen kann.

1.3 Methodenwahl

Ein Denkmodell oder eine Theorie beschreiben einen Ausschnitt aus der Realität. Es sind Erklärungsversuche für reale Phänomene. Sie können nicht als richtig oder als falsch

kategorisiert werden, sie können aber einen höheren oder einen tieferen Erklärungsnutzen haben um das Phänomen zu beschreiben. Sie können mehr oder weniger dazu beitragen, Zusammenhänge zu verstehen. Das ist der Grund, weshalb ich mich für die Darstellung dreier Denkmodelle und einer Theorie, resp. Ausschnitte daraus, entschieden habe. Die Auseinandersetzung soll zu einem tieferen Verständnis für die Thematik beitragen. Ich habe für die Bearbeitung meiner Fragestellung die Methode des Literaturstudiums und der Literaturanalyse gewählt. Für die Darstellung der Denkmodelle habe ich mich aufgrund des heterogenen Diskurses für Sammelbände entschieden. Darin werden Beiträge verschiedener Autorinnen und Autoren publiziert, welche ihre Gedanken zum Thema erläutern. Da die Autorinnen und Autoren der jeweiligen Denkmodelle nicht alle dasselbe Verständnis von Politik und dem politischen Aspekt der Sozialen Arbeit haben, bin ich dieser Frage in methodischer Hinsicht mit einer Literaturanalyse nachgegangen. Für das Denkmodell des Politischen Mandates habe ich mich hauptsächlich auf den Sammelband *«Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema»* (Merten, 2001) bezogen. Für das Denkmodell der Repolitisierung habe ich mich hauptsächlich auf den Sammelband *«Repolitisierung Sozialer Arbeit»* (Lallinger & Rieger, 2007) bezogen. Für das Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit habe ich mich hauptsächlich auf zwei Sammelbände bezogen, der eine *«Kritik der Sozialen Arbeit – Kritische Soziale Arbeit»* (Anhorn, Bettinger, Horlacher & Rathgeb, 2012) und der andere *«Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Disziplinäre und interdisziplinäre Diskurse»* (Hartmann & Hünersdorf, 2013) sowie auf Positionierungen diverser Gruppierungen Kritischer Sozialer Arbeit. Für alle drei Denkmodelle habe ich das Werk *«Schwarzbuch Soziale Arbeit»* (Seithe, 2012) beigezogen. Für die Darstellung der Aspekte der Gesellschaftstheorie von Martin Graf habe ich mich hauptsächlich auf sein Werk *«Mündigkeit und Soziale Anerkennung»* (Graf, 1996) bezogen. Für alle weitere, in kleinerem Umfang beigezogene und deshalb hier nicht erwähnte Literatur, kann das Literaturverzeichnis im Anhang konsultiert werden.

1.4 Formale Hinweise

Soziale Arbeit

Die Bezeichnung Soziale Arbeit wird in der vorliegenden Arbeit als Begriff für die Disziplin und Profession der Sozialen Arbeit verwendet, ohne dabei auf die diesbezügliche Debatte einzugehen. Unter den Begriff Soziale Arbeit fallen die Berufsfelder der Sozialarbeit, der Sozialpädagogik und der Soziokulturellen Animation. Ausnahmen bilden direkte Zitate oder im Text erläuterte Gründe.

Adressatinnen und Adressaten

Es gibt eine Fülle von Begriffen, um diejenigen Menschen oder Menschengruppen zu bezeichnen, an welche sich die Soziale Arbeit richtet. Die Klientinnen und Klienten, Adressatinnen und Adressaten, das Klientel, die Zielgruppen etc. Ich verwende in der vorliegenden Arbeit den Begriff der Adressatinnen und Adressaten, da es meines Erachtens je-

ner Begriff ist, der am wenigsten wertende und kategorisierende Konnotationen beinhaltet. Ausnahmen bilden direkte Zitate.

Weibliche und männliche Schreibart

Mit den neutralen Begriffen Sozialarbeitende, Studierende und Professionelle sind sowohl die weiblichen wie auch die männlichen Kollegen gemeint. Ansonsten bevorzuge ich in der vorliegenden Arbeit die Ausführung der weiblichen wie auch der männlichen Form.

Schreibart der Denkmodelle

Da die Ausdrücke für die Denkmodelle als fixe Begriffe verwendet werden, werde ich sie, wenn sie als Begriffe genannt werden, mit Grossbuchstaben schreiben, also das Denkmodell des Politischen Mandates, das Denkmodell der Repolitisierung und das Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit.

Geografische Verortung der Debatte

Die Literatur, auf welche ich in dieser Arbeit zurückgegriffen habe, wurde hauptsächlich von Autorinnen und Autoren aus der Schweiz, Deutschland und Österreich publiziert. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen, welche als Ausgangspunkt für die Debatte gelten, sind Entwicklungen, welche sich nicht auf diesen geografischen Raum beschränken lassen. Der Fokus dieser Arbeit liegt jedoch auf der Debatte um eine politische Soziale Arbeit im deutschsprachigen Raum. Die beigezogene Gesellschaftstheorie bezieht sich auf gesellschaftliche Mechanismen, welche ebenfalls nicht geografisch einzuschränken sind, welche jedoch in modernen, westlichen Gesellschaften zu beobachten sind.

2 **Voraussetzungen für den aktuellen Diskurs um politische Soziale Arbeit**

2.1 **Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und ihre Folgen für die Soziale Arbeit**

In der Geschichte der Sozialen Arbeit zeichnen sich unterschiedliche Phasen ab, in welchen jeweils unterschiedliche Themen den Diskurs bestimmten und die Entwicklung der Sozialen Arbeit beeinflussten. Dies waren Fragestellungen und Problemkonstellationen aus dem Innern der Sozialen Arbeit, wie auch Anstösse von Aussen. (Merten, 2001, S. 7) Zu Beginn des Akademisierungsprozesses der Sozialen Arbeit Ende der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre wurde die Entwicklung Sozialer Arbeit getragen von marxistischen Gesellschaftsanalysen. Die gesellschaftliche Perspektive auf die Entstehung sozialer Probleme und die gesellschaftliche Funktion der Sozialen Arbeit prägten den Diskurs. In der Folgezeit rückten vermehrt personenzentrierte Interventionstechniken in das Zentrum des Diskurses, die gesellschaftliche Perspektive rückte in den Hintergrund (S. 7 ff). Diese Tendenzen standen auch im Zusammenhang mit politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen (S. 10). Ohne nun jedoch näher auf diese vergangenen Entwicklungen einzugehen, möchte ich im folgenden Abschnitt skizzieren, welches die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen sind, die den Hintergrund für die heute geführte Debatte um den politischen Aspekt der Sozialen Arbeit bilden.

Die aktuell wahrnehmbare verstärkte Hinwendung zu kritischen Perspektiven in der Sozialen Arbeit findet Nährboden in einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, die im Zuge einer neoliberalen Restrukturierung der Gesellschaft sichtbar verschärfte Konfliktverhältnisse hervorgebracht hat, Ungleichheitsstrukturen wurden vertieft und verfestigt und führen vermehrt zu Ausschlussmechanismen (Anhorn, Bettinger, Horlacher, & Rathgeb, 2012b, S. 2). Mit der neoliberalen Restrukturierung der Gesellschaft ist gemeint, dass in der heutigen Gesellschaft das Prinzip des Marktes über andere Steuerungsmechanismen dominiert. Der freie Markt soll das Wohlergehen des Menschen und der Gesellschaft sichern. Eine konkurrenzfähige Wirtschaft und eine Steigerung der Gewinne werden als gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen wahrgenommen. (Seithe, 2012, S. 94) Daraus resultieren Veränderungen und ein gesellschaftlicher Wandel. Das Modell der Vollbeschäftigung wird abgelöst durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, öffentliche Dienstleistungen werden privatisiert und somit den Interessen von Privateigentümern ausgesetzt, ökonomische Beziehungen werden dereguliert, das heisst staatliche Gesetze zur Regulierung der Marktvorgänge werden abgebaut. Diese Vorgänge haben direkten Einfluss auf die Menschen, besonders ausgesetzt sind aber Menschen, die sich in sozial benachteiligten Situationen befinden, oder durch diese Entwicklungen in ebensolche gebracht werden, unter anderem die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit. Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsbedingungen breiten sich aus, psychosoziale Problemlagen nehmen zu. Aber auch die Soziale Arbeit selbst ist direkt von diesen Veränderungen betroffen, was sich einerseits wiederum auf die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit auswirkt und andererseits auf die Arbeitsbedingungen der Sozialarbeitenden. (S. 95)

Entwicklungen, welche für die Soziale Arbeit zentral sind, sind erstens der Wandel vom Sozialstaat hin zum aktivierenden Sozialstaat, der sich versteht als Antwort auf die Mängel des etablierten bisherigen Sozialstaates, der zu teuer und zu wenig effizient sei. Gefordert wird eine verpflichtende Eigenverantwortung der Menschen zur Reproduktion über den Arbeitsmarkt, soziale Sicherheit wird an Bedingungen geknüpft. Damit einher geht die Tendenz, dass Menschen für ihre benachteiligte Situation selber verantwortlich gemacht werden. Es findet eine Individualisierung der sozialen Probleme statt. (S. 96) Zweitens ist dies die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit. Damit ist eine Umstrukturierung der Organisationen der Sozialen Arbeit nach dem Marktprinzip gemeint. Kosten sollen gesenkt werden durch eine Modernisierung der Verwaltungen, durch Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung, die Effizienz der Arbeit soll gesteigert werden. (S. 121) Soziale Arbeit entwickelt sich zu einem Dienstleistungsunternehmen, das konkurrenzfähig sein muss. Damit einher gehen auch Privatisierungen öffentlicher Aufgaben (S. 125). Die Idee, Kosten einzusparen, Qualität zu verbessern und effizientere Arbeit zu leisten ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Frage ist, wie diese neuen Steuerungselemente eingesetzt werden. Problematisch werden sie, wenn das Motiv der Kostensenkung über die eigentlichen Ziele der Sozialen Arbeit Überhand nimmt. Die Definition Sozialer Arbeit ist laut der International Federation of Social Workers folgende: *«Die Profession Soziale Arbeit fördert den sozialen Wandel, Problemlösungen in menschlichen Beziehungen sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen, um ihr Wohlbefinden zu heben. Unter Nutzung von Theorien menschlichen Verhaltens und sozialer Systeme vermittelt Soziale Arbeit am Punkt, wo Menschen und ihre sozialen Umfelder aufeinander einwirken. Dabei sind die Prinzipien der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit fundamental.»* (IFSW, 2000) Dies braucht Zeit und Ressourcen. Diese Ressourcen sollen ökonomisch und im Interesse der Adressatinnen und Adressaten verwendet werden. Wenn jedoch berufsethische Grundsätze und professionsimmanente Ziele zurückgesteckt werden müssen um dem Spardruck der Sozialpolitik gerecht zu werden, so kann eine in derartig ausgestaltete Ökonomisierung nicht im Sinne der Sozialen Arbeit sein (Stark, 2007, S. 76 ff).

Ich möchte hier anmerken, dass der angesprochene gesellschaftliche Wandel, der sich durch diese Entwicklungen ausdrückt, nicht per se als negativ kategorisiert werden darf. Jeder Wandel bringt auch Potenzial für Fortschritt, veränderte Bedingungen bieten Nährboden für neue Modelle und für eine Entwicklung der Gesellschaft im Sinne einer gerechteren Verteilung der Macht und der Ressourcen und somit einer Erhöhung der Integrationskraft der Gesellschaft. Genau deshalb ist es meines Erachtens von bedeutender Wichtigkeit, diesen Wandel kritisch zu analysieren und Entwicklungen, welche einem Fortschritt im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit entgegenwirken, zu erkennen und sich dagegen zu wehren. Oder positiv formuliert würde das bedeuten sich für eine Entwicklung der Gesellschaft einzusetzen, in der eine egalitäre Macht- und Ressourcenverteilung möglich ist.

2.2 Widerstandslosigkeit der Professionellen gegenüber der Entpolitisierung der Sozialen Arbeit

«Die Entwicklung der Sozialarbeit muss als Ausdruck der Entwicklung der Gesellschaft verstanden werden» (Graf & Vogel, 2010, S. 26). Dies schreiben die Autoren in ihrem Essay «Sozialarbeit als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse und Prozesse», der 2010 in einem Sammelband zur Sozialen Arbeit in der Schweiz erschienen ist. In diesem Beitrag wird beschrieben, welchen Einfluss die Art der Theorieentwicklung in der Sozialen Arbeit seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und die neoliberale Ideologie, welche sich in allen Lebensbereiche entwickelt hat, auf die Entpolitisierung der Sozialen Arbeit hatten und weshalb dies auf eine Widerstandslosigkeit breiter Teile der Sozialen Arbeit stiess. «Für den vorliegenden Zweck beschränken wir uns darauf, Sozialarbeit primär als Kompensation dysfunktional gewordener, als ungerecht kritizierter sozialer Verhältnisse demokratisch regulierter Gesellschaften zu verstehen, auch wenn sie darin nicht restlos aufgeht» (Graf & Vogel, 2010, S. 27). Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts beschäftigte sich die Theorie, die sich mit sozialen Problemen befasst, damit dass Gesellschaften, die unter kapitalistischen Bedingungen produzieren, in ihren Produktionsverhältnissen die allgemeinen Interessen vernachlässigen. Die daraus resultierenden Gewaltverhältnisse ungerechter Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums waren Gegenstand der Analyse. (S. 27) Die Integrationsformen und Integrationsprozesse und damit auch die soziale Kohäsionskraft moderner Gesellschaften sind abhängig davon, ob im Zentrum der politischen Prozesse Partikularinteressen oder allgemeine Interessen stehen. Seit den 1990er Jahren hat die neoliberale Ideologie zu einer Verminderung der Integrations- und Kohäsionskraft der Gesellschaft und zu einer Reduktion der sozialen Sicherheit geführt, dies zugunsten von einer privilegierten Minderheit. (S. 29) Demokratische Partizipationschancen wurden unter der neoliberalen Ideologie reduziert und politische Steuerungsprozesse wurden durch Marktlogiken ersetzt. Der Sozialen Arbeit fehlten zunehmend die Mittel zur Kompensation sozialer Ungleichheiten und es kam aufgrund mangelnder Reflexionsfähigkeit zu einer theoretischen Schliessung und einer Referenz auf sich selbst. In der Theorieentwicklung führte dies dazu, dass nicht mehr nach der gesellschaftlichen Ordnung und deren Legitimität oder nach sozialen Verteilungsfragen gefragt wurde, die Diskussion verschob sich auf die individuellen Ansätze. (S. 31) Als Folgen der neoliberalen Ideologie können folgende Punkte genannt werden: Partikulärinteressen werden bevorzugt, es findet eine Kapitalakkumulation in wenigen Händen statt, die Grundversorgung der Bevölkerung wird reduziert, die Bindungskraft der Gesellschaft wird statt mit Integration mit Repression hergestellt und demokratische Regulierungen werden durch kaufkraftabhängige Privilegien ersetzt (S. 32). Die Legitimität der etablierten Ordnung wird gesenkt. Anstatt dass dies gesellschaftlich hinterfragt wurde, versuchte man, die in Folge auftretenden Aggressionen politisch zu kanalisieren und auf bestimmte Gruppen von Menschen umzuleiten, Arbeitslose, Ausgegrenzte etc. (S. 32 ff) Dies bildet den Hintergrund, auf welchem die Autoren die Schwäche in der Theorieentwicklung und der Organisationsentwicklung der Sozialen Arbeit betrachten.

Die heutige Widerstandslosigkeit breiter Teile der Sozialen Arbeit in Theorie und Praxis gegenüber diesen neoliberalen Tendenzen erklären sie damit, dass ebendiese sich bis in die Organisationsstrukturen und Praxisfelder der Sozialen Arbeit etabliert hatten. Dysfunktionale Hierarchiestufen und akkumulierte administrative Macht führten zu einer Entsolidarisierung unter den Sozialarbeitenden sowie zwischen diesen und den Adressatinnen und Adressaten. «*Binnenkonflikte in den Organisationen trugen zur Entpolitisierung der Sozialarbeit bei: Die Leute werden bis heute durch künstlich erzeugte Überlastung, internes Unverständnis und Unterwerfung verunsichert und absorbiert.*» (Graf & Vogel, 2010, S. 34) Inzwischen kehrt die Thematik sozialer Gerechtigkeit und politischer Partizipation langsam zurück. Jedoch trifft sie dabei auf eine Soziale Arbeit, welche sich nicht mehr als Ausdruck der gesellschaftlichen Verteilungskämpfe begreift und auf Organisationsformen die dementsprechend ausgerichtet sind. Es ist zu einer Erosion der Theorie der Sozialen Arbeit gekommen seit sie aus der gesellschaftstheoretischen Betrachtungsweise gelöst wurde. Dadurch entstand das Gefühl politischer Ohnmacht. (S. 34) Die Autoren beschreiben die Notwendigkeit einer integralen Theorie der Sozialen Arbeit, welche Interventionen der Sozialen Arbeit als Legitimationsproblem der gesellschaftlichen Eingriffe auf die Autonomie der Individuen ansieht. Damit sind Anforderungen an eine legitimationsfähige Soziale Arbeit gebunden und als Ausdruck davon eine Verbesserung gesellschaftlicher, ökonomischer wie auch politischer Partizipation. (S. 35) «*Die Frage der Organisation von Sozialer Arbeit betrifft einerseits den Aspekt, Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen zu sein, auch ihrer politischen Rahmenbedingungen und Steuerungen, andererseits aber auch die Betriebsstrukturen, in denen Sozialarbeit geleistet werden kann oder soll.*» (Graf & Vogel, 2010, S. 35)

2.3 **Wo ist Widerstand zu erkennen? Bezugspunkte im aktuellen Diskurs**

«*Soziale Arbeit muss wieder politischer werden.*» Manfred Lallinger und Günter Rieger (2007, S. 7) schreiben im Vorwort ihres Sammelbandes, der aufgrund der 2006 durchgeführten Fachtagung «*Repolitisierung Sozialer Arbeit*» zustande gekommen ist, dass solche Appelle, die Mut zur politischen Einmischung fordern, wieder häufiger zu hören sind. Strategien zur Einflussnahme auf die Politik, Orientierung am Prinzip sozialer Gerechtigkeit und eine grundsätzliche Option für die Schwächeren werden gefordert. Im aktuellen Diskurs kehrt das Thema der politischen Sozialen Arbeit und ihre Betrachtung aus einer gesellschaftlichen Perspektive aufs Parkett zurück. Es wird vermehrt zum Thema publiziert, es gibt Fachtagungen und es werden Arbeitskreise gegründet. Roland Merten (2001, S. 9) weist darauf hin, dass auf der Fachtagung «*Soziale Arbeit hat Zukunft*» das Thema des Politischen Mandates mit «*geradezu stürmischer Emotionalität*» (S. 9) diskutiert wurde, von Befürwortern wie auch von Gegnern, das Thema war hochaktuell. Rieger (2007, S. 86) schreibt, dass es zwar keine empirischen Erkenntnisse zur Politisierung Sozialer Arbeit gibt, dass aber eine Zunahme der Politisierung Sozialer Arbeit daran zu erkennen wäre, dass soziale Probleme wie auch ihre Lösungsansätze im fachöffentlichen Diskurs wieder mehr als politische Angelegenheiten betrachtet würden. Jutta Hartmann und Bettina Hünersdorf (2013, S. 9) schreiben diesbezüglich, dass Publikationen zum Themenfeld «*Soziale Arbeit und Kri-*

tik» in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Kritik hat im Kontext Sozialer Arbeit eine neue Konjunktur und dies sowohl in Artikulationsformen wie auch im Rahmen theoretischer Debatten. Mechthild Seithe (2012, S. 403) ist der Ansicht, dass sie durchaus Potenzial für eine Repolitisierung wie Politisierung der Sozialen Arbeit sieht. Die Fülle an gegründeten Arbeitskreisen zu Kritischer Sozialer Arbeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Diskussionsforen wie auch Publikationen im Internet und regionale Veranstaltungen zum Thema bestätigen dies.* Ohne eine Aussage darüber zu machen, welchen Stellenwert oder welchen Umfang die Debatte um das Thema im generellen fachlichen Diskurs ausmacht, so kann doch gesagt werden, dass sie geführt wird und dass sie an Aktualität zugenommen hat. Aufgrund von Recherchen über Publikationen zum aktuellen Diskurs haben sich drei Denkmodelle herauskristallisiert, die eine politische Soziale Arbeit begründen und fordern, diese werde ich im Folgenden darstellen.

* 2005 Gründung des bundesweiten Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit AKS in Deutschland mit Regionalgruppen in über 14 Bundesländern, 2010 Gründung des Forums Kritische Soziale Arbeit KRISO in Zürich, 2013 Gründung der KRISO in Bern. Publikationen zu Kritischer Sozialer Arbeit in der Zeitschrift «Widersprüche» im Jahr 2006, in der Zeitschrift «Sozial Extra» im Jahr 2007, in der österreichischen Zeitschrift «Kurswechsel» im Jahr 2009, in der schweizerischen Zeitschrift «Avenir Social» im Jahr 2011, sowie eine Buchreihe zum Thema Kritische Soziale Arbeit im VS Verlag. Diese Aufzählung ist exemplarisch und nicht vollständig.

3 Das Denkmodell des Politischen Mandates

3.1 Einleitung

Das Denkmodell des Politischen Mandates der Sozialen Arbeit wird in der aktuellen Debatte häufig herbeigezogen um politische Aktivität von Sozialarbeitenden zu begründen und zu fordern. «Die Soziale Arbeit hat ein politisches Mandat». Was hinter dieser Auffassung steht, dem möchte ich im Folgenden nachgehen. Den Begriff des Politischen Mandates kennt man schon aus den 70er Jahren. Seit der Jahrtausendwende wird er wieder vermehrt diskutiert. Die Bedeutung des Wortes «Mandat» ist laut Duden «Auftrag, Befugnis, Bevollmächtigung oder Ermächtigung» (Duden Online, n.d.). Wenn in dieser Begrifflichkeit der Sozialen Arbeit ein politisches Mandat zugesprochen wird, so heisst das, dass die Soziale Arbeit einen politischen Auftrag hat. Albert Mühlum (2007, S. 25) wie auch Roland Merz (2001, S. 9) wenden hierzu ein, dass wenn von einem politischen Mandat der Sozialen Arbeit gesprochen wird, sich die Frage aufdrängt, wer dieses Mandat erteilt, wem es zukommt, was inhaltlich gemeint ist und wie es ausgeübt werden kann. Falls es nicht gelingt, einen Auftragnehmer und einen Auftraggeber zu bestimmen, so könne man nicht von einem Mandat sprechen. Ich bin den Argumentationslinien der Autorinnen und Autoren der bearbeiteten Publikationen zum Politischen Mandat mit dieser Frage nachgegangen, die Frage nach dem Inhalt und der Begründung des Politischen Mandates, wer als Mandant dargestellt wird und wer als Mandatsträger. Wie die Vorschläge für eine Umsetzung in die Praxis aussehen, darauf werde ich im anschliessenden Abschnitt der Handlungsvorschläge eingehen. Als verschiedene gesellschaftliche Akteure, die als Mandanten des Politischen Mandates gesehen werden können, tauchen im Diskurs Folgende auf: Die Gesellschaft, die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit sowie die Professionellen selbst, im Sinne einer Selbstmandatierung. Oft überschneiden sich die Argumentationen, oder beinhalten verschiedene Akteure. Die folgende Unterteilung dient lediglich einer Orientierung. Hierzu ist der Hinweis hilfreich, dass häufig von diesen Akteuren allgemein als Auftraggeber der Sozialen Arbeit gesprochen wird, im Diskurs Mehrfachmandate der Sozialen Arbeit genannt. Ich beziehe mich aber nicht auf den allgemeinen Auftrag der Sozialen Arbeit sondern lediglich auf den Politischen, mit der Frage, welcher Akteur dabei als Auftraggeber verstanden werden kann, sozusagen welcher Akteur mit seinen Interessen den Sozialarbeitenden die Motivation und die Legitimation für politisches Handeln gibt. Es gibt auch viele Autorinnen und Autoren, welche zwar grundsätzlich mit der Haltung der Vertreterinnen und Vertreter des Politischen Mandates, dass die Soziale Arbeit eine politische Verantwortung hat und dass politisches Engagement durch die Soziale Arbeit notwendig ist, übereinstimmen, jedoch die explizite Existenz eines Mandates verneinen. Da es mir jedoch hier um die Darstellung des Denkmodells geht, werde ich auf die Diskussion der Kontraargumente verzichten und mich auf die Befürworter fokussieren.

3.2 Das Politische Mandat als Auftrag der Gesellschaft

3.2.1 Soziale Arbeit als Kritikerin des Kapitalismus

Mechthild Seithe (2012, S. 398 ff) leitet das Politische Mandat, also die Legitimation für politisches Handeln der Sozialen Arbeit, aus einer spezifischen Deutung des gesellschaftlichen Auftrages und des gesellschaftlichen Ursprungs der Sozialen Arbeit ab. Soziale Arbeit ist eine sozialpolitische Instanz, die auf unterschiedliche Weise immer politisch wirkt. Sie ist eine notwendige Begleiterscheinung des kapitalistischen Gesellschaftssystems, welches einerseits die Menschen als Konsumenten und als Produzenten braucht, andererseits massives Elend für einen grossen Teil der Bevölkerung mit sich bringt. Als Antwort auf die sozialen Probleme wurden soziale Reformen zur Linderung der «sozialen Frage» (S. 399) innerhalb des kapitalistischen Systems geschaffen, aus der sich im Laufe der Zeit der Sozialstaat und die Sozialpolitik entwickelten. So gesehen ist Sozialpolitik ein Instrument der herrschenden politischen Kräfte des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Soziale Arbeit ist als Teil der Sozialpolitik dazu aufgefordert, sich in die aktuelle politische Richtung einzufügen, also ausführendes Organ der herrschenden Politik zu sein und den systemischen Auftrag, der ihr sozialpolitisch gesetzt wurde, umzusetzen. In diesem Sinne ist dies eine Anpassung der Menschen an das kapitalistische System. Dies kann aber auch anders ausgelegt werden. Da die Soziale Arbeit vom System mit der Linderung der sozialen Frage beauftragt wurde und damit, die Menschen in diesem gesellschaftlichen System bei der Lebensbewältigung zu unterstützen, muss es notwendigerweise, auch aus der Sicht des Systems, ihr Interesse sein, die sozialen Problemlagen ihrer Adressatinnen und Adressaten aufzuzeigen, zu verändern und deren Veränderung von der Gesellschaft zu fordern. Die Soziale Arbeit ist in ihrer Arbeit direkt mit den sozialen Problemen konfrontiert, welche das Gesellschaftssystem verursacht, z.B. zunehmende soziale Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Ausgrenzung, soziale Benachteiligung, psychische und soziale Störungen, dies als Folgen von gesellschaftlicher Ungleichverteilung und struktureller Gewalt. Sie erfährt unmittelbar die gesellschaftlichen Hintergründe dieser sozialen Probleme und hat somit Kenntnis über Veränderungsmöglichkeiten. Trotz ihrer Eingebundenheit in die Sozialpolitik hat sie genug reflexive Kraft, durch ihre Orientierung an den Human- und Geisteswissenschaften, um die gegenwärtigen politischen Konzepte und ihre Folgen für die Menschen zu kritisieren. Durch ihre vertiefte Einsicht in diese Mechanismen ist sie die «geborene Kritikerin des Kapitalismus» (Seithe, 2012, S. 400).

3.2.2 Politische Vollmacht durch den Auftrag der Linderung der sozialen Probleme

Auch Volker Schneider (2001, S. 31) sieht das Politische Mandat als durch die Gesellschaft gegeben, dies in Form der Institution Sozialpolitik. Wenn die Gesellschaft, dadurch dass sie mittels politischen Entscheiden eine Sozialpolitik kreiert, als Auftraggeber der Sozialen Arbeit gesehen wird, die sich den sozialen Problemen annehmen soll, so beinhaltet dieser Auftrag implizit die Vollmacht, dort politisch aktiv zu werden, wo dies, um die sozi-

alen Probleme zu mindern, gemessen an einem professionellen Verständnis der Sozialen Arbeit, notwendig erscheint. Er betont dabei, dass die Wahrnehmung des Politischen Mandates nicht nur im Bezug auf eine Verbesserung der Situation der Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit gilt. Auch die Soziale Arbeit selbst, ihre Praxis, ihre Arbeitsbedingungen und die Mittel und Ressourcen, die sie für ihre Arbeit zur Verfügung hat, hängen von gesellschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen ab. Dies hat wiederum einen direkten Einfluss auf die Adressatinnen und Adressaten. *«Denkbare Hilfen oder Interventionsformen sind in ihrer Umsetzung abhängig von ihrer unmittelbaren Verfügbarkeit. Die Bereitstellung oder Nichtbereitstellung entsprechender Angebote und Ressourcen ist letztlich in der Regel eine politische Entscheidung.»* (Schneider, 2001, S. 30)

3.2.3 Soziale Arbeit als sozialpolitische Instanz

Laut den beiden vorangegangenen Argumentationen erhält die Soziale Arbeit ihren allgemeinen Auftrag durch die Gesellschaft in Form von Sozialpolitik. Den implizit politischen Auftrag, in diesem Sinne das Politische Mandat, erhält sie durch die Funktion der Sozialpolitik, der Linderung der sozialen Probleme. Eine vereinfachte Definition von Sozialpolitik findet sich im Wörterbuch der Sozialpolitik: *«Sozialpolitik zielt auf die Gewährleistung von sozialer Sicherheit ab, das heißt, sie strebt die Behebung oder Milderung von sozialen Missständen an, welche aufgrund individueller oder kollektiver Schwierigkeiten und Nöte eingetreten sind. (...) Im engeren Sinne wird der Begriff der Sozialpolitik nur für jene Maßnahmen verwendet, die der direkten Armutsbekämpfung und -verhinderung dienen (Sozialversicherungen, soziale Entschädigungssysteme, Sozialhilfe usw.). Sozialpolitik im weiteren Sinne umfasst die Gesamtheit der Visionen und Vorstellungen einer Gesellschaft zur sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit sowie die darauf basierenden Bestrebungen und konkreten Maßnahmen des Staates. (...)»* (Socialinfo, 2011) Die Institution des Sozialstaats steht im Mittelpunkt der Sozialpolitik der meisten europäischen Länder. Die Soziale Arbeit ist in ihrer institutionellen und organisatorischen Grundstruktur öffentlich strukturiert und legitimiert, somit bewegt sich sozialpädagogisches Handeln hauptsächlich in diesem sozialstaatlichen Feld. Die Soziale Arbeit ist als *«lebendiges Inventar staatlicher Sozialpolitik»* (Böhnisch & Schröer, 2012, S. 9) in ihren Möglichkeiten und Grenzen diesem Spannungsfeld ausgesetzt. Laut Albert Mühlum (2007, S. 19) hat Soziale Arbeit die Aufgabe übernommen, soziale Integration zu fördern, wo sie scheitert und Menschen bei der Lebensbewältigung zu unterstützen wo diese misslingt. Die Hilfe ist also eine Funktion der modernen Gesellschaft. Die Soziale Arbeit ist in diesem Sinne angewandte Sozialpolitik. Er weist hier auf eine kritische Doppelfunktion der Sozialen Arbeit hin: einerseits konfrontiert sie die Gesellschaft mit ihren Problemen, andererseits entlastet sie die Gesellschaft zeitgleich, da sie die Probleme abfängt.

3.3 **Das Politische Mandat als Auftrag der Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit**

3.3.1 **Parteilichkeit**

Wenn im Diskurs die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit als Auftraggeber des Politischen Mandates dargestellt werden, so wird oft von Parteilichkeit oder von Anwaltschaftlichkeit gesprochen. Die Interessen und Bedürfnisse der Adressatinnen und Adressaten bilden die Ausgangslage für politisches Handeln von Sozialarbeitenden. Für Christian Beck (2007, S. 109) heisst Anwaltschaftlichkeit, sich für Menschen in bestimmten Lebenssituationen einzusetzen. Wer im Sinne der Anwaltschaftlichkeit für Benachteiligte handelt, arbeitet mit geklärten Loyalitäten zugunsten der Adressatinnen und Adressaten, hoher Professionalität, Kritikfähigkeit, Werteorientierung, Empathie und grösstmöglichem Engagement für und mit den Adressatinnen und Adressaten. Dies bringt Sozialarbeitende häufig selber in Loyalitätskonflikte gegenüber der eigenen Organisation und gegenüber dem Arbeitgeber, der oft staatlicher Natur ist und je nach dem andere Interessen verfolgt. Die Professionalität fordert politisches Engagement, um auf die problematischen gesellschaftlichen Strukturen Einfluss nehmen zu können und auf der strukturellen Ebene anwaltschaftlich tätig sein zu können. Hauptinteresse dabei ist die Wahrung und Wiederherstellung der Würde der Adressatinnen und Adressaten. In dieser Auffassung sind nicht nur einzelne Sozialarbeitende gefordert, sondern auch die gesamten Organisationen, in welchen Sozialarbeitende tätig sind. Beck (2007, S. 111 ff) benennt jedoch auch mögliche Gefahren der Anwaltschaftlichkeit. Diese kann sich paternalistisch auswirken und somit die Soziale Arbeit von ihrem Grundziel, der Förderung der Autonomie der Adressatinnen und Adressaten, entfernen. Anwaltschaftlichkeit ist politisches Handeln von Sozialarbeitenden, das immer den Auftrag der Adressatinnen und Adressaten benötigt, dann aber erfordert, dass deren Interessen im besten Sinne durchgesetzt werden. Es geschieht nicht über die Interessen der Adressatinnen und Adressaten hinaus, ansonsten wäre das Engagement aufgenötigt und würde zur Entwürdigung ebendieser führen. Sie sind immer Teil des Problemlösungsprozesses, sie dürfen weder indoktriniert noch objektiviert werden. Deshalb bedarf es einer stetigen Reflexion der eigenen Praxis. Mechthild Seithe (2012, S. 413 ff) sieht Parteilichkeit als politische Haltung und auch als politische Handlung. Sie bezieht die Parteilichkeit nicht nur explizit auf die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit sondern auf all jene Teile der Gesellschaft, die von der Gesellschaft einer verschärften Ausgrenzung und Entwertung ausgesetzt werden. Der Grundsatz dafür ist die ethische Überzeugung, dass den Schwächeren Unrecht geschieht. Ihr Mangel an Ressourcen ist keine individuelle Eigenschaft, sondern stellt eine inakzeptable soziale Benachteiligung dar. So verstanden ist Parteilichkeit eine öffentliche Verteidigung von Menschenrechten, Sicherheits- und Freiheitsrechten der Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit. Seithe plädiert für eine offensive Soziale Arbeit, die ihre sozialanwaltschaftliche Funktion gegen Aussen vermittelt. Auch Albert Mühlum (2007, S. 24) benennt die Wichtigkeit der Parteilichkeit im Bezug auf das Politische Mandat. Er differenziert jedoch, dass eine radikale Orientierung an den Interes-

sen der Adressatinnen und Adressaten zur Täuschung dieser wie auch der Professionellen selbst führt, welche zugunsten einer radikalen Orientierung an Professionalität einbüßen. Die Wünsche von Adressatinnen und Adressaten können nicht der alleinige Massstab sein. Er plädiert aber für eine Parteilichkeit die, ohne die Komplexität sozialer Systeme zu ignorieren, verstanden wird als grundsätzliche Option für die Schwächeren, um deren Selbstverständnis und Entscheidungsfähigkeit zu stärken. «*Wer sich advokatorisch, anwaltschaftlich auf die Seite der sozial Schwächsten stellt, benötigt einen gesellschaftspolitisch sensiblen und kenntnisreichen Blick.*» (Opielka, 2007, S. 48) Richard Sorg (2001, S. 42) schreibt im Bezug auf die Parteilichkeit, dass dies eine Gegenposition ist zum Staat als Auftraggeber des Politischen Mandates der Sozialen Arbeit. Der Staat vertritt die demokratische Mehrheit, die einen politischen Auftrag an die Soziale Arbeit gibt, es ist somit eher ein ordnungspolitischer Auftrag, der die Vermeidung von sozialen Unruhen und die Befriedung der unzureichend Versorgten beinhaltet. Wenn aber der Auftrag von den Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit kommt, so ist dies eine Minderheit der Gesellschaft, für welche die Soziale Arbeit advokatorisch Partei ergreift. Dem zugrunde liegt die Vorstellung eines allgemeinen Wohles für alle.

3.4 Das Politische Mandat als Selbstmandatierung der Sozialarbeitenden

3.4.1 Die Erweiterung des Doppelmandates um das Tripelmandat der Sozialen Arbeit

Seithe (2012, S. 69) beschreibt das «*Doppelte Mandat*» als ein Modell, um ein Spannungsfeld innerhalb der Aufgabenstellungen der Sozialen Arbeit zu beschreiben. Das Modell geht von zwei verschiedenen Anspruchsgruppen aus, welche Aufträge an die Soziale Arbeit stellen. Auf der einen Seite steht das System, auf der anderen Seite stehen die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit. Von Seiten des Systems besteht der Auftrag an die Soziale Arbeit darin, die Menschen im bestehenden System zu sozialisieren und sie in die Gesellschaft zu integrieren. Die Gesetze, Anforderungen und Normen, welche im System gelten, sollen bei den Menschen, welche dies nicht aus eigener Kraft tun, durchgesetzt werden. Die Soziale Arbeit soll den Menschen die von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Unterstützungsmassnahmen anbieten. Dieser Auftrag hat ein kontrollierendes Moment inne. Im Gegensatz dazu besteht der Auftrag der Adressatinnen und Adressaten mehr aus dem helfenden Moment, Menschen, welche im Rahmen des gesellschaftlichen Systems Schaden genommen haben, sollen Unterstützung bekommen in Form von einer parteiergreifenden Interessenvertretung und der Bereitstellung von materiellen und sozialen Ressourcen um die Lebenssituation der Betroffenen zu verbessern. Es geht auch darum, Kompetenzen zu erwerben um ihr Leben in der Gesellschaft bewältigen zu können. Dies beinhaltet aus der Sicht der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit auch die Kompetenz, für die eigenen Rechte und für bessere Lebensbedingungen einzustehen und sich gegen gesellschaftliche Benachteiligung zur Wehr zu setzen.

Das besagte Spannungsverhältnis besteht laut den Vertreterinnen und Vertretern dieses Modells darin, dass sich die Aufträge dieser beiden «*Mandanten*» zum Teil wider-

sprechen. Interessen von Adressatinnen und Adressaten stehen oft den gesellschaftlichen Normen und Rollenbildern entgegen. Die Durchsetzung des gesellschaftlich erwarteten Habitus entspricht nicht immer der Befähigung zu einem selbstbestimmten und menschenwürdigen Leben der Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit. Gerade die Tatsache, dass es oft gesellschaftliche Strukturen sind, welche Menschen zu Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit machen, beschreibt dieses Spannungsverhältnis. Diese Vermittlung zwischen System und Lebenswelt ist laut Seithe eine spezifische Funktion der Sozialen Arbeit. Galuske beschreibt diese Brückenfunktion der Sozialen Arbeit folgendermassen: *«Einerseits ist die Soziale Arbeit durch ihre Einbindung in den sozialstaatlichen Funktionskontext eindeutig systemisch induziert, (staatlich finanziert, rechtlich reglementiert, bürokratisch institutionalisiert), andererseits gewinnt sie ihre Originalität und damit ihre funktionale Existenzberechtigung erst dadurch, dass sie sich- idealtypisch gesprochen – der Probleme der Lebenswelt annimmt, sie in der Lebenswelt angeht und in der Sprache der Lebenswelt bearbeitet.»* (Seithe, zitiert nach Galuske, 2012, S. 70) Silvia Staub-Bernasconi (2007, S. 6 ff) erweitert nun dieses Modell um ein drittes Mandat: Das professionelle Tripelmandat. Es ist dies ein Mandat, welches sich Professionelle der Sozialen Arbeit selber geben, basierend auf zwei Komponenten: Der wissenschaftlichen Fundierung ihres Handelns und dem Ethikkodex der Sozialen Arbeit, aufbauend auf den Menschenrechten und dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. Dieses dritte Mandat ist die Legitimationsbasis für die Annahme oder Verweigerung von Aufträgen aus den anderen beiden Mandaten und für die Formulierung eigenbestimmter Aufträge. Es ist die Basis für unabhängige Urteile, Erklärungen und Bewertungen von Problemen und die Wahl von Vorgehensweisen. Das dritte Mandat ist ein Referenzsystem, das den Professionellen eine kritisch-reflexive Distanz gegenüber Adressatinnen und Adressaten, der Politik sowie gegenüber den Trägern und Finanzgebern der Sozialen Arbeit ermöglicht. Die Ergebnisse dieses Referenzsystems müssen je nach Situation auch praktisch umgesetzt werden. Die Professionalität schliesst somit die gesellschaftsbezogene Politikfähigkeit nicht aus, sondern ein. Die Voraussetzung für die Politikfähigkeit der Sozialen Arbeit als Profession ist die Entkopplung von der Politik und ihrer Repräsentanten. Die Selbstmandatierung passiert nicht willkürlich, sondern basiert auf wissenschaftlichen und berufsethischen Begründungen. Diese Begründungen alleine reichen aber nicht aus für Veränderungen. Die Erkenntnisse daraus müssen mit Beharrlichkeit, den notwendigen Machtquellen und Zivilcourage umgesetzt werden. Auch wenn Staub-Bernasconi mit Bezug auf Müller schreibt, dass Soziale Arbeit somit *«auch ohne Politisches Mandat politikfähig»* (Staub-Bernasconi, zitiert nach Müller, 2007, S. 7) ist, so ist es doch dieses Modell des dritten Mandates, also der Selbstmandatierung, auf welches sich viele Autorinnen und Autoren beziehen, wenn sie sich bei der Umsetzung von professionellen Erkenntnissen auf eine politische Aktivität und auf das Politische Mandat beziehen.

3.4.2 Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession

Eine Argumentationsweise, welche das Politische Mandat der Sozialen Arbeit aus den Menschenrechten herleitet zeigt Volker Schneider (2001, S. 32). Er bezieht sich hierbei

auf Staub-Bernasconi, welche Soziale Arbeit explizit als Menschenrechtsprofession bezeichnet. Bereits 1988 hat die International Federation of Social Workers (IFSW) geschrieben, dass *«die Soziale Arbeit ihrem Selbstverständnis nach eine Menschenrechtsprofession ist, da sie vom Grundsatz des unteilbaren Wertes jedes einzelnen menschlichen Wesens ausgeht und da eines ihrer Hauptziele die Förderung gerechter sozialer Verhältnisse ist, die den Menschen Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten bieten, während sie ihre Würde schützen.»* (Schneider, zitiert nach IFSW, 2001, S. 32) Das 1994 vom Centre for Human Rights der UNO, in Zusammenarbeit mit der IFSW und der International Association of Schools of Social Work IASSW herausgegebene Dokument *«Human Rights and Social Work»*, macht die Aussage der verfassenden Körperschaften deutlich, *«dass sich diejenigen, die auf dem Gebiet der Sozialen Arbeit lehrend, lernend und praktizierend tätig sind, unmissverständlich und rückhaltlos der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte wie auch der Aufgabe einer Befriedigung grundlegender sozialer Ansprüche verschreiben»* (Schneider zitiert nach UN Centre for Human Rights, 2001, S. 32). Auch die aktuelle Definition der IFSW von Sozialer Arbeit, auf die sich der aktuelle Diskurs immer wieder beruft, greift auf die Verwirklichung der Menschenrechte zurück (Schneider, 2001, S. 33). Damit in einer Gesellschaft die Verwirklichung der Menschenrechte möglich ist, bedarf es zuerst einer Verwirklichung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte und die Gewährung von ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten. Rechtsansprüche müssen geltend gemacht werden und durchgesetzt werden. (S. 33) Hier ist die Soziale Arbeit gefordert, für ebendiese Rechte der Adressatinnen und Adressaten einzustehen. Die allgemeine Verpflichtung auf die grundlegenden Menschenrechte wird zu einer Handlungsaufforderung für die Soziale Arbeit. Die *«Förderung gerechter sozialer Verhältnisse»* (Schneider, 2001, S. 36) ist eine Aufforderung, an den politischen Rahmenbedingungen mitzugestalten. Dies ist auf der individualistischen, klientenzentrierten Ebene alleine nicht möglich. Das Politische Mandat in Anspruch zu nehmen bedeutet laut Schneider, Bürgerinnen und Bürgern in dieser Gesellschaft Partizipation zu ermöglichen (S. 36). Wichtig bei der Frage nach dem Politischen Mandat ist auch die Fremdwahrnehmung der Sozialen Arbeit. Die Art, wie Soziale Arbeit von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird ist mitentscheidend, ob der Sozialen Arbeit von aussen ein politisches Mandat zugeschrieben wird oder nicht. Dies ist insofern wichtig als dass sie im öffentlichen Diskurs als Interessensvertreter wahrgenommen und ernst genommen wird. (S. 38)

3.4.3 Begründung des Politischen Mandates durch die Notwendigkeit der Einmischung

Eine eher reaktionäre Begründung für das Politische Mandat der Sozialen Arbeit liefern Christoph Kusche und Rolf Krüger (2001, S. 15 ff). Sie begründen das Politische Mandat mit der Notwendigkeit der Einmischung in politische Entwicklungen, dort wo diese den eigentlichen Zielen der Sozialen Arbeit widersprechen. Sie beschreiben, dass die Soziale Arbeit der Praxis immer wieder gefordert ist, Stellung zu nehmen zu aktuellen politischen Entwicklungen. Es gibt laufend gesellschaftspolitische und lokalpolitische Entwicklungen und Entschiede, welche die Entwicklungschancen von Menschen, wie auch der Profession der Sozialen Arbeit behindern. (Kusche & Krüger, 2001, S. 15) Um diese Behinderungen möglichst

vermeiden und abbauen zu können, um Ressourcen zur Verbesserung der Lebenschancen von auf irgendeine Weise ausgegrenzten Menschen organisieren zu können, muss sich die Soziale Arbeit politisch positionieren und ihre begründeten Forderungen an die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger stellen. Kusche und Krüger kritisieren, dass die Profession der Sozialen Arbeit sich in öffentlichen Debatten kaum zu der aktuellen restriktiven gesellschaftspolitischen Situation äussert (S. 15). *«Eingerichtet in den sozialstaatlichen Nischen werden die Konzepte der neoliberalen Modernisierung durchgewunken. Widerstand ist ohnmächtigem Wegsehen gewichen. Die gegenwärtigen Macht- und auch Herrschaftsverhältnisse werden eben nicht thematisiert, politische Debatten über gerechte Verteilung von Reichtum zur Finanzierung sozialer Gerechtigkeit werden verweigert»* (Kusche & Krüger, 2001, S. 15). Wenn aber die Soziale Arbeit an der Beseitigung gesellschaftlicher Unterprivilegierung mitwirken will und soziale Gerechtigkeit fördern will, so steht dieses passive Hinnehmen der gesellschaftspolitischen Entwicklungen in einem zentralen Widerspruch zu ihren Aufgaben und Zielen. In diesem Sinne hat Soziale Arbeit ein gesellschaftspolitisches Mandat. (Kusche & Krüger, 2001, S. 16)

3.4.4 Das Politische Mandat durch den Anspruch an Professionalität

Volker Schneider (2001, S. 27) knüpft das Politische Mandat an den professionellen Auftrag der Sozialen Arbeit. Er bezieht sich auf Roland Merten und schreibt, Soziale Arbeit hat kein politisches Mandat per se, aber einen professionellen Auftrag, der politisches Engagement impliziert. Wenn die Soziale Arbeit diesen professionellen Auftrag mit einem Höchstmass an Kompetenz wahrnehmen will, dann wird sie dazu beitragen, dass die Adressatinnen und Adressaten die ihnen zustehenden Rechte erhalten, sie wird sie dazu befähigen ihre Rechte selbstständig wahrnehmen und realisieren zu können. Die Menschen sollen ihre Bürgerrechte realisieren können. Hierzu bedarf es einer materiellen Grundsicherung, die die Menschen wirtschaftlich unabhängig macht und in die Lage versetzt, diese Bürgerrechte wie Gleichheit und Freiheit wahrnehmen zu können. Diese professionelle Forderung ist in einer Verbindung zu Demokratie und Sozialstaatlichkeit zu verstehen, was aus dem professionellen Auftrag gleichzeitig einen Politischen macht. (S. 27 ff) Eine Soziale Arbeit die nicht versucht, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, mithilfe ihrer spezifischen Kenntnisse über die Lebenslagen der Adressatinnen und Adressaten, eine Soziale Arbeit, die sich mit den gegebenen Rahmenbedingungen abfindet, ist somit nicht nur unpolitisch sondern auch unprofessionell. Schneider schliesst somit dass eine Soziale Arbeit, die einen professionellen Auftrag hat, auch ein politisches Mandat hat. (S. 30) Richard Sorg (2001, S. 53) knüpft an diesem Verständnis an, wenn er schreibt, dass zur Professionalität eine reflexive Berücksichtigung dessen gehört, dass die aktuelle Gesellschaft geprägt ist durch soziale Ungleichheit, ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen, sozialer Teilhabe und allgemeinen Lebenschancen. Es braucht eine Analyse der Allgemeininteressen, welche oftmals zugunsten von Partialinteressen zu verschwinden drohen. Aus dieser professionellen Reflexivität heraus sieht sich die Soziale Arbeit genötigt, sich entweder für Anpassung an die aktuelle gesellschaftspolitische Tendenz oder für Widerstand dagegen zu entscheiden. Das

Politische Mandat ergibt sich so aus der Unmöglichkeit der Neutralität gegenüber den gesellschaftspolitischen Entwicklungen. (S. 46)

3.4.5 **Das bewusste Politische Mandat als Gegenposition zur systemstützenden Funktion Sozialer Arbeit**

Heinz Sünker (2001, S. 71 ff) beschreibt, dass Soziale Arbeit immer politisch wirkt. Den Grund dafür sieht er darin, dass Soziale Arbeit eine intrinsische politische Natur hat, da die Sozialpolitik und die sozialen Institutionen von politischen Prozessen geformt werden. Soziale Arbeit ist im Kontext dieses Ansatzes eine politikimmanente Form gesellschaftlicher Praxis. Diese politische Wirkung kann aber in zwei gegensätzliche Richtungen gehen. Die Bearbeitung des Sozialen kann entweder als Durchsetzung bestimmter Normalitätsvorstellungen erfolgen, also mit anderen Worten ein Beitrag sein zur Herrschaftssicherung und zur Reproduktion gesellschaftlicher, durch Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sich auszeichnende Verhältnisse, oder sie kann ein Beitrag sein zu einer emanzipierten Gesellschaft, als Mitarbeit an der Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen und der Erarbeitung von Gleichheit und Gerechtigkeit. Ein politisches Mandat hat die Soziale Arbeit als Profession immer, es fragt sich nur, ob sie ein Bewusstsein davon hat. Dieses Bewusstsein ist das entscheidende Moment einer politischen Sozialen Arbeit, da die politische Wirkung damit gesteuert werden kann. Ohne das Bewusstsein um die Steuerbarkeit der politischen Wirkung wird die Soziale Arbeit zur herrschaftsstützenden Instanz.

3.5 **Das Politische Mandat als Unterstützung zur Förderung der Demokratie**

Das Treffen der politischen Entscheide innerhalb einer Demokratie ist nicht Sache der Experten, sondern soll das Ergebnis sein einer breiten demokratischen Meinungs- und Willensbildung. Die Verantwortung der Experten, die für ein entsprechendes Problemfeld über besondere professionelle Kompetenzen verfügen, besteht darin, in genau diese Prozesse der Meinungs- und Willensbildung mit ihrem Fachwissen und ihren Fachkompetenzen aufklärend einzugreifen. Dieser Grundsatz gilt für alle Professionen, es ist die Aufforderung, sich in die politische Meinungsbildung einzumischen und es ist, bezogen auf das Politische Mandat der Sozialen Arbeit, ein Argument für dessen Existenz. (Sorg, 2001, S. 50) Kusche und Krüger (2001, S. 20 ff) schreiben, dass die Demokratie in ihrer Grundform nicht auf den Akt des Wählens reduziert werden kann. Das Politische Mandat wird zwar als reiner Akt der Organisationsform des Staates in einer konservativen Auslegung von Demokratie nicht ausreichend begründet. Demokratie jedoch verstanden als eine Lebensform in allen Einrichtungen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Handelns fordert Partizipation und politische Auseinandersetzung, Mündigkeit und Autonomie der Bürgerinnen und Bürger. Um diese Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft zu fördern hat die Soziale Arbeit die Legitimation für ein aus der Demokratie hervorgehendes politisches Mandat.

3.6 Die Frage nach dem Mandatar. An wen wird das Politische Mandat vergeben?

3.6.1 Soziale Arbeit differenziert in deren Institutionen und die darin tätigen Professionellen

Der Empfänger des «*Politischen Mandates der Sozialen Arbeit*» ist, wie dies der Name impliziert und wie dies in allen bearbeiteten Texten beschrieben wird, die Soziale Arbeit. Richard Sorg (2001, S. 42) nimmt nun eine Differenzierung der Sozialen Arbeit vor. Er sieht sie als eine problematische Zwiegestalt, die einerseits aus den Sozialarbeitenden besteht, also den praktizierenden Professionellen und andererseits aus der institutionalisierten und verallgemeinerten Praxis der Sozialen Arbeit. Dies ist insofern problematisch, als dass die Organisationen, in denen Sozialarbeitende tätig sind, oft staatlichen Ursprungs sind und somit staatspolitische Interessen haben. Sozialpolitische Entscheide werden zu einem grossen Teil in den Institutionen der Sozialen Arbeit umgesetzt. Wenn nun die Wahrnehmung des Politischen Mandates von den Professionellen fordert, sich gegen diese zu wehren oder bestimmte Aufträge nicht oder anders wahrzunehmen so entsteht hier erhebliches Konfliktpotenzial sowie der Anspruch, in den eigenen Institutionen politisch aktiv zu werden.

3.6.2 Kritik an Funktionsweisen von Institutionen der Sozialen Arbeit

Helga Cremer-Schäfer (2001, S. 55 ff) greift diesen Widerspruch ebenfalls auf, sie beschreibt das Politische Mandat der Sozialen Arbeit im Sinne eines Verständnisses dafür, dass Professionelle der Sozialen Arbeit mit der eigenen Praxis in den Institutionen Politik machen. Dies gilt es zu verstehen und entstehende Widersprüche zu reflektieren. Sie kritisiert Funktionsweisen von Institutionen der Sozialen Arbeit, welche die Funktion haben, Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, dabei aber nicht zum Gegenstand machen, wie diese Gesellschaft beschaffen ist. Institutionen der Sozialen Arbeit erfüllen eine Reproduktionsfunktion für eine bestimmte soziale Ordnung. Diese werden von sozialen Akteuren genutzt um an gesellschaftlich erzeugten Ressourcen zu partizipieren und um sich als gesellschaftliche Subjekte in einer Struktur zu reproduzieren. Dadurch werden Handlungsmöglichkeiten reguliert, die Institutionen üben Macht aus, indem sie den einen Ressourcen zur Verfügung stellen und den anderen verweigern. Die Adressatinnen und Adressaten Sozialer Arbeit, die diese Institutionen nutzen, unterwerfen sich gleichzeitig der Selektivität derselben. Die Professionellen, die darin arbeiten beteiligen sich an institutionalisierter Herrschaft. Das Personal der Institution kategorisiert, verteilt Ressourcen, teilt Positionen zu und wendet Sanktionen und Strafen an. Diese Herrschaftsanteile der Sozialen Arbeit müssen den Professionellen bewusst sein. Trotz des Prinzips der «*Inklusion*» sind sozialstaatliche Massnahmen «*exklusiv*» und «*im Rahmen der neoliberalen Wende der Sozialpolitik sind sie dies zunehmend*» (Cremer-Schäfer, 2001, S. 63), das heisst Formen von Inklusion können trotzdem soziale Ausschliessung bedeuten.

3.7 Handlungsvorschläge zum Denkmodell des Politischen Mandates

Die folgende Darstellung der Verständnisse von Politik, des politischen Aspektes der Sozialen Arbeit sowie der Handlungsvorschläge, welche in dem Denkmodell genannt werden, ist das Resultat der Literaturanalyse der Publikationen zu den einzelnen Denkmodellen. Da ich mich lediglich auf die ausgewählte Literatur beziehe, haben diese Darstellungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sollen Tendenzen und Absichten erkennbar gemacht werden. Bei der Darstellung der Verständnisse von Politik habe ich jeweils die bearbeiteten Publikationen daraufhin analysiert, welche Aussagen der Autorinnen und Autoren auf ihr Verständnis von Politik schliessen lassen. Einige davon werden exemplarisch mit signifikativen Textstellen illustriert und dargestellt, wobei die Auswahl unter der Absicht stattfand, einerseits die Heterogenität der vorkommenden Politikverständnisse hervorzuheben und andererseits auch erkennbare Tendenzen zu illustrieren. Bei der Darstellung des politischen Aspektes der Sozialen Arbeit bin ich nicht auf die einzelnen Autorinnen und Autoren eingegangen, sondern habe die in den Publikationen gemachten Aussagen zusammengetragen, welche sich auf den politischen Aspekt der Sozialen Arbeit beziehen. Bei der Darstellung der Handlungsvorschläge habe ich eine Unterscheidung vorgenommen in konkrete und weniger konkrete Handlungsvorschläge. Es ist eine subjektive Unterscheidung, die auf meiner persönlichen Wahrnehmung basiert, die Kriterien für die Unterscheidung sind im Hinblick auf die Beantwortung meiner Fragestellung, welche der Handlungsvorschläge konkret in der Praxis umgesetzt werden können und welche sozusagen erst in die Praxis übersetzt werden müssen. Dies ist keine wertende Unterscheidung. In den weniger konkreten Vorschlägen finden sich vermehrt Appelle an Haltungen von Sozialarbeitenden, welche dann in der konkreten Situation umgesetzt werden sollen. Da es sich um Vorschläge für eine politische Praxis Sozialer Arbeit in verschiedenen Bereichen handelt, habe ich eine Kategorisierung vorgenommen, die es ermöglicht, diese in die verschiedenen Bereiche einzuordnen. Diese Literaturanalyse habe ich auch für die beiden anderen Denkmodelle vorgenommen, das hier erläuterte Vorgehen ist identisch.

Kategorisierung der Handlungsvorschläge:

- A:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die institutionelle Politik beziehen
- B:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die ausserinstitutionelle Politik beziehen
- C:** Handlungsvorschläge, welche sich auf Öffentlichkeitsarbeit beziehen
- D:** Handlungsvorschläge, welche sich auf innerprofessionelle Handlungen und Haltungen sowie auf den Berufsethos beziehen
- E:** Handlungsvorschläge, welche sich auf Analyse und Kritik beziehen
- F:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die direkte Arbeit mit den Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit beziehen

3.7.1 Konkrete Handlungsvorschläge

- (A) Politische Amtsträgerinnen und Amtsträger sowie politische Gremien zu sachpolitischen Entscheidungen beraten (Kusche & Krüger, 2001, S. 18 ff; Sorg, 2001, S. 50).
- (A) Sich einbringen in soziale Planungsgremien (Kusche & Krüger, 2001, S. 18 ff).
- (A) Mitwirken beim Verfassen von offiziellen Berichten und daraus resultierende politische Massnahmen formulieren (Kusche & Krüger, 2001, S. 18 ff).
- (A) Einfluss nehmen auf das Angebot von Hilfen und Interventionsmöglichkeiten, die die Soziale Arbeit über politische Entscheidungen zur Verfügung gestellt bekommt sowie auf die Sozialpolitik, anhand von spezifischen fachlichen Kenntnissen über die Lebenslagen der Individuen (Schneider, 2001, S. 30).
- (C) Öffentlichkeitsarbeit leisten und über Sachthemen informieren, durch die öffentliche Meinung Druck machen auf politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger (Kusche & Krüger, 2001, S. 18 ff).
- (C) Die Anwaltschaftlichkeit für die Adressatinnen und Adressaten in die Öffentlichkeit tragen (Seithe, 2012, S. 414).
- (D,E,C) Kritik und politische Forderungen wissenschaftlich und fachlich begründen (Mühlum, 2007, S. 29; Sorg, 2001, S. 50; Staub-Bernasconi, 2007, S. 6).
- (D,E) Wissenschaftliche und berufsethische Erkenntnisse für soziale Zustände mit Hilfe von Beharrlichkeit, den notwendigen Machtquellen und Zivilcourage in die Praxis umsetzen (Staub-Bernasconi, 2007, S. 6).
- (F,D) Handlungsspielräume bei der Umsetzung von rechtlichen Bestimmungen, Massnahmen und Programmen nutzen (Kusche & Krüger, 2001, S. 18 ff).
- (F,D,C) Sich für die Rechte der Adressatinnen und Adressaten einsetzen (Schneider, 2001, S. 30).
- (F,D,C) Auf Fachwissen basierende Parteilichkeit mit Adressatinnen und Adressaten und ihren Interessen einnehmen (Beck, 2007, S. 109 ff; Seithe, 2012, S. 412; Sorg, 2001, S. 52 ff).

3.7.2 Weniger konkrete Handlungsvorschläge

- (A) Politische Rahmenbedingungen zur Förderung gerechter sozialer Verhältnisse mitgestalten, dies auf kommunaler Ebene, auf Bundesebene und auf internationaler Ebene (Schneider, 2001, S. 33; Sorg, 2001, S. 50).
- (D,E) Das Bewusstsein stärken, dass die Soziale Arbeit eine herrschaftsstützende Funktion hat (Cremer-Schäfer, 2001, S. 58).
- (D) Sozialarbeitende sollen ausgebildet werden um individuelle, institutionelle und strukturelle Veränderungen bewirken zu können (Sünker, 2001, S. 74).
- (D) Politisches Bewusstsein von Sozialarbeitenden stärken (Mühlum, 2007, S. 29; Sünker, 2001, S. 83).
- (D, E) Die Fähigkeit herausbilden, gesellschaftliche Kontexte analysieren zu können (Sünker, 2001, S. 83).

- (D) Sich auf ethische Grundsätze beziehen (Seithe, 2012, S. 412; Staub-Bernasconi, 2007, S. 7).
- (D) Politisierung oder Repolitisierung der Sozialen Arbeit, das Politischen Mandat wiederaufnehmen (Seithe, 2012, S. 412).
- (D,E) Sich gegen systemische Forderungen nach Anpassung und Unterordnung stellen (Seithe, 2012, S. 412).
- (D,E) Unabhängige Urteile fällen, fachliche Erklärungen und Bewertungen vornehmen sowie die Vorgehensweisen von Professionellen selber wählen (Staub-Bernasconi, 2007, S. 7).
- (E) Funktionsweisen der Institutionen, in denen Soziale Arbeit tätig ist, reflektieren (Cremer-Schäfer, 2001, S. 65 ff).
- (F,A) Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft ermöglichen (Schneider, 2001, S. 36).

3.8 **Verständnisse von Politik im Denkmodell des Politischen Mandates**

Kusche und Krüger (2001, S. 15 ff) vertreten ein Verständnis von Politik im Sinne einer institutionellen Politik. Rahmenbedingungen entstehen über Gesetze, demokratische Abstimmungen und Entscheide von demokratisch gewählten Amtsinhabern. Der Staat wird vertreten von politischen Amtsinhabern, politische Entscheidungen werden von ihnen gefällt. Diese sind aber auf die Wiederwahl angewiesen und sind dadurch durch die Öffentlichkeitsmeinung beeinflussbar. Soziale Arbeit ist Teil der Sozialpolitik. *«Soziale Arbeit ist in der alltäglichen Praxis (...) mit gesellschaftspolitischen – vor allem auch lokalpolitischen – Entwicklungen konfrontiert, die Entwicklungschancen von Menschen – aber auch der Profession – behindern.»* (Kusche & Krüger, 2001, S 15) *«Die Massnahmen des Staates zur Sicherung des Sozialstaatsprinzips kumulieren im Wesentlichen in seiner Sozialpolitik. Die personenbezogenen Dienstleistungen, die Sozialarbeit erbringt, sind Bestandteil dieser Sozialpolitik.»* (Kusche & Krüger, 2001, S 16) *«Es ist kein Geheimnis, dass in einer parlamentarischen Demokratie die organisierte Öffentlichkeit politischen Druck auf die Entscheidungsträger in Kommunalparlamenten ausüben kann.»* (Kusche & Krüger, 2001, S 19) Beim sozialarbeiterischen Alltagshandeln, das auch als politisch verstanden wird, öffnet sich das Verständnis von Politik gegenüber dem rein institutionellen Verständnis. Das sozialarbeiterische Handeln kann auch politisch sein. Es spielt sich aber innerhalb der politisch generierten Rahmenbedingungen ab. *«Über das Handeln in Gremien hinaus besteht eine Politikimmanenz des sozialarbeiterischen Alltagshandelns. Die Umsetzung von rechtlichen Bestimmungen, Massnahmen und Programmen erfolgt unter Berücksichtigung konkreter Problemlagen einzelner Menschen oder Menschengruppen vor Ort. Das heisst, dass im sozialarbeiterischen Alltagshandeln ständig Prioritäten im Hinblick auf die Verteilung oder Zurückhaltung von Lebenschancen gesetzt werden müssen (...).»* (Kusche & Krüger, 2001, S. 20)

Volker Schneider (2001, S. 27 ff) vertritt ebenfalls ein Verständnis von institutioneller Politik. *«Denkbare Hilfen oder Interventionsformen sind in ihrer Umsetzung abhängig von ih-*

rer unmittelbaren Verfügbarkeit. Die Bereitstellung oder Nichtbereitstellung entsprechender Angebote und Ressourcen ist letztlich in der Regel eine politische Entscheidung.» (Schneider, 2001, S. 30) Er bezieht sein Politikverständnis auf die Grundrechte des Menschen und deren Erfüllung. *«Damit in einer Gesellschaft die Verwirklichung der Menschenrechte möglich ist, bedarf es zuerst einer Verwirklichung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte und die Gewährung von ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten. Rechtsansprüche müssen geltend gemacht werden und durchgesetzt werden.»* (Schneider, 2001, S. 32)

Richard Sorg (2001, S. 41 ff) schreibt in seinem Beitrag, dass es gibt keine eindeutige Antwort gibt auf die Frage, was unter Politik und politisch verstanden werden soll. Sorg erklärt verschiedene Verständnisse von Politik, das frühneuzeitliche Verständnis (Politik ist die Technik des Machterwerbs und des Machterhalts), das liberale Verständnis (Parteien konkurrieren um unterschiedliche Interessen), das konservative Verständnis (Gemeinwohl soll das übergeordnete Ziel von Politik sein), das sozialdemokratische Verständnis (Soziale Teilhabe und soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung einer demokratischen Gesellschaft), das kommunistische Verständnis (soziale Gerechtigkeit durch Eingreifen in Macht- und Eigentumsverhältnisse) und das anarchistische Verständnis (Ablehnung staatlicher Zentralorganisation). Aus seinem Beitrag ist jedoch herauszulesen, dass er Politik als eine allgemeine gesellschaftliche Bewegung sieht, ein kollektives Denken der gesamten Öffentlichkeit, etwas, das von der Gesellschaft ausgeht und somit Einfluss hat auf die institutionelle Politik. Mit dem Begriff sozialstaatliche Politik verweist er auf eine institutionalisierte Sozialpolitik. Er lehnt ein Politikverständnis ab, das auf einer Demokratie beruht, an der nicht alle teilnehmen können. *«In ‹Politik› steckt das griechische ‹polis›, ‹Das Gemeinwesen›. Das Adjektiv ‹politikos› bedeutet ‹bürgerlich›, das ‹Gemeinwesen›, historisch konkret: die Stadtstaaten des antiken oder klassischen Griechenlands (...). Das Adjektiv ‹politikos› bedeutet ‹(stadt-)bürgerlich›, ‹das Gemeinwesen betreffend›; oder auch ‹öffentlich›. Und ‹Politik› (...) wäre dann die ‹aufs Gemeinwesen, auf die öffentlichen Angelegenheiten bezogene Praxis oder Kunst. (...) Schaut man sich nun die griechische Polis genauer an, (...)so gehörten nur zwischen 10 und 20% der Bevölkerung zu den Bürgern der athenischen Polis. Die Übrigen, also die grosse Mehrheit der Bevölkerung (...) besaßen keine Bürgerrechte, waren also von der Teilhabe und den Gestaltungsmöglichkeiten des athenischen Gemeinwesens weitgehend ausgeschlossen.»* (Sorg, 2001, S. 43)

Bei Albert Mühlum (2007, S. 15 ff) kommt ein Verständnis von Politik zum Vorschein, das einerseits die institutionelle Politik im Sinne der Sozialpolitik beinhaltet und andererseits aber auch soziale Bewegungen ausserhalb dieser als politisch bewertet, z.B. die Frauen- und Friedensbewegung. Gesellschaftliche Bewegungen sind genauso Politik. *«Der fachwissenschaftliche Kern der Debatte liegt in der Verflechtung von Sozialarbeit und (Sozial-) Politik- oder ihrer Abhängigkeit. Statt einer schlichten Bejahung oder Verneinung des politischen Mandats der Sozialen Arbeit sind Differenzierungen nach Arbeitsfelder, Akteuren und Organisationen notwendig, aber auch der komplexen Beziehungen zwischen politischen Entscheidungen und institutionalisierter Sozialarbeit.»* (Mühlum, 2007, S. 24) *«Politisches*

Bewusstsein und Gestaltungswille zeigten schon die Pionierinnen der Berufsgeschichte (...) z.B. in der internationalen Sozialpolitik, der Frauenbewegung und der Friedenspolitik (...).» (Mühlum, 2007, S. 16)

3.8.1 **Synthese zu den Politikverständnissen**

Es ist erkennbar, dass sich viele der Autorinnen und Autoren auf ein institutionelles Politikverständnis beziehen. Rahmenbedingungen entstehen über demokratisch institutionalisierte Mechanismen von Wahlen, Parlamenten und Abstimmungen. Die öffentliche Meinung hat Einfluss auf die institutionalisierte Politik. Durch Beratung von politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern können politische Entscheidungsfindungen beeinflusst werden. Dies ist meines Erachtens der Hauptfokus des Denkmodells des Politischen Mandates. Mit politischem Engagement kann auf gesellschaftliche Strukturen Einfluss genommen werden. Die strukturelle Ebene bezieht in diesem Verständnis auf die Gesetzesebene und somit auf die institutionelle Politik. Es sind aber durchaus auch andere Verständnisse von Politik ersichtlich. Beim sozialarbeiterischen Alltagshandeln, das auch als politisch verstanden wird, wird die ausserinstitutionelle Ebene thematisiert. Das eigene Handeln, sowie jenes von anderen zivilen Akteuren ist politisch. Es spielt sich aber innerhalb der rechtlich institutionalisierten Rahmenbedingungen ab. Unter dem Politischen ist auch das Öffentliche gemeint, die veröffentlichte Meinung. Es kommt das Verständnis zum Vorschein, dass Politik durch die institutionalisierten Herrschaftsverhältnisse konstituiert ist. Es wird ebenfalls ein Politikverständnis sichtbar, welches sich auf die Grundrechte der Menschen und auf die Menschenrechte bezieht.

3.9 **Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit im Denkmodell des Politischen Mandates**

Es ist in diesem Denkmodell eine klare Tendenz erkennbar, dass der politische Aspekt der Sozialen Arbeit darin gesehen wird, dass sie als Bestandteil der Sozialpolitik verstanden wird. Sie ist sozusagen ausführende Instanz von sozialpolitischen Entscheidungen und transferiert somit die politische Haltung der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern. Die Soziale Arbeit steht aber in einer Wechselwirkung mit der Sozialpolitik, sie kann diese auch beeinflussen. (Kusche & Krüger, 2001, S. 16; Mühlum, 2007, S. 19 ff; Sünker, 2001, S. 70 ff) Sie kann konkret Partei ergreifen für die Interessen von unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren und sich damit politisch positionieren. Dies ist eine Machtausübung die, wenn sie unreflektiert geschieht, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse stützt. (Cremer-Schäfer, 2001, S. 63; Sorg, 2001, S. 52) Durch ihre Positionierung kann sich die Soziale Arbeit in eine anpassende oder in eine emanzipatorische Richtung bewegen (Seithe, 2012, S. 400; Sünker, 2001, S. 70 ff). Ein weiterer politischer Aspekt wird darin gesehen, dass sie in die Gesellschaft eingebunden ist (Sorg, 2001, S. 46) und die Gesellschaft mit ihren Problemen konfrontiert (Kusche & Krüger, 2001, S. 15). Soziale Arbeit kann Individuen in der Wahrnehmung ihrer durch die Verfassung zugesicherten Rechte unter-

stützen. Somit wird eine Basis geschaffen für eine demokratische Gesellschaft und für die institutionelle Politik. Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit ist die Befähigung der Adressatinnen und Adressaten zur politischen Partizipation und somit zur Mitgestaltung der politischen Rahmenbedingungen. (Schneider, 2001, S. 27 ff) Ebenfalls als politischer Aspekt beschrieben wird die Fokussierung auf die ethischen Prinzipien sowie auf die professionellen und fachlichen Ansprüche der Sozialen Arbeit, welche eine Orientierung für die politische Parteinahme bilden (Mühlum, 2007, S. 28). Weiter wird auf die Parteilichkeit im Interesse der Adressatinnen und Adressaten als politische Haltung der Sozialen Arbeit eingegangen (Beck, 2007, S. 112 ff; Seithe, 2012, S. 414). Der professionelle Anspruch, den Ursachen sozialer Probleme auf den Grund zu gehen und diese zu bekämpfen wird ebenfalls als politischer Aspekt genannt (Beck, 2007, S. 111), ebenso die Möglichkeit der Beeinflussung der politischen Agenda, die eigene Themensetzung im Diskurs (Staub-Bernasconi, 2007, S. 6 ff) und das Bekämpfen der negativen Auswirkungen gesellschaftlicher Entwicklungen (Mühlum, 2007, S. 18 ff).

4 Das Denkmodell der Repolitisierung

4.1 Wieso «RE»-Politisierung?

4.1.1 Kurzer historischer Abriss

Der Begriff der Repolitisierung beinhaltet den Begriff der Politisierung und impliziert, dass es diese bereits einmal gab (Mühlum, 2007, S. 15). Albert Mühlum (S. 15 ff) geht in seinem Beitrag auf die Geschichte der Sozialen Arbeit ein und beschreibt, dass bereits die Pionierinnen der Berufsgeschichte ein hohes politisches Bewusstsein und Engagement zeigten, so zum Beispiel Alice Salomon mit ihrem Engagement in der Frauenbewegung oder Jane Addams in der Gewerkschafts- und Friedensbewegung. Soziale Gerechtigkeit wurde schon früh zur Leitidee Sozialer Arbeit. Mühlum betont, dass bereits um 1900 in den USA und in England ein Bewusstsein entstanden ist über individuelle und gesellschaftlich-strukturelle Problemzusammenhänge, es fand eine doppelte Orientierung statt, die dem Einzelnen bei der Problembewältigung helfen und gleichzeitig Lösungen für gesellschaftliche Probleme finden sollte. Auch das Konzept Sozialer Arbeit von Ilse von Arlt zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts basiert darauf, dass es für die Behebung der Armut ein Verständnis deren Ursachen braucht. *«Arlt konzipiert die Fürsorgewissenschaft als Grundwissenschaft von der Armut und ihrer Behebung, deren Ziel es sein muss, die unmittelbaren und entfernteren Ursachen der Armut und ihre weiteren Wirkungen für die betroffenen Personen selbst und ihre Umwelt zu verstehen. Armut ist für Arlt die wirtschaftliche Unmöglichkeit zu ausreichender Bedürfnisbefriedigung. Nicht sozial auffälliges, abweichendes Verhalten, sondern die gesellschaftlich verweigerterte Bedürfnisbefriedigung und Behinderung von Lernchancen sind Ausgangspunkt ihrer Theorie.»* (Stark, 2007, S. 72) In den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts fand eine starke Politisierung der Sozialen Arbeit statt. Der Grundgedanke war die Parteilichkeit mit benachteiligten Menschen. (Mühlum, 2007, S. 18 ff) Dazu schrieb auch Roland Merten: *«Die 1970er Jahre können sowohl in theoretischer als auch in beruflicher Hinsicht als die Periode der Politisierung Sozialer Arbeit gelten.»* (2007, S. 55) Die Soziale Arbeit dieser Zeit hatte den Anspruch, einen entscheidenden Einfluss auf die sozialpolitische Entwicklung zu nehmen. In dieser Zeit wurden viele Voraussetzungen für die Professionalisierung des Berufes geschaffen, unter anderem über die Etablierung akademischer Strukturen. (S. 55) Gleichzeitig wurde die Soziale Arbeit selbst zum Politikum. Die gesellschaftliche Funktion der *«Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen»* (Stark, 2007, S. 73) wurde einer generellen Kritik unterzogen. Soziale Arbeit wurde kritisiert als *«Reproduktionsagentur»* (S. 74) der Ware Arbeitskraft, als *«Disziplinierungsagentur»* (S. 74) für die Anpassung an die kapitalistischen Strukturen, als *«Opressionsagentur»* (S. 74) durch soziale Kontrolle, als *«Sozialisationsagentur»* (S. 74) welche soziale Probleme subjektiviert und als *«Kompensationsagentur»* (S. 74) für die Ungerechtigkeiten des Systems Die Rolle der Sozialen Arbeit wurde insofern als positiv gesehen, als sie über versteckte Formen von Herrschaft und Unterdrückung aufklärt, politisches Bewusstsein weckt und kollektive Aktionen des Widerstandes organisiert. Es gingen viele alternative Projekte So-

zialer Arbeit aus dieser Zeit hervor, die Veränderungen in den institutionalisierten Praxen erreichten, z.B. die Heimkampagne und die Frauenhausbewegung. (S. 74 ff) Diese politisch sehr aktive Phase wurde abgelöst von einer Phase, welche geprägt war durch andere Diskurse und Kompetenzvorstellungen, hauptsächlich durch die klientenzentrierten Interventionstechniken und einer Fokussierung auf die Methodenentwicklung. Gesellschaftliche Fragen gerieten in den Hintergrund. Darauf folgte die Zeit des Einflusses des Neoliberalismus und einer restriktiven Sozialpolitik. Budgetkürzungen und die Einführung von Managementinstrumenten zur Steigerung der Effizienz und Effektivität liessen die Frage nach dem politischen Selbstverständnis ins Abseits rutschen. (Merten, 2001, S. 7 ff) Auf den gesellschaftskritischen Diskurs folgte erst ein therapeutischer Diskurs und danach ein ökonomischer Druck. Im Vergleich zu den 60er/70er Jahren wurde ein deutlicher Rückgang politischer Argumentationen und Begründungen im fachöffentlichen Diskurs wahrgenommen. (Rieger, 2007, S. 85) Auf diese Phase geringen politischen Bewusstseins soll laut Vertreterinnen und Vertretern des Denkmodells der Repolitisierung nun wieder eine Politisierung der Profession erfolgen. Rieger (2007, S. 86) beschreibt, dass im aktuellen Diskurs ein Defizit an sozialarbeiterischer Politisierung thematisiert wird und eine Repolitisierung gefordert wird.

4.1.2 Auch so genannt unpolitische Soziale Arbeit wirkt politisch

Wie aus dem kurzen historischen Abriss ersichtlich wird, wird die Soziale Arbeit aktuell als sehr unpolitisch wahrgenommen. Da Soziale Arbeit nicht unpolitisch sein kann, wie später noch ausführlicher beschrieben wird, wirkt auch so genannt unpolitische Soziale Arbeit politisch, sie unterstützt durch ihre Angepasstheit das neoliberale sozialpolitische Konzept (Seithe, 2012, S. 402). Die politische Wirkung wird nicht aktiv wahrgenommen, die Professionellen handeln nicht explizit politisch. Der aktivierende Staat sucht Schuldzuweisungen im Individuum und leugnet somit die politische Verantwortung für die Problemlagen der Menschen. Diese neoliberale Vorstellung hat sich auf viele Sozialarbeitende übertragen und führt somit zu einer «Entpolitisierung» (Seithe, 2012, S. 402) der Sozialen Arbeit. Unter Entpolitisierung versteht Seithe, dass sich die Soziale Arbeit weitgehend stillschweigend in die neuen Bedingungen und Herausforderungen fügt. Ein Teil der Sozialarbeitenden sind somit längst bewusst oder auch unbewusst zu Handlangerinnen und Handlangern der neosozialen Politik geworden. Mit neosozial meint Seithe die aktivierende Haltung des Sozialstaates, der auf Eigenverantwortung der Adressatinnen und Adressaten beruht. (Seithe, 2012, S. 389 ff) Erkennbar ist dies durch die diskursive Schwäche Sozialer Arbeit in der Ausgestaltung des aktivierenden Paradigmas der aktuellen Sozialpolitik (Engemann, Fischer, Müller & Volkmer, 2007, S. 135). Laut Michael Opielka (2007, S. 44) ist sich die Soziale Arbeit ihres immanent politischen Charakters derzeit nicht bewusst. Sie befindet sich in einer Opferrolle gegenüber restriktiven Sozialreformen. Er sieht den Grund darin unter anderem in einer Depolitisierung, d.h. dass weder die praktischen noch die akademischen Vertreterinnen und Vertreter der Disziplin bewusst die Abwertung der Adressatinnen und Adressaten wollen, dass aber zu wenig politische Reflexivität gelehrt und kommuniziert wird um dies zu verhindern. Christian Stark (2007, S. 76 ff) sieht die Gründe für den aktuell sehr

bescheidenen politischen Aktivismus der Sozialarbeitenden hauptsächlich in drei Aspekten. Erstens besteht die Angst, dass ein zu starkes sozialpolitisches Engagement und damit verbundene Kritik an den Geldgebern zu Subventionskürzungen führen könnte. Zweitens wollen sich viele Sozialarbeitende in Anbetracht der knapper werdenden Ressourcen auf das «Kerngeschäft» (S. 76), sprich die unmittelbare Arbeit mit Adressatinnen und Adressaten beschränken. Drittens hat das Dogma des Neoliberalismus in die Soziale Arbeit Einzug gehalten, so wie in praktisch alle Lebensbereiche der heutigen Gesellschaft. Die gesellschaftliche Funktion der Sozialen Arbeit wird nur sehr gering wahrgenommen. Dieser Prozess, der die Form des Marktes zunehmend als das Organisationsprinzip von Staat und Gesellschaft beansprucht, wird im seit Beginn der 90er Jahre als Ökonomisierung der Sozialen Arbeit beschrieben. Professionelle Soziale Arbeit wird in Anspruch genommen, um professionsfremde Ziele zu erreichen. Andererseits gibt es laut Seithe (2012, S. 402) aber auch viel Unmut. Eine ganze Reihe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Praktikerinnen und Praktiker und Studierende sind nicht bereit, sich anzupassen und ihre ethischen Grundlagen und Orientierungen aufzugeben. Es geht ihnen um ein humanistisches, an Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit orientiertes Umgehen mit denjenigen, die an ihrer Lebensbewältigung scheitern oder zu scheitern drohen. Seithe betont, dass es wohl mehr Widerstand und politisch denkende, kritische Sozialarbeitende gibt als man im beruflichen Alltag mitbekommt. Daraus schliesst sie auf eine Tendenz zu einer Repolitisierung und sieht dafür durchaus Potenzial. (S. 402)

4.1.3 Repolitisierung durch gesellschaftlichen Diskurswandel?

In welcher Form und in welchem Umfang ein politisches Mandat in der Sozialen Arbeit umgesetzt wird, ist von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen abhängig. Günter Rieger (2007, S. 92 ff) greift die Forderung nach einer Repolitisierung auf, indem er auf den gesellschaftlichen Diskurswandel eingeht, dem die Soziale Arbeit ausgesetzt ist und stellt die Prämisse auf, dass es sein könnte dass die Soziale Arbeit durch den gesellschaftlichen Wandel wieder politisiert wird. Es sei gut möglich, dass dem aktuellen, ökonomisch geprägten, gesamtgesellschaftlichen wie fachlichen Diskurs bald wieder eine Politisierung folge. Dafür nennt er drei Gründe: Erstens beobachtet die Partizipationsforschung seit langem, dass in demokratischen Gesellschaften auf Wellen intensiver politischer Einmischung regelmässig Wellen des Rückzugs ins Private folgen und umgekehrt. Hierbei bezieht er sich auf Albert O. Hirschmann. Wenn man also die Fokussierung auf das Individuum nach der politischen Phase der 60er und 70er als einen Rückzug aus der Politik betrachtet, so kann es gut sein, dass nun wieder eine stärkere Politisierung folgt. Zweitens wächst der Steuerungsbedarf der Gesellschaft angesichts der aktuellen Individualisierung und Pluralisierung. Gemeinsame, verbindende Werte schwinden und der Markt als Steuerungsmodell verliert an Legitimation. Der Bedarf an neuen politischen Steuerungsmöglichkeiten steigt. Drittens ist immer dann, wenn das Bewusstsein für die Begrenztheit der Ressourcen wächst und Wertekonflikte zunehmen, die Politik zur Regelung öffentlicher Angelegenheiten aufgefordert. Die Kosten für Soziales steigen, die Bereitschaft der Gesellschaft, dafür aufzukommen, sinkt. Die aktuel-

len sozialpolitischen Herausforderungen verlangen nach neuen Lösungen. Der Markt produziert Wohlstand und Ungleichheit. Er ist ungeeignet, bestehende Ungleichheiten auszugleichen. Die entstehenden Wertekonflikte müssen politisch gelöst werden.

4.2 Was wird unter Repolitisierung und Politisierung verstanden?

4.2.1 Repolitisierung im Sinne einer Wiederaufnahme und Neugestaltung des Politischen Mandates und im Sinne einer Parteilichkeit mit den Adressatinnen und Adressaten

Mechthild Seithe wurde bereits im Denkmodell des Politischen Mandates zitiert. Wie schon beschrieben, hat Soziale Arbeit nach ihrem Verständnis ein politisches Mandat inne aufgrund ihres Ursprungs in den vom Kapitalismus verursachten sozialen Problemen und aufgrund ihrer Eingebundenheit in die Sozialpolitik (Seithe, 2012, S. 398). Soziale Arbeit ist immer politisch, entweder passt sie sich an und begreift sich als Ausführungsorgan des Staates, oder sie setzt sich aus ihrer Profession heraus für Menschen ein und wehrt sich gegen unzureichende Bedingungen der Ausübung der Sozialen Arbeit, beides hat seine entsprechende politische Wirkung. Mit Politisierung meint Seithe, dass sich die Professionellen bewusst werden, dass Soziale Arbeit nicht unpolitisch sein kann und sich gezielt dafür entscheiden, entsprechend ihren ethischen Grundsätzen, im Zweifel auch gegen systemische Forderungen nach Anpassung und Unterordnung zu wirken. In diesem Sinne versteht sie Politisierung als die bewusste Wiederaufnahme des Politischen Mandates. Politisierung beinhaltet auch eine bewusste parteiliche Haltung für die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit. (S. 400) Den Begriff der Re-Politisierung verwendet sie mit dem Hinweis, dass es nicht darum geht, frühere Verhältnisse aus der politischen Phase der 60er und 70er Jahren wiederherzustellen, sondern es geht um eine Neuorientierung des Politischen Mandates und um das Recht, neue Entwicklungen kritisieren zu können. Auch diese Aussage ist mit Vorsicht zu genießen, das Neue soll nicht per se abgelehnt werden, jedoch soll eine fachliche Beurteilung möglich sein. Neue Entwicklungen können gut in die Soziale Arbeit integriert werden, solange dies nicht zu einer Verwerfung der Kernaufgabe und Kernidentität der Sozialen Arbeit kommt. Dies passiert aber beispielsweise mit der unreflektierten Einführung von Managementaspekten in der Sozialen Arbeit. (S. 403 ff) Eine gesellschaftstheoretische Fundierung, sie meint damit auch eine Politisierung, der Theorie der Sozialen Arbeit erscheint Seithe dringend geboten. Der Kapitalismus entzieht sich unter dem Deckmantel des ökonomischen Sachzwangargumentes der politischen Auseinandersetzung und führt damit zu einer Entpolitisierung von Ökonomie und Gesellschaft. (S. 389)

4.2.2 Politisierung im Sinne von Einmischung in politische Prozesse

Christian Stark (2007, S. 81) versteht unter Politisierung eine bewusste Einmischung in politische Prozesse. Ökonomische Gegebenheiten, welche der Sozialen Arbeit als so genannte Sachzwänge suggeriert werden, beruhen auf politischer Willensbildung und politi-

schen Entscheidungen und sind grundsätzlich durch solche auch wieder veränderbar. Soziale Arbeit ist den Machtverhältnissen nicht einfach ausgeliefert. Es gibt auch Distanzierung und Widerspruch gegenüber einer Politik, die von der Sozialen Arbeit Anpassung an Sachzwänge verlangt. Dieser Widerstand basiert auf einer wissenschaftlich fundierten Analyse der Probleme der Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit und deren gesellschaftlichen Ursachen sowie auf einer Berufsethik, die sich an den Menschenrechten und an den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit orientiert. Es gilt, das Dogma des Neoliberalismus zu hinterfragen und zwischen Legalität und Legitimität zu unterscheiden. Es genügt aber nicht, einfach nur dagegen zu sein, sondern es bedarf an Kreativität und Fantasie, und der Erhaltung und Ausweitung der Handlungsspielräume. Es braucht Fachwissen, Organisation untereinander und Zivilcourage. Es braucht eine bewusste Soziale Arbeit, welche sich engagiert. Stark verweist hier auf eine Publikation der IFSW, «Ethics in Social Work»: «SozialarbeiterInnen haben die Pflicht, ihre Auftraggeber, Entscheidungsträger, Politiker und die Öffentlichkeit auf Situationen aufmerksam zu machen, in denen Ressourcen unangemessen sind oder in denen die Verteilung von Ressourcen, Massnahmen und Praktiken unterdrückend, ungerecht oder schädlich ist.» (Stark, zitiert nach IFSW, 2007, S. 69) Für Stark beinhaltet politische Soziale Arbeit die Erfüllung dieses ethischen Auftrages als einer von mehreren Kernaufträgen der Profession. Politische Handlungen von Sozialarbeitenden sind all jene Aktivitäten, die mit dem Blick auf gesellschaftlich bedingte Faktoren eine positive Veränderung von Gesellschaftsstrukturen, die soziale Probleme bedingen, anstreben, beispielsweise Öffentlichkeitsarbeit oder die Kritik repressiver Gesetze. (S. 70) «In diesem Sinne sind politische SozialarbeiterInnen solche, die sich nicht zum Objekt herrschender Verhältnisse machen lassen, sondern als Subjekte versuchen, auf gesellschaftspolitische Verhältnisse, die die Problemlage ihrer Klientel mitbedingen, Einfluss nehmen und Sozialpolitik mitzugestalten.» (Stark, 2007, S. 70) Rieger (2007, S. 86) schreibt hierzu, dass die Rahmenbedingungen sozialarbeiterischen Handelns politisch konstituiert sind und es die Aufgabe Sozialer Arbeit ist, sozialpolitische Entscheidungen auszuführen. Soziale Arbeit kann keine passive Rolle gegenüber der Politik einnehmen, sie muss versuchen, Politik aktiv zu gestalten.

4.2.3 Politisierung im Sinne von Problemdefinition und Problemartikulation sowie im Sinne von Gestaltung des Sozialen statt Verwaltung sozialer Probleme

Engemann et al. (2007, S. 135 ff) gehen auf die Verantwortung der Sozialen Arbeit ein, was die Konstruktion sozialer Wirklichkeit angeht. Der Auftrag Sozialer Arbeit leitet sich aus einer sozialen Wirklichkeit ab, welche von den Menschen kontext- und gesellschaftsabhängig erschaffen wird. Die der sozialen Wirklichkeit entspringenden Probleme unterliegen einem stetigen definitorischen Wandel. Innerhalb der sozialen Realität existieren Probleme privaten oder öffentlichen Ursprungs. Das Entscheidende dafür, dass ein Problem von der Gesellschaft als soziales Problem wahrgenommen wird, ist, dass es als öffentliche Angelegenheit betrachtet wird. Probleme sind demnach erst soziale Probleme, wenn sie von der Gesellschaft als solche anerkannt und definiert werden. Wenn die Beeinträchtigung von Menschen in ihrer Lebenssituation anerkannt wird und als veränderungswürdig

angesehen wird, so wird das soziale Problem zum Gegenstand von Sozialpolitik gemacht. In diesem Prozess übernimmt die Soziale Arbeit Funktionen der Bedarfsartikulation, der Bedarfsbearbeitung und der Bedarfsdeckung. Neben der Bedarfsartikulation entspricht es dem grundlegenden Verständnis von Sozialer Arbeit, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu analysieren und öffentlich zu thematisieren. Soziale Wirklichkeit wird in diesem Sinne auch von Sozialer Arbeit selbst definiert, indem neue Bedarfe ermittelt werden und deren Befriedigung angestrebt wird. Die Soziale Arbeit hat eine bedeutende Funktion in der Problemartikulation und darin, die Gesellschaft auf Handlungsbedarf hinzuweisen. Damit einher geht der Anspruch der Sozialen Arbeit, stellvertretend für Menschen, die es aus eigener Kraft nicht vermögen, in der gesellschaftlichen Aushandlung sozialer Probleme Stellung zu beziehen. Vom Selbstverständnis der Sozialen Arbeit hängt ab, ob sie sich als Verwalterin einer staatlichen Sozialpolitik betrachtet oder als eigene Gestalterin in der Organisation des Sozialen und somit auch sozialstaatliches Handeln kritisch hinterfragt. Es ist der gesellschaftliche Mitgestaltungsanspruch in seinem umfassenden Sinne, der die Soziale Arbeit politisch macht, die Ausgestaltung unterliegt jedoch den Professionellen der Sozialen Arbeit. (Engemann et al., 2007, S. 135 ff) Ebenfalls wird nach dem Selbstverständnis Sozialer Arbeit gefragt und ob dieses lediglich eine professionelle Hilfestellung unter Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen beinhaltet oder ob diese selbst zur Disposition stehen. Eine geringe politische Ausrichtung der Sozialen Arbeit erstaune nicht, wenn das Erkenntnisinteresse der Profession darin liege, wie der Mensch in und mit der Gesellschaft leben könne und nicht in den Bedingungen, der Organisation und der Gestaltung des Sozialen. (Engemann et al., 2007, S. 138) Soziale Arbeit kann sich nicht als Verwalterin sozialer Problemlagen verstehen, die sich nur auf individuelle Problemlösungsprozesse fokussiert. Sie hat die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Gestaltung in ihren Wirkungskreis konsequent mit einzubeziehen. Wenn sie das tut, ergeben sich daraus komplexe Problemlagen und Lösungsaufgaben, die es letztlich erfordern, interdisziplinär zu handeln. Es gilt, mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft, der Soziologie, der Politik, des Gesundheitsbereichs etc. zusammenzuarbeiten, um eine breite Argumentations- und Legitimationsbasis für die Mitgestaltung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. (S. 139) Dies beinhaltet Politikberatung und Mitplanung an lokalen Konzepten und Projekten. Eine so verstandene Repolitisierung orientiert sich an gesellschaftlichen Lösungsstrategien, in denen richtig verstandene Parteilichkeit die nötige normative Orientierung bieten kann. (S. 141)

4.2.4 Politisierung als eine Hilfestellung der Sozialen Arbeit muss professionell sein

Günter Rieger (2007, S. 94 ff) zeigt in seinem Beitrag, dass Professionalisierung Politisierung nicht ausschliesst, dass jedoch eine Politisierung nach professionellen Standards erfolgen muss. Er sieht Politik als eine von vielen Formen der Hilfe, ohne die jedoch die Profession unvollständig bleibt. Als Element sozialarbeiterischen Handelns muss das Politische, wie die anderen Formen der Hilfe, professionell sein. Andernfalls gefährdet die Politisierung die Professionalität. Er macht auf vier Punkte aufmerksam, die als Folgen von

unreflektiertem politischem Handeln zu einer Deprofessionalisierung führen können: 1. Emotionalisierung/Ideologisierung. Wenn Wertekonflikte eine Positionierung fordern, dann kann die kritische Distanz verloren gehen und ein Verharren auf den Positionen kann zu einer Ideologisierung und Verlust von Gesprächsfähigkeit führen. 2. Paternalismus. Die Gefahr besteht hier darin, dass Politik ohne Einbezug der Adressatinnen und Adressaten gemacht wird. Dies kann zur Durchsetzung von Machtansprüchen führen, zu Expertenherrschaft und Entmündigung. 3. Verlust der Identität als Profession. Wenn Politik als Lösung für alles gesehen wird, so geraten andere Handlungsformen in Vergessenheit, die Problemlösungskapazität wird auf die Politik beschränkt. Politik ist jedoch nur eine Handlungsform unter anderen. 4. Ineffektivität. Die professionelle Fachlichkeit darf nicht durch Emotionen und Ideologien ersetzt werden, ansonsten wird Soziale Arbeit ineffektiv. Es braucht fundiertes Wissen und Reflexion für politische Interventionen. (Rieger, 2007, S. 94 ff) Er verweist darauf, dass es unbedingt eine verstärkte Hinwendung zu politischem Denken und Handeln braucht. Einen gewissen Schutz vor den oben genannten Gefahren einer Politisierung bildet die Professionalität. Wenn Soziale Arbeit im Rahmen ihres Auftrages Politik macht, dann haben die Adressatinnen und Adressaten einen Anspruch darauf, dass sie es im Sinne der Professionalität, wissenschaftlich und ethisch orientiert tut. (S. 105) Für eine Professionalisierung der Politisierung kann die Soziale Arbeit auf gewisse Erfahrungen in berufsinternen Traditionen zurückgreifen wie zum Beispiel die Gemeinwesenarbeit, Community Organizing oder Empowerment. Es ist aber auch wichtig, interdisziplinäres Wissen aufzunehmen und weiterzuentwickeln, um dem politischen sozialarbeiterischen Handeln den nötigen professionellen Boden zu geben. Wissen aus der Forschung der Politikwissenschaft kann die Soziale Arbeit unterstützen, sie sollte sich aber auch auf eigene sozialarbeitsorientierte Forschungsinteressen konzentrieren, beispielsweise Soziallobbying, Gremienarbeit und Politikberatung. (S. 96 ff)

4.3 **Wie soll Soziale Arbeit repolitisiert werden?**

4.3.1 **Vier Strategieebenen kritischer Sozialer Arbeit**

Mechthild Seithe (2012, S. 405), wie eingangs des Kapitels bereits beschrieben, sieht durchaus Potenzial für eine Repolitisierung Sozialer Arbeit. Es gibt Vertreterinnen und Vertreter der Sozialen Arbeit, die nicht bereit sind, die neuen Entwicklungen widerstandslos hinzunehmen und auf einem eigenständigen professionellen Mandat bestehen. Strategien der Gegenwehr ergeben sich auf unterschiedlichen Ebenen, es ist notwendig, sich auf all diesen Ebenen kritisch einzubringen und aktiv zu werden. Seithe beschreibt vier Strategieebenen kritischer Sozialer Arbeit. Hier wird nun deutlich, dass es eine enge Verbindung gibt zwischen dem Denkmodell der Repolitisierung und dem Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit. Seithe sieht eine kritische Soziale Arbeit als ein Mittel zur Repolitisierung. Parallel dazu sehen Vertreterinnen und Vertreter des Denkmodells der Kritischen Sozialen Arbeit die Notwendigkeit einer Repolitisierung, darauf werde ich im Kapitel der Kritischen Sozialen Arbeit eingehen. Es ist zu jedoch zu unterscheiden zwischen dem Begriff einer kriti-

schen Sozialen Arbeit, also einer Sozialen Arbeit, welche sich kritisch mit sich und der Gesellschaft auseinandersetzt und dem Begriff«*Kritische Soziale Arbeit*», welcher sich in den letzten Jahren als Begriff für eine Strömung innerhalb der Sozialen Arbeit durchgesetzt hat. Seite bezieht sich in der Beschreibung der folgenden vier Strategieebenen auf eine Soziale Arbeit, die kritisch ist. Sie schreibt dies unter dem Plädoyer für eine Repolitisierung, doch nimmt sie auch Bezug auf die Strömung der Kritischen Sozialen Arbeit.

1. Reflexivität

Reflexivität bedeutet, basierend auf dem Unbehagen bezüglich der gegenwärtigen Situation, reflektierte und wissenschaftliche Kritik zu formulieren. Das Begreifen von gesellschaftlichen Zusammenhängen ist die Basis für kritisches Herangehen, für Widerstand und für politisches Handeln. Reflexivität fördert das Bewusstsein über politische Hintergründe und die Erkenntnis, dass die neosozialen Verhältnisse nicht naturbedingte Modernisierungsprozesse, sondern Folgen gesellschaftlicher Entscheidungen sind. Reflexivität kann als Handlungsorientierung dienen, dadurch dass Alternativen gedacht werden können. (Seite, 2012, S. 405) Reflexivität ermöglicht das Bewusstwerden der eigenen Möglichkeiten Sozialer Arbeit. Statt nur innerhalb des gegebenen Rahmens zu denken, geht es darum zu fragen, was denn fachlich wirklich nötig und möglich wäre. Erst in einem zweiten Schritt geht es um die Frage nach der Umsetzung. Der diskursive Umgang mit der eigenen Fachlichkeit muss geübt werden, in jeder konkreten Situation sind die sozialarbeiterischen Aspekte eines Problems zu unterscheiden von anderen Aspekten des Problems. (S. 431)

2. Beharren auf sozialarbeiterischen Positionen

Dies wird beschrieben als der Schritt von der Kritik zum Handeln, es ist der alltägliche Widerstand gegen fachfremde und fachlich unzumutbare Anforderungen in der Praxis. Mit Beharren auf sozialarbeiterischen Positionen ist gemeint, die ethischen und wissenschaftlichen Orientierungen der Sozialen Arbeit offensiv zu thematisieren und sich Tendenzen, welche diese untergraben, offensiv entgegenzustellen, es geht um das Beharren auf fachlichen Positionen. Widerstand soll mit den Mitteln der Profession gemacht werden, beispielsweise mit Methoden wie der Lebensweltorientierung. Dafür braucht es angemessenes Selbstbewusstsein und gute Kenntnisse der Profession. Alltägliche Thematisierung der Folgen neoliberaler Spar- und Kontrollpolitik sowie der Kampf gegen prekäre Arbeitsbedingungen und fachliche Alternativen zu gängigen Praxen sind Teil dieser Strategie. (Seite, 2012, S. 407 ff) Dies verlangt von Sozialarbeitenden Bereitschaft und Mut, sich zur Wehr zu setzen und Widerstand zu leisten. Untersuchungen haben gezeigt, dass widerständiges Verhalten in der Praxis vor allem dann gezeigt wird, wenn es unmittelbar Erfolg verspricht. Es braucht daher ein Bewusstsein um einen längeren Zeithorizont von Erfolgen von politischem Handeln. Ebenfalls braucht es die Bereitschaft und Initiative zur öffentlichen Artikulation und Einmischung. Für eine offensive Einmischung braucht es eine Nutzung der Medien und eine Bereitschaft, an die Öffentlichkeit zu treten und dort Auseinandersetzungen

gen zu führen. Möglichkeiten zu fachlichen Stellungnahmen bieten beispielsweise das Internet sowie Audio- und Printmedien. (S. 433 ff)

3. Das politische Mandat der Sozialen Arbeit wieder aufnehmen

Auf dieser Strategieebene geht es um das Handeln gegenüber den Adressatinnen und Adressaten, der Öffentlichkeit und der Politik. Die vorher beschriebenen Strategieebenen der Reflexivität und des Beharrens auf fachlichen Positionen machen eine Repolitisierung im Sinne einer Wiederaufnahme des politischen Mandates notwendig. Die politische Implikation der Sozialen Arbeit soll bewusst wahrgenommen werden und dadurch soll der Blick vermehrt auf die sozialpolitische Eingebundenheit der Sozialen Arbeit und ihrer gesellschaftlichen Funktion im Kapitalismus gerichtet werden können. Seithe (2012, S. 412 ff) nennt folgende Handlungsansätze zur Wiederaufnahme des politischen Mandates: Parteilichkeit mit jenen Teilen der Gesellschaft, welche durch sie ausgegrenzt werden, Aufklärung der Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit wie auch der Gesellschaft über die den sozialen Problemen zugrunde liegenden Konflikte und über die Ideologie des Neoliberalen sowie Durchführung alternativer Projekte Sozialer Arbeit, die sich an der eigenen Fachlichkeit orientieren. (S. 412 ff)

4. Solidarisches und vernetztes politisches Handeln

Es ist notwendig, dass sich kritische Vertreterinnen und Vertreter der Sozialen Arbeit miteinander vernetzen und sich organisieren, um gemeinsam Forderungen zu stellen und Widerstand zu leisten. Politische Aktionen und alternative Projekte erreichen eine höhere Wirkung, wenn sie von einer breiten Basis getragen werden. Seithe (2012, S. 417 ff) verweist hier auf die Möglichkeiten des Internets, auf fachliche Kommunikation und Organisation auf einer vom Anstellungsträger unabhängigen Basis, auf die Gründung von Facharbeitskreisen, Gewerkschaften, Berufsverbänden, Internationalen Sozialarbeits-Vereinigungen sowie auf die Möglichkeit, interdisziplinäre Bündnisse über die Profession hinaus zu schliessen. Nebst der stärkeren Wirkungskraft politischer Aktionen wenn sie gemeinsam durchgeführt werden, stiftet die Zusammenarbeit Solidarität unter den Sozialarbeitenden und ermöglicht fachlichen Austausch. Seithe verweist hier explizit auf Gruppierungen der Strömung der Kritischen Sozialen Arbeit welche sich in Form von Arbeitskreisen und formellen wie informellen Foren gruppiert haben und eine Repolitisierung der Sozialen Arbeit fordern. (S. 417 ff)

4.4 **Handlungsvorschläge zum Denkmodell der Repolitisierung**

Kategorisierung der Handlungsvorschläge:

- A:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die institutionelle Politik beziehen
- B:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die ausserinstitutionelle Politik beziehen
- C:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die Öffentlichkeit beziehen

- D:** Handlungsvorschläge, welche sich auf innerprofessionelle Handlungen und Haltungen sowie auf den Berufsethos beziehen
- E:** Handlungsvorschläge, welche sich auf Analyse und Kritik beziehen
- F:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die direkte Arbeit mit den Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit beziehen

4.4.1 Konkrete Handlungsvorschläge

- (A, E) Repressive Gesetze kritisieren (Stark, 2007, S. 70).
- (A) Sich in Gremien wählen lassen, Politikberatung und Lobbyarbeit betreiben, sowie an lokalen Konzepten mitplanen (Rieger, 2007, S. 103; Engemann et al., 2007, S. 139).
- (A) Den Dialog mit der Politik suchen, den Kontakt zu relevanten Gremien herstellen, sich darin einbringen, die Ausschüsse lesen und kommentieren, Kontakt suchen zu Verwaltungen, Präsenz zeigen, Themen in öffentlichen Veranstaltungen zur Sprache bringen, Lösungen und fachliche Beratung anbieten, sowie Argumente für eine fundierte Sozialpolitik äussern (Engemann et al., 2007, S. 145 ff).
- (A) Sich gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse, in die Sozialpolitik sowie in andere Bereich der Politik einmischen (Seithe, 2012, S. 438; Stark, 2007, S. 70).
- (B) Privates Engagement ausserhalb der Institutionen und Engagement in berufspolitischen Gruppierungen zeigen, an Demonstrationen und sozialen Aktionen teilnehmen, politische Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit und Community Organization leisten (Rieger, 2007, S. 103; Seithe, 2012, S. 435).
- (C) Öffentlichkeitsarbeit leisten, öffentlich Probleme artikulieren, Medien nutzen, öffentliche Diskussionen veranlassen (Stark, 2007, S. 70; Seithe, 2012, S. 433 ff).
- (C) Gemeinsame politische Aktionen über Träger und Regionen hinaus organisieren (Seithe, 2012, S. 438).
- (C) Probleme artikulieren, Bedürfnisse ermitteln, die Gesellschaft auf Handlungsbedarf hinweisen, soziale Probleme gesellschaftlich aushandeln, soziale Wirklichkeit mitgestalten (Engemann et al., 2007, S. 135 ff).
- (C,D,E) Verdrängte Fragen nach Umverteilung von Arbeit und Reichtum thematisieren (Seithe, 2012, S. 440).
- (C,D) Soziale Konflikte problematisieren, sich als politisch aufklärende und die vorhandenen Konflikte artikulierende Kraft verstehen (Seithe, 2012, S. 441).
- (D,C) Interdisziplinär handeln und Bündnispartner suchen, es gilt mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft, der Soziologie, der Politik, der Wissenschaft, den öffentlichen Trägern Sozialer Arbeit, den Hochschulen und des Gesundheitsbereichs zusammen zu arbeiten um eine breite Argumentations- und Legitimationsbasis für die Mitgestaltung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und um den Forderungen mehr Kraft zu verleihen (Engemann et al., 2007, S. 139; Seithe, 2012, S. 424 ff).
- (D) Auf sozialpädagogischen Positionen beharren, Widerstand leisten gegen fachfremde und fachlich unzumutbare Anforderungen in der Praxis (Seithe, 2012, S. 407 ff).

- (D) Netzwerkarbeit mit anderen Sozialarbeitenden leisten, vernetztes politisches Handeln fördern, gemeinsam Forderungen stellen und fachlichen Austausch ermöglichen, die Möglichkeiten des Internets nutzen, die Gründung von Facharbeitskreisen, Gewerkschaften, Berufsverbänden und Internationalen Vereinigungen von Sozialarbeitenden vorantreiben sowie die Möglichkeit nutzen, interdisziplinäre Bündnisse über die Profession hinaus zu schliessen (Seithe, 2012, S. 417 ff; Stark, 2007, S. 81).
- (D,E) Den diskursiven Umgang mit der eigenen Fachlichkeit üben, in jeder konkreten Situation die sozialarbeiterischen Aspekte eines Problems unterscheiden von anderen Aspekten des Problems, Bewusstsein darüber entwickeln, dass sich Soziale Arbeit immer politisch wirkt, sich stets fragen, was für Konsequenzen in der gegebenen Situation ein Einmischen oder ein Schweigen hat (Seithe, 2012, S. 431 ff).
- (D,C) Die Privatisierung sozialer Problemlagen zurückweisen (Seithe, 2012, S. 440).
- (F) Lokalpolitische Aktivierung der Bevölkerung mit der Nutzung professionseigener Methoden wie der Gemeinwesenarbeit fördern (Engemann et al., 2007, S. 144 ff).
- (F,D) Politische Partizipation der Adressatinnen und Adressaten ermöglichen sowie, wo dieses Empowerment an Grenzen stösst, advokatorische Interessensvertretung übernehmen (Rieger, 2007, S. 104).
- (F,D,C) Parteilichkeit und Interessensvertretung für schwache Mitglieder der Gesellschaft einnehmen (Engemann et al., 2007, S. 135; Seithe, 2012, S. 413).

4.4.2 Weniger konkrete Handlungsvorschläge

- (B) Alternativen denken, die sich auch ausserhalb der bestehenden Rahmenbedingungen abspielen (Seithe, 2012, S. 431 ff).
- (C) Positive Veränderung von Gesellschaftsstrukturen, die soziale Probleme bedingen, anstreben (Stark, 2007, S. 70).
- (D) Die eigene Profession von der Notwendigkeit planvoller politischer Einmischung und der Aneignung entsprechender Kompetenzen überzeugen (Engemann et al., 2007, S. 148).
- (D,E,F) Fachliche Alternativen zur bestehenden Praxis entwickeln (Seithe, 2012, S. 407 ff).
- (D,F) Die sozialpolitische Eingebundenheit Sozialer Arbeit sowie ihre gesellschaftliche Funktion bewusst wahrnehmen, Adressatinnen und Adressaten sowie die Gesellschaft aufklären über gesellschaftlichen Zusammenhänge (Seithe, 2012, S. 412 ff).
- (E) Soziale Probleme und gesellschaftliche Rahmenbedingungen analysieren, Möglichkeiten zu deren politischen Beeinflussung entwickeln sowie Ursachen angehen, die für die Entwicklung sozialer Probleme verantwortlich sind (Engemann et al., 2007, S. 135 ff).
- (E) Eine reflexive Grundhaltung entwickeln als Basis für das Begreifen von gesellschaftlichen Zusammenhängen sowie für wissenschaftlich begründete Kritik (Seithe, 2012, S. 405 ff).
- (E) Neoliberale Verhältnisse grundsätzlich hinterfragen (Seithe, 2012, S. 441).

- (E) Fachlich begründetes politisches Denken und Handeln entwickeln, Professionalität, Berufsethik und Parteilichkeit aufrechterhalten damit problematische gesellschaftliche und politische Tendenzen nicht Einzug halten in die Praxis Sozialer Arbeit (Opielka, 2007, S. 45; Rieger, 2007, S. 94 ff).
- (F,D) Handlungsspielräume der Sozialen Arbeit ausweiten (Stark, 2007, S. 81).

4.5 **Verständnisse von Politik im Denkmodell der Repolitisierung**

Michael Opielka (2007, S. 31 ff) vertritt ein Verständnis von Politik, welches auf universellen Grundrechten der Menschen aufbaut. «*Denn in einem widersprüchlichen, keineswegs immer linearen, modernisierungstheoretischen Annahmen folgenden Prozess haben sich soziale Grundrechte auf die Agenda geschoben. (...) Jener Kern ist die Gleichheit des Menschen, sind Freiheit und Solidarität, gleichsam die Werte der Französischen Revolution, von Christentum und Aufklärung, die sich in den Menschenrechten universalisierten (...).*» (Opielka, 2007, S. 44) Er sieht Politik als eine in verschiedene sachlich-thematische Felder unterteilte Institution (S. 36).

Roland Merten (2007, S. 53 ff; 2001, S. 7 ff) vertritt ein institutionelles Politikverständnis. «*Die 70er Jahre können sowohl in theoretischer als auch in beruflicher Hinsicht als die Periode der Politisierung Sozialer Arbeit gelten. Wie kaum je zuvor und danach bestand der Anspruch, mittels Sozialer Arbeit einen entscheidenden Einfluss auf die (sozial-) politische Entwicklung in Deutschland zu nehmen.*» (Merten, 2007, S. 55) Er bezieht sich auf politische Entscheidungen mit Folgen für die Soziale Arbeit, wie die Harz IV Reform oder das Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz in Deutschland (S. 56 ff). In seiner Feststellung dass Soziale Arbeit aktuell unpolitisch ist, bezieht er sich hauptsächlich auf die geringe Realisierung sozialpolitischer Veränderungen durch die Profession (S. 56). Er bezieht zwar die Öffentlichkeit auch in das Feld der Politik mit ein, jedoch im Sinne von einer wirksamen Beeinflussung der institutionellen Politik (S. 59).

Christian Stark (2007, S. 69 ff) hat ein Verständnis von Politik, welches auf universellen Grundrechten der Menschen aufbaut. Er bezieht sich auf die Beschreibung von Staub-Bernasconi, die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession beschreibt sowie auf das UNO-Dokument Human Rights von 1992, wenn er schreibt: «*Soziale Arbeit soll zu einer Profession werden, die sich lokal, national wie international für soziale Gerechtigkeit als Weiterentwicklung von Menschen- und Sozialrechten einsetzt, auf diese Weise zu gesellschaftlichem Wandel beiträgt und dafür Sorge trägt, dass der Blick für Verletzbarkeit von Menschen durch sozialökonomische Erschütterungen nicht verloren geht*» (S. 70). Er vertritt ein Politikverständnis, welches sich hauptsächlich auf die institutionelle Politik bezieht: «*Jene ökonomischen Gegebenheiten, bzw. Prozesse, die uns stets als Sachzwang suggeriert (...) werden, sind politische Prozesse. Sie beruhen auf politischer Willensbildung und politischen Entscheidungen, und sind grundsätzlich durch solche auch wieder veränderbar.*» (S. 80) Die Institutionelle Politik ist für ihn im Zusammenhang mit der Sozialen Arbeit hauptsächlich die Sozialpolitik.

Er bezieht jedoch auch die Öffentlichkeit in sein Politikverständnis mit ein, welche für politische Tendenzen konstitutiv ist. (S. 69)

Günther Riegers (2007, S. 85 ff) Verständnis von Politik fusst auf der Annahme, dass Politik die Rahmenbedingungen konstituiert für bestimmte Teilsysteme der Gesellschaft. *«Schliesslich sind die Rahmenbedingungen sozialarbeiterischen Handelns politisch konstituiert und ist es Aufgabe Sozialer Arbeit, sozialpolitischen Entscheidungen auszuführen.»* (S. 86) Es geht darum, innerhalb von gegebenen Verhältnissen politisch mitzubestimmen. *«Es gilt zu fragen: Wie kann Soziale Arbeit unter den gegebenen gesellschaftspolitischen Verhältnissen an kollektiven Entscheidungen mitwirken?»* (S. 101) In der Ausgestaltung der Politik innerhalb der gegebenen Verhältnissen vertritt er ein Politikverständnis der Mitwirkung von institutionellen wie auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Er nennt dabei vor allem eine vermehrte Bürgerpartizipation. Er betont die Wichtigkeit der Politikberatung und der Netzwerkarbeit, sowie auch die Partizipation an nicht-institutionellen politischen Handlungsformen, also die möglichst effiziente Gestaltung innerhalb der gegebenen Steuerungsmodi. (S. 103 ff)

Im Artikel von Engemann et al. (2007, S. 133 ff) werden zwei Verständnisse von Politik diskutiert. Es geht darum, ob die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Disposition stehen oder ob sich die Mitgestaltung auf Handlungen auf Gestaltung innerhalb dieser Rahmenbedingungen beschränken. Es hängt von der Selbstwahrnehmung der Sozialen Arbeit ab, auf welche Art ihr Selbstverständnis wahrgenommen und artikuliert wird. Die Soziale Arbeit hat eine Verantwortung an der Mitgestaltung sozialer Wirklichkeit. *«Es ist offen, ob sich Soziale Arbeit als Verwalter einer staatlichen Sozialpolitik oder als eigene Gestaltungsebene in der Organisation des Sozialen betrachtet, die auch kritisch sozialstaatliches Handeln hinterfragt.»* (S. 136) Folgende Aussagen beziehen sich darauf, dass die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Disposition stehen sollten: *«Der Auftrag von Sozialer Arbeit beinhaltet somit zusammenfassend die Analyse von sozialen Problemen und damit auch die Mitkonstruktion von sozialer Wirklichkeit, die Artikulation und Befriedigung von sozialem Bedarf sowie die politische Beeinflussung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.»* (S. 138) *«Wenn nicht die Bedingungen, die Organisation und Gestaltung <des Sozialen> im Erkenntnisinteresse der Profession stehen, sondern die Frage, wie der Mensch in und mit der Gesellschaft leben kann, dann ist eben nur auf den ersten Blick (...) die geringe politische Ausrichtung rätselhaft.»* (S. 138) Die Professionellen werden dazu aufgefordert, die gesellschaftliche Gestaltung in ihren Wirkungskreis konsequent mit ein zu beziehen (S. 139).

Mechthild Seithe (2012, S. 397 ff) hat ein Verständnis von Politik, welches die gesamtgesellschaftlichen Strukturen umfasst und sich darauf bezieht. *«Eine gesellschaftstheoretische Fundierung (und damit auch Politisierung) der sozialpädagogischen Theorie erscheint dringend geboten.»* (S. 398) Einerseits kann politisches Handeln innerhalb der Rahmenbedingungen stattfinden, beispielsweise durch Engagement in der Sozialpolitik, auf der institutionellen Ebene. *«Es geht darum, aktiv und offensiv politische Felder zu besetzen, sich*

dort Gehör zu verschafften, sich als politisch wirksame Kraft einzubringen und zu profilieren.» (S. 438) Andererseits ist politisches Handeln von zivilgesellschaftlichen Akteuren ausserhalb der institutionellen Politik ebenfalls wirksam um Veränderungen zu erreichen. Die Rahmenbedingungen selbst stehen grundsätzlich zur Disposition, sie können kritisiert und verändert werden. «Eine wirklich politische Debatte mit und im Interesse der professionellen Sozialen Arbeit müsste deshalb auch bereit sein, in ihrem Diskurs Systemfragen zu akzeptieren.» (S. 442) Politisches Handeln bezieht sich auf gesellschaftliche Zusammenhänge. Politik wird als Schlüssel zu gesellschaftlichen Veränderungen gesehen. «Das Begreifen der Zusammenhänge, das Durchschauen von gesellschaftlichen Hintergründen, (...) stellen die Basis für kritisches Herangehen, für Widerstand und politisches Handeln dar.» (S. 405)

4.5.1 **Synthese zu den Politikverständnissen**

Nach der Analyse der verschiedenen Politikverständnisse der verschiedenen Autorinnen und Autoren fällt es schwer, eine generelle Tendenz festzustellen. Es sind sehr heterogene Ansichten vertreten. Eine leichte Tendenz zeichnet sich gleichwohl ab, in vielen Publikationen wird auf ein Verständnis von institutioneller Politik eingegangen. Politik wird in dem Sinne verstanden als die politischen Mechanismen der institutionalisierten Demokratie, die Abstimmungen, die Wahlen und die Entscheidungen der gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter. In diesem Zusammenhang wird einerseits auf die Möglichkeit der fachlichen Beratung dieser Vertreterinnen und Vertreter hingewiesen und andererseits aber auch auf deren Beeinflussbarkeit durch die Zivilgesellschaft. Ein anderes Verständnis von Politik, welches von einigen Autorinnen und Autoren genannt wird und das vorhergehende nicht ausschliesst, ist dass die Zivilgesellschaft auf einer nicht-institutionellen Ebene ebenfalls politisch sein kann. Hier wird der Politikbegriff auf eine gesamtgesellschaftliche Mitbestimmung ausgeweitet, die nicht nur über die institutionelle Politik erreicht werden kann. Weiter scheint mir die Diskussion interessant, ob und inwiefern die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen den Rahmen geben, in dem sich Politik abspielt, oder ob diese zum veränderbaren Gegenstand der Politik werden. Es sind beide Ansätze vertreten. Während die einen Autorinnen und Autoren explizit auf die politische Gestaltung innerhalb der Rahmenbedingungen Bezug nehmen, machen die anderen normative Aussagen darüber, dass die Rahmenbedingungen für eine umfassende politische Mitgestaltung ebenfalls zum Politikum gemacht werden sollen. Ein weiterer Aspekt, der die Heterogenität der Aussagen erkennbar macht ist der, dass gewisse Autorinnen und Autoren sich in ihrem Verständnis von Politik auf die Grundrechte des Menschen, die Menschen- und Bürgerrechte beziehen. In diesem Zusammenhang fokussiert sich der Politikbegriff auf die Partizipationschancen der Bürger.

4.6 **Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit im Denkmodell der Repolitisierung**

Auf die Frage, was den spezifisch politischen Aspekt der Sozialen Arbeit ausmacht, bin ich auf verschiedene Interpretationen gestossen. Es werden viele und auch sehr hetero-

gene Aussagen gemacht. Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit wird zum Beispiel in ihrer Eingebundenheit in die gesellschaftspolitischen Verhältnisse, in die institutionelle Politik und im Speziellen in die Sozialpolitik gesehen, sowie in ihrer Möglichkeit zur aktiven Einflussnahme darauf (Stark, 2007, S. 70; Rieger, 2007, S. 86). Die Möglichkeit zur Politikberatung (Engemann et al., 2007, S. 141; Lallinger, 2007, S. 7), Problem- und Bedarfsartikulation, die Konfrontation der Gesellschaft mit ihren Problemen (Stark, 2007, S. 69), sowie die Gestaltung des Sozialen (Rieger, 2007, S. 102) werden als Ausdruck des politischen Aspektes der Sozialen Arbeit genannt. Als politischen Aspekt thematisiert wird das Bewusstsein der Professionellen über die immanent politische Wirkung der Sozialen Arbeit und die Steuerungsmöglichkeit dieser Wirkung im Interesse der Adressatinnen und Adressaten (Seithe 2012, S. 400), die Möglichkeit, Menschen zur politischen Partizipation zu befähigen (Rieger, 2007, S. 104) oder auch die politische Wirkung von Methoden wie der Gemeinwesenarbeit und Empowerment zur Förderung der Demokratie (Engemann et al., 2007, S. 142). Es wird in dem Denkmodell diskutiert, dass der politische Aspekt vom eigenen Selbstverständnis der Sozialen Arbeit abhängt. Es ist der Sozialen Arbeit überlassen, ob sie sich als Teil der sozialstaatlichen Politik sieht oder ob sie den Gestaltungsanspruch im umfassenden Sinne wahrnimmt (Engemann et al., 2007, S. 136). Die Parteinahme mit benachteiligten Menschen wird häufig als das politische Moment der Sozialen Arbeit verstanden (Seithe, 2012, S. 397; Lallinger, 2007, S. 7; Engemann et al., 2007, S. 141), parallel dazu wird auch auf das Politische Mandat verwiesen (Seithe, 2012, S. 398). Weitere Punkte sind, dass die Soziale Arbeit gegebenenfalls aktiv in die Gegenrolle des Staates gehen kann und nicht bloss durch die Politik gesteuert wird (Seithe, 2012, S. 398 ff), die Orientierung an sozialer Gerechtigkeit (Lallinger & Rieger, 2007, S. 7), die Reflexion der Sozialen Arbeit auf strukturelle und gesellschaftliche Ursachen sozialer Probleme und deren Verhinderung (Stark, 2007, S. 70), sowie deren Reflexion auf ihre eigene Rolle in Staat und Gesellschaft (Opielka, 2007, S. 44). Der politische Aspekt wird auch als lediglich ein Aspekt unter vielen der Sozialen Arbeit gesehen (Rieger, 2007, S. 105). Jedoch ist es ein konstitutiver Aspekt, ohne den die Profession unvollständig ist. Der berufspolitische Aspekt ist die Orientierung an professionellen Standards und somit an der ethischen Grundorientierung der Sozialen Arbeit (Rieger, 2007, S. 105).

5 Das Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit

5.1 Was ist unter der Strömung Kritische Soziale Arbeit zu verstehen?

Der Begriff «*Kritische Soziale Arbeit*» wird verwendet für eine relativ neue Strömung innerhalb der Sozialen Arbeit. Das heisst nicht, dass es nicht schon vorher kritische Soziale Arbeit gab, im Gegenteil, zu grossen Teilen nehmen die Vertreterinnen und Vertreter der Kritischen Sozialen Arbeit Bezug auf die kritischen Bewegungen der Professionsgeschichte und auf die philosophischen und sozialwissenschaftlichen Theorien, welche sich mit der Rolle und Funktion der Sozialen Arbeit, mit den Begriffen wie Kritik und Macht sowie mit Gesellschaftstheorie befassen haben. Ein wesentliches Kennzeichen scheint die Verortung in einer sich gesellschaftskritisch verstehenden Sozialwissenschaft, wie z.B. der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, oder der poststrukturalistischen Diskursanalyse. (Hartmann & Hünersdorf, 2013, S. 10) Es besteht der Anspruch der Vertreterinnen und Vertreter der Kritischen Sozialen Arbeit, diese Ansätze einerseits weiterzuentwickeln und andererseits auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse hin zu betrachten. Es hat sich eine Tendenz herauskristallisiert, dass hinter dem Begriff Kritische Soziale Arbeit eine Vielfalt von Perspektiven, Ansätzen und Zugängen zu finden sind. Kritische Soziale Arbeit ist eine Bezeichnung, die versucht jene Tendenzen zu fassen, welche die deutlich breitere Resonanz in den letzten Jahren für eine kritische Perspektive auf und durch die Soziale Arbeit, sowie eine allgemein verstärkte Hinwendung zu Auseinandersetzungen mit Fragen der Kritik und einer kritischen Grundlegung der eigenen wissenschaftlichen und beruflichen Praxis markieren. (Anhorn et al., 2012b, S. 2) Sichtbar wird die Strömung einerseits durch die wachsende Zahl an Publikationen zum Thema, andererseits produziert sich die Strömung über die Gründung von Arbeitskreisen und Diskussionsforen (Siehe Kapitel 2). Zudem werden in zunehmendem Masse Tagungen, Workshops und Diskussionsrunden zum Thema veranstaltet (Kessl, 2013, S. 110).

5.2 Ausgangslage für die Entstehung der Strömung Kritischer Sozialer Arbeit

Aus den Positionierungen zur Etablierung Kritischer Sozialer Arbeit werden an erster Stelle die gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen wie die zunehmende Neoliberalisierung, Ökonomisierung weiter Bereiche der Gesellschaft, Transformation des Wohlfahrtsstaates in einen aktivierenden Sozialstaat sowie die wachsende soziale Ungleichheit mit zunehmender Prekarisierung, steigender Arbeitslosigkeit und sich ausweitender Armut genannt. Auf diese Entwicklungen bin ich in der Einleitung kurz eingegangen und werde dies an dieser Stelle nicht mehr tun, sondern den Fokus auf die Ausprägung der Kritischen Sozialen Arbeit legen. Diesen Veränderungen steht an erster Stelle ein wachsendes Unbehagen von Seiten der Professionellen gegenüber, sowie das Bedürfnis, diese Entwicklungen über Analysen verstehen, Alternativen entwickeln und in die Verhältnisse verändernd eingreifen zu wollen (Hartmann & Hünersdorf S. 9). An zweiter Stelle ist zu nennen, dass es parallel zu den oben genannten gesellschaftlichen Entwicklungen zu Veränderungen hinsichtlich der

Lebensbedingungen für die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit kam sowie im Hinblick darauf, wie sie im gesellschaftlichen und politischen Diskurs wahrgenommen werden, genannt sei hier die Individualisierung der Problemlagen und die zugeschriebene Selbstverantwortung für ihre sozialen Problemlagen (Anhorn et al., 2012b, S. 2 ff). Als dritter Punkt ist zu nennen, dass es ebenfalls zu Veränderungen innerhalb der Sozialen Arbeit kam, Rationalisierungen, Einführung neuer Steuerungselemente, Bürokratisierung, Hierarchisierungen und eine Hinwendung zu einer verstärkt kontrollierenden Funktion der Sozialen Arbeit führten zu einer Einschränkung der professionellen Autonomie (S. 2 ff). Als vierter Punkt wird aus den Positionierungen sichtbar, dass sich die Kritische Soziale Arbeit mit ihrer eigenen Funktion zur Legitimierung und Verfestigung von Herrschaftsstrukturen und sozialen Ungleichheiten kritisch auseinandersetzt, damit impliziert Kritische Soziale Arbeit auch Selbstkritik, wenn sie ihr Handeln vor dem Spannungsverhältnis von Unterstützung und Systemerhaltung reflektiert (Bakic, Diebäcker & Hammer, n.d.). *«Kritische Soziale Arbeit ist als ein Projekt zu verstehen, in dem es darum geht, den Gegenstand und die Aufgaben Sozialer Arbeit eigenständig zu benennen und Soziale Arbeit in den gesellschaftspolitischen Kontext von sozialer Ungleichheit und sozialer Ausschliessung zu stellen. In der theoretischen Ausrichtung wie auch im praktischen Handeln steht eine kritische Soziale Arbeit vor der Aufgabe, sich selbst in diesem Kontext zu begreifen und die eigenen Macht- Herrschafts- und Ausschliessungsanteile zu reflektieren.»* (Anhorn, Bettinger, Horlacher & Rathgeb, 2012a)

5.3 Was will die Strömung Kritische Soziale Arbeit?

In der Position des bundesweiten Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) in Deutschland finden sich folgende Punkte, was Kritische Soziale Arbeit will: Grundsätzliche Macht- und Herrschaftsstrukturen sollen analysiert und kritisiert werden, gesellschaftliche Interessenskonflikte und Herrschaftsstrukturen sollen aufgedeckt werden sowie die Verfestigung von sozialer Ungleichheit deutlich gemacht werden. Soziale Arbeit soll sich von ordnungspolitischen Problemlösungen distanzieren. Soziale Ungleichheit, Unterdrückung, Diskriminierung und soziale Ausschliessung sollen thematisiert und politisch bearbeitet werden. Diskurse sollen als Produktion von Wirklichkeit und von gesellschaftlicher Ordnung erkannt und analysiert werden. Soziale Arbeit soll Bildungsprozesse in Richtung einer selbstbewussteren, selbstbestimmteren und autonomeren Lebenspraxis der Adressatinnen und Adressaten ermöglichen, orientiert an den Prinzipien der Aufklärung und der Emanzipation. Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit sollen einer ständigen Reflexion und Kritik unterzogen werden, ebenso die Kriterien, die der Reflexion und der Kritik zugrunde liegen. Das Aufdecken gesellschaftlicher Widersprüche beinhaltet eine kritisch-reflexive Grundhaltung über strukturelle Zusammenhänge und deren Folgen. Die Gestaltung des Sozialen soll von der Sozialen Arbeit massgeblich beeinflusst werden, es soll nicht bestimmten Interessengruppen und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern überlassen werden sondern an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten ausgerichtet sein. Verstreute Aktivitäten von kritischen Sozialarbeitenden, Studierenden, Dozierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sollen in einem gemeinsamen Projekt

gebündelt werden, einerseits um eine Plattform für die Weiterentwicklung einer kritischen Theorie zu bilden, andererseits um eine kritische Praxis und Gegenöffentlichkeit zum Mainstream Sozialer Arbeit und Sozialpolitik sowie zum hegemonialen neoliberalen Diskurs zu stärken. Soziale Arbeit soll sich ihre Funktionen und Aufgaben nicht von aussen vorgeben lassen, sondern diese eigenständig benennen. (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit, n.d.) In mehreren Publikationen wird die Rolle der Ausbildung thematisiert. So schreibt beispielsweise das Forum KRISO: *«Kritische Soziale Arbeit hat Wissen um emanzipatorische Theorien zur Bedingung, dieses gilt es zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang ist die Rolle der vermittelten Theorien in den Fachhochschulen relevant. Wir wollen wissen, ob das jene sind, die eine Perspektive für sozialen Fortschritt eröffnen, oder letztlich auf die Verwaltung von sozialen Problemen abzielen»*. (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011) Zur Verantwortung der Hochschulen im Bezug auf eine kritische Soziale Arbeit schreibt Seithe (2012, S. 429 ff) dass es in den Möglichkeiten der Hochschulen liegt, Grundlagen für ein widerständiges, fachliches Berufsverständnis zu legen und den Studierenden ein politisches Selbstverständnis als Sozialarbeitende zu vermitteln. Ebenfalls sollte eine reflexive Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen im Bezug auf die Ökonomisierung und den aktivierender Sozialstaat stattfinden.

5.4 Vom Unbehagen hin zu Kritik und Reflexion

Bakic, Diebäcker und Hammer (2009, S. 3 ff) schreiben, dass Kritische Soziale Arbeit sich zur Aufgabe gemacht hat, die gesellschaftlichen Bedingungen in die sie eingebunden ist, zu reflektieren. Sie nimmt diese nicht als eine gegebene Tatsache hin, sondern thematisiert sie als Entstehungszusammenhang der Problemlagen, mit denen sie sich beschäftigt und als Begrenzung ihrer Möglichkeiten. Soziale Arbeit soll über noch nicht bekannte Zusammenhänge aufklären, Phänomene erschliessen und deren Ursachen analysieren. Erst eine genaue Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse ermöglicht das Entwickeln von Alternativen. Kritik der Sozialen Arbeit heisst Analyse betreiben, den eigenen Standpunkt bestimmen sowie ein anderes Handeln und Denken als das Übliche in Blick zu nehmen. Eine Analyse unbeachteter Phänomene sozialer Wirklichkeit scheint für eine Kritische Soziale Arbeit sinnvoll, wenn es gelingt, in einem persönlichen Leid gesellschaftliche Ursachen zu erschliessen. Eine solche Analyse kann *«die herrschende Praxis problematisieren, wenn sie dieser nachweist, dass sie jene Normen und Werte faktisch verletzt, die sie zu erfüllen vorgibt»* (Bakic et al. zitiert nach Iser, 2009, S. 6). Soziale Arbeit als überwiegend staatlich konstituierte Interventionsweise ist nicht nur als Effekt oder Instrument von Herrschaft zu verstehen, sondern ist selbst ein Ort sozialer Auseinandersetzungen. Es werden Leitvorstellungen über Normalität und Abweichung, über Armut und soziale Sicherheit und über Lebensperspektiven ausgehandelt. Hierzu äussert sich auch der Verein Kritische Soziale Arbeit: *«Wir sind angesichts der aktuellen Bedingungen der Überzeugung, dass sich Soziale Arbeit mit ihren gesellschaftlichen Aufträgen, bzw. Aufgaben in ihrer politischen Bedeutung kritisch auseinandersetzen und eine selbstbestimmte kritisch-reflexive Theorie und Praxis entwickeln muss, die ihr eigenes Verwobensein in neoliberale Politiken erkennt. (...) Diese politische Di-*

mension ist unseres Erachtens untrennbarer Teil eines fachlichen Selbstverständnisses Sozialer Arbeit (...).» (Verein Kritische Soziale Arbeit, n.d.) Wie aus der bisherigen Darstellung ersichtlich wurde, liegt ein eindeutiger Schwerpunkt der kritischen Sozialen Arbeit auf den Bezugsgrößen Kritik und Reflexion. Im Folgenden möchte ich diese beiden Begriffe, wie sie im Rahmen des Denkmodells dargestellt werden näher betrachten.

5.5 Der Kritikbegriff

Kritik in seiner ursprünglichen antiken Bedeutung wird begriffen als eine Operation des inhaltlich begründeten Unterscheidens und Zergliederns. Kritik steht in erster Linie für das Nachdenken über das Sein und dessen Bedingungen. Kritik ist ein Bewusstmachen und auch ein Motor für das Streben nach Veränderung. (Anhorn et al., 2012b, S. 12) Hartmann und Hünersdorf (2013, S. 10) beschrieben Kritik als die Praxis des Unterscheidens und Trennens. Konkret geht es darum, eine Person oder einen Sachverhalt prüfend zu beurteilen. Voraussetzung dafür sind alternative Entscheidungsmöglichkeiten, denn nur aufgrund derer kann der Gegenstand der Kritik, die Weise wie gehandelt wird, auch infrage gestellt werden.

Cremer-Schäfer und Resch (2012, S. 81) betonen eine Trennung von kritischer Theorie und Praxis. Im Kontext einer Kritik, die auf die Wissenschaft bezogen ist, geht es darum, die Soziale Arbeit und ihre Wissensproduktion wissenschaftlich auf ihre Implikationen hin zu untersuchen. Damit noch nicht verbunden sind Vorschläge für eine bessere politische Praxis. Theoretische, kritische Analysen können zwar durchaus verwendet werden als Ressourcen für Widerständigkeit, dies aber erst in einem zweiten Schritt. Auch Anhorn et al. (2012b, S. 7) vertreten diese Ansicht. Sie schreiben, dass es zum Selbstverständnis einer kritischen Sozialen Arbeit als Wissenschaft zählt, dass ihr Anspruch nicht in erster Linie eine Verbesserung der gängigen Praxis sein kann. Vielmehr stellt Kritik ein Moment der Diskontinuität dar, eine gedankliche Unterbrechung einer gegebenen Praxis und als grundsätzliche Problematisierung von gesellschaftlich erzeugten Ausschlussmechanismen und ungerechtfertigter Beschränkung kollektiver und individueller Selbstbestimmungsmöglichkeiten. Es geht nicht um das Hervorbringen von Wissen, auf das sich die Praxis stützen kann, sondern umgekehrt um die Untersuchung und Analyse der Praxis auf ihre Voraussetzungen und Selbstverständlichkeiten. *«Nicht die Wissenschaft wird auf eine soziale Praxis angewendet, sondern die Praxis wird wissenschaftlich untersucht und reflektiert.»* (Anhorn et al. zitiert nach Steinert, 2012b, S. 9) Zu einer Kritik in der Praxis äussert sich Kappeler (2012, S. 294 ff). Er bezieht sich auf Foucault wenn er schreibt, dass Kritik als Aufforderung zum grundsätzlichen Andersdenken verstanden werden soll. Kritik betreiben heisst eine klare Analyse leisten, dabei in die Zukunft schauen und so genannte Randphänomene, die oft unbeachtet bleiben, mit einzubeziehen. Unter Kritik versteht er, die Praxisvollzüge in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken, die eigene Normativität kritisch zu reflektieren, Ambivalenzen sichtbar zu machen und emanzipatorische Widerstandspotentiale sichtbar zu machen. Ebenfalls gehört für ihn zu Kritik, sich in den Kampf um Deutungshoheiten einzumischen. Dabei soll die Frage nicht vergessen gehen, wer das Subjekt und wer oder was das Objekt der Kritik ist und welche Ziele mit dem kritischen Denken und Handeln verfolgt werden.

5.6 Der Begriff der Reflexivität

In Anlehnung an Galuske schreiben Lorenz und Seithe (n.d.) auf der Seite des unabhängigen Forums für kritische Soziale Arbeit, dass Reflexivität ein Durchschauen der Verhältnisse ist. Reflexivität liefert Denkangebote, welche das Verständnis für die Wirklichkeit erleichtern. Sie ermöglicht das Begreifen von Zusammenhängen und von gesellschaftlichen Hintergründen. Reflexion heisst auf den konkreten Praxisalltag, das Bewusstsein über die eigentlichen Möglichkeiten und Aufgaben der Sozialen Arbeit und die notwendigen Rahmenbedingungen dafür, den diskursiven Umgang mit der eigenen Fachlichkeit, sowie das Bewusstsein darüber, dass Soziale Arbeit politisch wirkt. Cremer-Schäfer und Resch (2012, S. 103) pochen auch hier auf eine Differenzierung des Begriffs in eine praktische Reflexivität und eine wissenschaftliche Reflexivität. Hinsichtlich der Praxis bedeutet Reflexivität Selbststeuerung durch Selbst- und Rückbezüglichkeit auf disziplinäre Wissensbestände. Reflexivität zeigt sich in der Fähigkeit, die möglichen Folgen des eigenen Handelns vorwegzunehmen. In der Wissenschaft heisst Reflexion, die eigenen Methoden und institutionellen Voraussetzungen mitzudenken. Hierzu schreiben Anhorn et al.: Reflexion ist eine *«auf Dauer gestellte theoretische Anstrengung der Selbstaufklärung»* (2012b, S. 10). Die eigene wissenschaftlich-theoretische Praxis ist dauerhaft und systematisch unter Beobachtung zu stellen und darauf hin zu untersuchen, ob sie Effekte der Ausschliessung enthält. Der Kontext der Wissensproduktion ist Gegenstand der Reflexion. Schon Horkheimer hat 1930 darauf hingewiesen, dass Wissen historisch-gesellschaftlich bestimmt ist, also ein Ergebnis gesellschaftlicher Praxis ist. Daraus leitet sich die Notwendigkeit für eine kritische Wissenschaft ab, die spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen der Wissensproduktion und ihre Verflechtung mit Macht- und Herrschaftskonstellationen einer dauerhaften Reflexion zu unterziehen. (S. 13)

5.7 Die Bedeutung des Diskurses

Frank Bettinger (2013, S. 91 ff) geht auf die Bedeutung von Diskursen für die Wahrnehmung und Deutung der Wirklichkeit ein und auf die Wichtigkeit der Beteiligung an den gesellschaftlichen Diskursen. Diskurse sind die Grundlage für sprachlich generierte Sinnordnungen. Es entstehen kollektiv verbindliche Wissensordnungen. Symbolische Ordnungen werden in Diskursen gesellschaftlich produziert, legitimiert, kommuniziert und transformiert. Die Bedeutung von Diskursen für die Konstitution des Sozialen liegt in deren grundlegenden Ordnungsfunktion, sie produzieren und ordnen Wissen und weisen diesem Wissen Bedeutung zu, so werden Wirklichkeitswahrnehmungen produziert. Die Art und Weise, wie Menschen Dinge und Ereignisse interpretieren und sie in einem Bedeutungssystem einordnen, hängt von den Wissensbeständen ab, die in Diskursen erzeugt wurden. Die im Diskurs tätigen Akteure handeln interessenbezogen und versuchen, ihre je verschiedenen Interpretationsangebote durchzusetzen. Vor dem Hintergrund, dass in dieser Art und Weise auch so genannte soziale Probleme definiert werden, dass Deutungs- und Handlungsmus-

ter generiert werden, woraus Aufgaben für die Soziale Arbeit formuliert werden, sind Sozialarbeitende geradezu aufgefordert, sich an diesen Diskursen aktiv zu beteiligen. «*Die erste Front ist die Ebene der Worte und Diskurse.*» (Bettinger zitiert nach Wacquant, 2013, S. 93) Ausgangspunkt ist ein analytisches und politisches Interesse reflexiver und kritischer Sozialer Arbeit an Diskursen, in und mit denen um Deutungsmacht um Weltbilder, um gesellschaftliche Ordnung und um Problemdeutungen gerungen wird (Bettinger, 2013, S. 94). Für die Soziale Arbeit muss von Interesse sein, warum welches Wissen und welche Deutungen für die Profession relevant ist. Es gilt, sich kontinuierlich reflexiv mit jenen Deutungsmustern auseinanderzusetzen, die Individuen oder Gruppen mit Zuschreibungen wie gefährdet, defizitär, hilfebedürftig oder bezeichnen. Dieses Wissen wurde in gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Diskursen konstruiert, es sind Deutungsmuster, welche zu hinterfragen und gegebenenfalls zu problematisieren sind. (S. 94 ff) Nebst der Aufgabe, sich in die Diskurse einzubringen ist es Aufgabe Sozialer Arbeit, daran mitzuarbeiten, einen öffentlichen Raum für Diskurse zu erhalten und zu schaffen. Es sollen Räume geschaffen werden, in und mit denen Menschen über Themen von allgemeinen sozialen und politischen Belangen diskutiert werden können. Bettinger bezieht sich auf Fairclough, wenn er für die Wiederherstellung der Öffentlichkeit plädiert, sie steht im Zentrum der Verteidigung und Förderung von Demokratie. Es handelt sich um eine Aufgabe, die in den sozialen Bewegungen, die ausserhalb des offiziellen politischen Systems aktiv sind, bereits angegangen wird. (S. 96) Die Soziale Arbeit wird mit medialen und politischen Deutungen sozialer Wirklichkeit und daraus resultierenden Arbeitsaufträgen konfrontiert. Probleme und Problemgruppen werden wie selbstverständlich benannt. Hier zeigt sich die Notwendigkeit eines kritischen Diskursbewusstseins der Sozialen Arbeit, um diese Deutungen zu reflektieren. Seit den 70er Jahren, mit der Entwicklung eines neoliberalen Typs von Gesellschaft, wurde Integration selektiver. Dies hat stark mit dem gesellschaftlichen Diskurs und dessen Deutung zu tun, sozusagen mit der konstruierten Wirklichkeit. (S. 69 ff) So können sich beispielsweise im politischen und öffentlichen Diskurs Ansichten durchsetzen, dass Armut und Arbeitslosigkeit nicht ein gesellschaftliches oder strukturbedingtes Problem ist, sondern ein selbstverschuldetes Schicksal, eine Folge von Leistungsverweigerung und Unfähigkeit. (S. 98 ff) Als Sachzwänge unterstellte Phänomene, gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen, Aufgaben und Funktionszuweisungen nicht als naturgegeben und unveränderlich anzusehen, sondern als in Diskursen durch kollektive, interessensgeleitete Akteure konstruiert zu begreifen, kann als Grundlage dienen für eine selbstbestimmtere, politische und kritische Soziale Arbeit (S. 87 ff).

5.8 Normative Massstäbe für Kritik

In den Debatten um die Begründung einer kritischen Sozialen Arbeit findet sich auch die Auseinandersetzung, ob die Notwendigkeit einer normativen Positionierung für kritische Soziale Arbeit auf der wissenschaftlichen Ebene besteht. Kessler (2013, S. 119 ff) beobachtet, dass sich in der Auseinandersetzung eine Polarisierung zwischen zwei Argumentationsgruppen erkennen lässt. Auf der einen Seite stehen die Vertreterinnen und Vertreter, die eine

explizit normative Positionierung für eine kritische Theorie und Forschung als notwendige Voraussetzung sehen. Normative Maßstäbe zur Analyse und Kritik sind nötig weil Phänomene erst auf der Grundlage von Deutungen und Bewertungen in einer sozialpolitischen sowie sozialarbeiterischen Perspektive relevant werden, Soziale Arbeit ist erst kritisch, wenn sie sich diesen nicht fraglos unterwirft. Als Beispiel für einen normativen Maßstab wird der ethische Universalismus genannt. Auf der anderen Seite stehen Vertreterinnen und Vertreter, die eine normative Positionierung ablehnen, sich entweder auf eine reine Gesellschaftsanalyse als Ausgangslage kritischer Analysen berufen oder auf die normative Enthaltsamkeit der Theorie verweisen. Wissenschaft muss radikal autonom sein. Hartmann und Hünersdorf greifen diese Thematik ebenfalls auf, sie beziehen sich auf die erste Position, und schreiben dass *«normative Maßstäbe als Legitimationsgrundlage für die Forderung nach einem kritischen Eingreifen in gesellschaftliche Problem- und Konfliktfelder»* fungieren (Hartmann & Hünersdorf zitiert nach Gertenbach/Moebius, 2013, S. 16). Beispielsweise werden gesellschaftliche Entwicklungen wie die Transformation des Sozialstaates vor dem Hintergrund fehlender Humanisierung und sozialer Gerechtigkeit als negativ bewertet. Humanisierung und soziale Gerechtigkeit werden also zum normativen Maßstab der Kritik, der als solcher jedoch nicht begründet, sondern vorausgesetzt wird. (Hartmann & Hünersdorf, 2013, S. 16) Anhorn et al. (2012b, S. 18 ff) beziehen sich auf die zweite Position, sie kritisieren die erste Position dahingehend als dass sie schreiben, dass für weite Teile der Sozialen Arbeit die Berufung auf die Menschenrechte zum Referenzpunkt der Kritik in der Theoriebildung geworden sei, dass aber diese aus der Kategorie des Rechts stammen und sich somit auf abstrakte Normen beziehen. Kritische Soziale Arbeit ist aber auf eine Analyse der spezifischen, historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit angewiesen, auf die konkreten individuellen Erfahrungen von Unterdrückung und Ausbeutung sowie der Möglichkeiten der Emanzipation und der Autonomie. *«Im Mittelpunkt steht also nicht der (abstrakte) Mensch mit seinen universalen, unveräußerlichen (Menschen-) Rechten, sondern der konkrete Mensch in seinen historisch-gesellschaftlich bestimmten Verhältnissen und Erfahrungen (...).»* (Anhorn et al., 2012b, S. 19) Damit wird der Unterschied einer Normativität sichtbar, die auf universalen Werten basiert und einer Normativität, welche in konkreten gesellschaftlichen Bedingungen gründet und das Potenzial gesellschaftlicher Veränderung artikuliert, die objektive Möglichkeit der Erweiterung der Partizipationschancen und des Zugewinns an Autonomie und Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Eine Orientierung an idealen Normen verzichtet auf eine eingehende kritische Analyse der gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

5.9 Von Kritik und Reflexion zu Widerstand

Im Positionspapier des Forums KRISO ist zu lesen: *«Wir wollen diese Widersprüche, welche sich uns eröffnen, offensiv angehen und daraus Schlüsse für unsere Praxis ziehen. Keine Ökonomisierung der Sozialen Arbeit sondern Solidarisierung mit unseren KlientInnen ist erforderlich. Will die Soziale Arbeit handlungsfähig sein und Menschen befähigen, sich aus sozialer Isolation und Prekariat zu befreien, muss sie sich die finanziellen Mittel dafür aktiv selber erkämpfen, dies sowohl im persönlichen Interesse zur Sicherung des eigenen*

Arbeitsplatzens, als auch im existentiellen Interesse der Klientel.» (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011) Die Soziale Arbeit hat einen Bezug zu sozialen Problemen und ist in der Lage, diese gegen aussen zu kommunizieren. *«Soziale Arbeit kann nur so progressiv sein, wie der gesellschaftliche Bezugsrahmen. Will sie progressive Tendenzen annehmen, muss sie diese erkämpfen. Insofern solidarisieren wir uns mit jenen gesellschaftlichen Elementen, die sozialen Fortschritt vorantreiben. Dazu gehören auch sozialberufliche Organisationen, Arbeitskämpfe und soziale Organisationen.»* (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011) Kritische Soziale Arbeit muss auf drei Ebenen handeln. Erstens auf der Ebene der Organisation der Sozialarbeitenden unter sich. Das Ziel ist, innerhalb des Berufsstandes Bewusstsein über Probleme der heutigen Sozialen Arbeit sowie eine Bereitschaft zur Organisation zu schaffen. Die Politisierung der Sozialen Arbeit soll vorangetrieben werden. Zweitens auf der Ebene der Adressatinnen und Adressaten, anstelle einer repressiven Haltung soll eine Parteiliche entstehen. Drittens auf der Ebene der Öffentlichkeit, soziale Probleme sollen sichtbar gemacht werden und es soll eine Gegenposition zur repressiven und neoliberalen Sozialpolitik entstehen. (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011) Den Weg von Kritik und Reflexion hin zum Widerstand beschreiten die Autorinnen und Autoren vom unabhängigen Forum kritische Soziale Arbeit über das Formulieren von konkreten Forderungen, sie haben eine Resolution verfasst mit Appellen an verschiedene Zielgruppen mit dem Entschluss, *«aufzustehen, zu widersprechen und sich einzumischen»*. (Lorenz & Seithe, n.d.) Die Zielgruppen sind: Professionelle der Sozialen Arbeit, potenzielle Bündnispartner der Sozialen Arbeit wie Medien, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Politikerinnen und Politiker, Träger der Sozialen Arbeit (Lorenz & Seithe, n.d.). Für einen Überblick über die Inhalte der Appelle siehe folgender Anschnitt.

5.10 Handlungsvorschläge zum Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit

Kategorisierung der Handlungsvorschläge:

- A:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die institutionelle Politik beziehen
- B:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die ausserinstitutionelle Politik beziehen
- C:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die Öffentlichkeit beziehen
- D:** Handlungsvorschläge, welche sich auf innerprofessionelle Handlungen und Haltungen sowie auf den Berufsethos beziehen
- E:** Handlungsvorschläge, welche sich auf Analyse und Kritik beziehen
- F:** Handlungsvorschläge, welche sich auf die direkte Arbeit mit den Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit beziehen

5.10.1 Konkrete Handlungsvorschläge

- (A) Direkte Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern veranlassen, auf kommunaler und sozialpolitischer Ebene fachliche Beratung leisten (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit, n.d.; Bettinger, 2013, S. 94).

- (B) Sich mit sozialberuflichen Organisationen, Arbeitskämpfen und sozialen Bewegungen solidarisieren (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011).
- (C) Öffentlichkeitsarbeit leisten, öffentliche Räume, Foren und Medien nicht den üblichen deutungsmächtigen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung überlassen, sondern Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Berichterstattung wahrnehmen (Bettinger, 2013, S. 94).
- (C,D) Soziale Probleme gegenüber der Öffentlichkeit sichtbar machen, die ansonsten nicht Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung wären (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit, n.d.; KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011).
- (D) Das in den sozialarbeiterischen Praxen vorherrschende Konkurrenzdenken umkehren in eine Solidarität untereinander (Bettinger, 2013, S. 94).
- (D) Den Gegenstand sowie die Aufgaben und Funktionen der Sozialen Arbeit eigenständig formulieren (Bettinger, 2013, S. 104 ff).
- (D,E) Wissensbestände von Referenzdisziplinen, auf welche sich die Soziale Arbeit bezieht, nicht als naturgegeben annehmen sondern beachten, dass diese meist die gesellschaftlichen Bedingungen ausblenden, gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen, Aufgaben und Funktionszuweisungen nicht als naturgegeben annehmen (Bettinger, 2013, S.88 ff).
- (D,C) Tagungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie Weiterbildungen durchführen (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit, n.d.).
- (D) Gemeinsame Interessensvertretung von Sozialarbeitenden fördern, sich organisieren und vernetzen (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit, n.d.; Lorenz & Seithe, n.d.).
- (D) Innerhalb des Berufsstandes Bewusstsein über Probleme der heutigen Sozialen Arbeit schaffen sowie eine Bereitschaft zur Organisation entwickeln (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011).
- (D,C,E) Bewusstsein darüber schaffen, dass soziale Probleme im Allgemeinen sozio-ökonomische Hintergründe haben, sich gegen Forderungen aus Sparmotiven stellen (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011; Lorenz & Seithe, n.d.).
- (D,C,E) Widerspruch generieren durch Reflexion und Kritik an den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen. Daraus abgeleitet soll an verschiedene Zielgruppen appelliert werden und Forderungen gestellt werden, beispielsweise an die Medien (sachliche Berichterstattung anstelle medialer Vermarktung und Skandalisierung menschlicher Tragödien), an die Wissenschaft (Bereitstellung kritischer und theoretischer Analysen), an politische Instanzen (Unterstützung der Sozialen Arbeit in ihren Bestrebungen nach sozialer Gerechtigkeit, Widerstand gegen die neoliberale Vereinnahmung, Bereitstellung hinreichender Mittel zur Finanzierung der Sozialen Arbeit, Akzeptanz der fachlichen Autonomie der Sozialen Arbeit), an die Träger der Sozialen Arbeit (fachliche und sozialpolitische Interessensvertretung im Interesse der Adressatinnen und Adressaten, Widerstand gegen Vermarktlichung), an die Hochschulen und Bildungsstätten (ethische, fachliche und politische Verantwortung wahrnehmen und nebst Fachwissen auch gegenwärtige Entwicklungen der Profes-

- sion thematisieren sowie Stärkung der Studierende für berufs- und sozialpolitische Auseinandersetzungen) (Unabhängiges Forum für kritische Soziale Arbeit, 2001).
- (D,E) Die eigene Normativität zur Disposition stellen, offen sein für Selbstkritik (Bakic et al., 2012, S. 214; Bakic et al., n.d.).
 - (E,D) Sich kontinuierlich mit Deutungsmustern auseinandersetzen, die Individuen oder Gruppen als gefährdet, defizitär, hilfsbedürftig oder aktivierungsresistent bezeichnen. Dieses Wissen wurde in gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Diskursen konstruiert, es sind Deutungsmuster, welche zu hinterfragen und gegebenenfalls zu problematisieren sind (Bettinger, 2013, S. 94 ff).
 - (E,D) Alternatives Wissen und Deutungen im Rahmen eigener Veranstaltungen und Aktionen produzieren und diskutieren, Themen und Probleme ansprechen, die im hegemonialen gesellschaftlichen Diskurs keine Rolle spielen oder mit anderen Deutungsmustern diskutiert werden, gesellschaftliche Werte, Praktiken und Institutionen analysieren (Bettinger, 2013, S. 94; Bakic et al., 2012, S. 214).
 - (F,D,C) Parteilichkeit mit den Adressatinnen und Adressaten schaffen (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011).

5.10.2 Weniger konkrete Handlungsvorschläge

- (C) Politik und Öffentlichkeit informieren über gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen (Lorenz & Seithe, n.d.).
- (C,D,E) Gegenposition einnehmen zu einer repressiven und neoliberalen Sozialpolitik (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011).
- (D,E) Sich mit der politischen Bedeutung und den gesellschaftlichen Aufgaben der Sozialen Arbeit kritisch auseinandersetzen sowie das eigene Verwobensein in neoliberale Politiken erkennen (Verein Kritische Soziale Arbeit, n.d.).
- (D,E) Urteilen über bestimmte Sachverhalte mit ausgewiesenen Kriterien und Wertbezügen (Bakic et al., 2012, S. 214).
- (D,E) In der Ausbildung vermittelte Theorien darauf prüfen, ob sie eine Perspektive für sozialen Fortschritt bieten (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011).
- (D,E,C) Ungleichheitsverhältnisse thematisieren, sich als politische Akteure begreifen, Bildungs- und Sozialisationsprozesse offerieren und Diskurse analysieren (Bettinger, 2013, S. 102).
- (E) Nach den gesellschaftlichen Verhältnissen fragen, in die integriert werden soll (Bettinger, 2013, S. 101; Bakic et al., 2012, S. 214).
- (E) Unbeachtete Phänomene sozialer Wirklichkeit analysieren, gesellschaftliche Ursachen von persönlichem Leid erschliessen sowie aktiv und vorausschauend künftige Entwicklungen und Zustände einschätzen (Bakic et al., 2012, S. 214).
- (E) Gesellschaftliche Widersprüche und Interessenkonflikte sowie soziale Ungleichheiten aufdecken (Verein Kritische Soziale Arbeit, n.d.).

- (E,D,C) Ambivalenzen sozialarbeiterischen Handelns und die widerständigen Momente gegenwärtiger Praxis sichtbar machen und als Anknüpfungspunkte für politisches Handeln aufgreifen (Bakic et al., 2012, S. 214; Lorenz & Seithe, n.d.).
- (F,D,A) Menschen befähigen, sich aus sozialer Isolation und Prekariat zu befreien und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel aktiv erkämpfen (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011).

5.11 **Verständnisse von Politik im Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit**

Frank Bettinger (2013, S. 87 ff) hat ein Verständnis von Politik, in welchem die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen klar zur politischen Disposition stehen. Sie sollen problematisiert werden und auf deren Gültigkeit überprüft werden. Dies impliziert, dass er sich mit seinem Verständnis nicht nur auf eine institutionelle Politik mit beschränkten Partizipationschancen beschränkt sondern einen gesellschaftlichen Diskurs fordert, der grundsätzlich die gegebenen Verhältnisse problematisiert. Er nimmt in seinem Beitrag jedoch explizit Stellung zur Sozialen Arbeit. *«Soziale Arbeit hat sich für die gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen und die hegemonialen Wissensbestände, die menschlicher Existenz und menschlichem Leiden, aber auch sozialpädagogischen Praxen zugrunde liegen, zu interessieren und diese zum Gegenstand der Analyse, Kritik und Veränderung zu machen. Soziale Arbeit hat kontinuierlich den Geltungsanspruch der Gesellschaft in Frage zu stellen und ihre Ideologien und Strukturprinzipien zu überprüfen. Soziale Arbeit hat stets ein emanzipatorisches Erkenntnisinteresse mit einem konstruktiven Veränderungsinteresse zu verbinden, und zwar dahingehend, dass sie ihre professionsbezogene Tätigkeit mit dem politischen Interesse verbindet (das von ihrem fachlichen nicht zu trennen ist) (...).»*(S. 87) Gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen sollen nicht als naturgegeben angenommen werden sondern zum Gegenstand von Analyse und Kritik gemacht werden (S. 87 ff). Die Öffentlichkeit hat in seinem Verständnis von Politik eine entscheidende Rolle, sie steht im Zentrum der Verteidigung und Förderung der Demokratie. Hier nimmt er explizit Stellung zu Bewegungen ausserhalb des institutionalisierten politischen Systems. (S. 96) Er schliesst jedoch die institutionellen Kanäle der Politik in sein Verständnis mit ein und betont die Wichtigkeit der direkten Auseinandersetzung mit und Einmischung in die Politik (S. 102). Politik heisst für Bettinger auch Deutungsmacht. Die gesellschaftliche Ordnung ist diskursiv konstruiert und historisch gewachsen. Diskurse beeinflussen Normalitätsvorstellungen und Weltbilder. Sich an öffentlichen Diskursen zu beteiligen und Räume zu schaffen für Diskurse ist Politik. (S. 95 ff)

Bei Anhorn et al. (2012b, S. 1 ff) ist ein Bezug auf ein Politikverständnis ersichtlich, welches institutionalisierte Rechte nicht als eine fixe Grösse annimmt. Der Bezug wird über die Soziale Arbeit gemacht, ist aber in Anbetracht dessen, dass eine Kritische Soziale Arbeit als Ausgangspunkt für (politische) Veränderungen steht, auf das Verständnis von Politik zu übertragen. Die Berufung auf rechtliche, normative und universelle Grössen wie beispielsweise die Menschenrechte wird aus dem Grund abgelehnt weil dabei der Blick auf die spezifische, konkrete Situation in den Hintergrund tritt. Es bedarf einer *«Darstellung und*

Analyse der spezifischen, historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit, die innerhalb der konkreten individuellen und kollektiven Erfahrungen der Unterdrückung und Ausbeutung, der Ausschliessung und Degradierung, der Widersprüche Interessenskonflikte und Machtungleichgewichte, die Möglichkeiten der Emanzipation, der Autonomie, der sozialen Gleichheit, der Partizipation sichtbar machen und in die Reichweite politisch praktischer Realisierung rücken lassen.» (S. 18) Die normativen Grundlagen einer Kritischen Sozialen Arbeit in Kategorien des Rechts zu konzipieren, beinhaltet die Aufrufung an eine Sicherungsinstanz, staatliches Recht ist ein Herrschafts- und Machtinstrument. Diese Aussagen lassen darauf schliessen dass in seinem Verständnis die grundlegenden normativen Bedingungen in Frage zu stellen sind und dass dies nicht nur über eine institutionelle Politik geschehen kann.

Die Verfasserinnen und Verfasser des Positionspapiers der Gruppierung KRISO haben ein Politikverständnis, welches die institutionelle Politik wie auch die ausserinstitutionelle Politik beinhaltet. *«Soziale Arbeit kann nur so progressiv sein, wie der gesellschaftliche Bezugsrahmen. Will sie progressive Tendenzen annehmen, muss sie diese erkämpfen. Insofern solidarisieren wir uns mit jenen gesellschaftlichen Elemente, die sozialen Fortschritt vorantreiben. Dazu gehören auch sozialberufliche Organisationen, Arbeitskämpfe und soziale Organisationen.» (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011) Der konkrete Bezug auf eine Einflussnahme auf die Sozialpolitik lässt das Verständnis von institutioneller Politik als Teil der Politik ersichtlich werden. Grössen wie der Nationalstaat und die Wirtschaft werden als konstitutive Momente der Politik genannt. Der Staat ist die politische Ordnungsmacht.*

Bei den Autorinnen Hartmann und Hünersdorf (2013, S. 9 ff) konnte ich kein Verständnis von Politik herauslesen. Interessant ist, dass sie ihren Fokus nicht auf Politik sondern auf Kritik selbst und auf Kritikformen richten. Sie leiten daraus keine expliziten Handlungen oder Aufforderungen für eine politische Soziale Arbeit ab, sondern liefern sozusagen die Grundlage, auf welche andere Autorinnen und Autoren und viele Diskussionsforen ihre Aufforderungen zu politischem Handeln stützen. Sie beschreiben zwar, dass die Ursachen für die Konjunktur der Kritischen Sozialen Arbeit ein Unbehagen gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen und das Bedürfnis nach Alternativen ist. Sie gehen jedoch der grundlegenden Frage nach, was Kritik genau ist. *«Hier überall wird die Reflexion grundlegender Fragen zu Kritik verstärkt bzw. erneut aufgeworfen; Was zeichnet Kritik überhaupt aus? Was genau ist ihr Gegenstand? Welche Aufgaben, Ziele, Möglichkeiten sind in den verschiedenen Feldern mit ihr verbunden (...) Wie neutral oder bedingt ist Kritik bzw. kann sie nur sein?» (S. 9 ff)*

5.11.1 **Synthese zu den Politikverständnissen**

In diesem Denkmodell kommt als klare Tendenz zum Vorschein, dass ein Verständnis von Politik vertreten wird, welches die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen grundsätzlich zur Disposition und Veränderung stellt. Der Fokus liegt auf einer Aushandlung und einem Diskurs, welcher die Rahmenbedingungen infrage stellt und auf ihre Gültigkeit hin überprüft. Die Deutung der Wirklichkeit passiert in Diskursen. Der gesell-

schaftliche Diskurs kann über ausserinstitutionelle Kanäle geführt werden. Gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen sowie etablierte Rechtsnormen sollen nicht als naturgegeben akzeptiert werden. Es kommt ebenfalls ein Politikverständnis zum Vorschein, das sich auf universelle Grundrechte bezieht. Daneben wird auch in diesem Modell das Verständnis von institutioneller Politik ersichtlich. Der Bezug zur Sozialpolitik wird gemacht und auch zur Politikberatung. Einen wichtigen Stellenwert hat in diesem Denkmodell die Öffentlichkeit. Im Bezug auf das Verständnis von Politik hat die Öffentlichkeit die Funktion, Deutungsmuster zu gestalten, den Diskurs in der Gesellschaft und somit auch die Demokratie zu stärken, dies kann auch über ausserinstitutionelle Kanäle geschehen.

5.12 **Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit im Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit**

Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit wird in diesem Denkmodell hauptsächlich beschrieben als die Analyse, Kritik und Reflexion der Sozialen Arbeit selber und ihrer Praxen auf der einen Seite (Bettinger 2013, S. 99) und auf der anderen Seite der gesellschaftlichen Verhältnisse, der sozialen Ordnung und der gesellschaftlichen Wissensbestände und Normen (S. 89). Die Soziale Arbeit ist beteiligt an der Gestaltung und Deutung von Leitvorstellungen, was soziale Probleme sind und was Normalität und Abweichung sind. Dies hat Einfluss auf die politische Gestaltung der Rahmenbedingungen. (Verein Kritische Soziale Arbeit, n.d.) Das Führen von kritischen Diskursen sowie das Schaffen von öffentlichen Räumen für Diskurse (Bettinger, 2013, S. 95 ff), die eigene politische Eingebundenheit, die Abhängigkeit vom Staat (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011), die Möglichkeit, mit spezifischem Fachwissen auf problematische gesellschaftliche Strukturen hinzuweisen und soziale Ungleichheiten aufzudecken sowie diese politisch zu thematisieren (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit, n.d.), werden als politische Aspekte der Sozialen Arbeit genannt. Weiter wird diesbezüglich formuliert, dass die Soziale Arbeit ungewollt zur Legitimierung und Verfestigung von gesellschaftlichen Verhältnissen und sozialen Ungleichheiten beitragen kann. Dies hat eine politische Wirkung und es ist von entscheidender Wichtigkeit, wie damit aus fachlicher Sicht umgegangen wird. (Verein Kritische Soziale Arbeit, n.d.) Als politischen Aspekt der Sozialen Arbeit wird erwähnt, dass sie als Wissensproduzentin den gesellschaftlichen Kontext dieser Wissensproduktion der Analyse und Kritik unterziehen kann (Anhorn et al., 2012b, S. 12). Der Bezug der Sozialen Arbeit zu sozialen Problemen, welche in einem politischen Kontext stehen, das progressive Element, um sozialen Fortschritt voranzutreiben (KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit, 2011), sowie die Möglichkeit, gesellschaftliche Entwicklungen nicht als gegeben hinzunehmen, sondern diese zu problematisieren und sich ihnen entgegenzustellen (Lorenz & Seithe, n.d.) sind weitere diskutierte Punkte. Laut Anhorn et al. (2012b, S. 18) ist der politische Aspekt der Sozialen Arbeit auf zwei Ebenen zu finden. Einerseits kann sie schrittweise, kleinräumig begrenzte Veränderungen und kreative, spielerische, lokale Praktiken des Widerstands veranlassen und andererseits erfasst sie auf der Ebene der übergreifenden Strukturen die aktuellen Entwicklungsdynamiken einer Gesellschaftsformation und kann ganzheitliche Veränderungen initiieren. Soziale

Arbeit steht laut den Autorinnen und Autoren des unabhängigen Forums für kritische Soziale Arbeit für ein aufgeklärtes Menschenbild, für einen demokratischen und humanen Umgang mit Menschen, für Menschenrechte und Gerechtigkeit im Sinne einer Gleichwertigkeit von Menschen und Gruppen innerhalb einer Gesellschaft (Lorenz & Seithe, n.d.). Dies sind Interessen, die nicht nur auf die Profession der Sozialen Arbeit zu beschränken sind, sondern die auch in einer allgemeinen Politik anzustreben sind.

6 Die Gesellschaftstheoretische Perspektive nach Martin Graf

6.1 Einleitung

Im Zentrum des von Martin Graf verfassten Werkes «*Mündigkeit und Soziale Anerkennung*» (Graf, 1996) steht die Frage, wie Gesellschaftstheorie, Bildungstheorie und sozialpädagogische Theorie aufeinander bezogen werden können und wie sie ineinander greifen (Graf, 1996, S. 5). Er verwendet in seiner Theorie die Terminologie der Sozialpädagogik, ich werde dies in der Darstellung so übernehmen. Sozialpädagogik, deren Handlungen, Funktion und Ursprung in modernen Gesellschaften wird unter einer gesellschaftstheoretischen Perspektive betrachtet. Es geht in seinem Theoriekonzept darum, eine gesellschaftstheoretische Begründung für sozialarbeiterisches Handeln zu beschreiben und nach der Legitimation dessen zu fragen (S. 13). Die in staatliche oder halbstaatliche Institutionen eingebundene Sozialpädagogik ist stets mit der Machtproblematik konfrontiert und bleibt der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig (S. 10). Somit stellt sich die Frage nach der Legitimation sozialpädagogischen Handelns. Sozialpädagogische Handlungen reagieren auf soziale Tatbestände. Sie sind von gesellschaftlichen Entwicklungen abhängig (S. 12). Die Soziale Arbeit ist ein gesellschaftliches Phänomen. Sie ist ein Ausdruck der Gesellschaft. Sie ist ein kritisches Moment, das zum Vorschein kommt durch die gesellschaftliche Ungleichverteilung von Macht und Ressourcen in modernen Gesellschaften. Die Tatsache, dass es sie gibt, ist eine Gesellschaftskritik an sich. Daraus ergibt sich ein politisch relevanter Anspruch an die Verteilung von Macht und Ressourcen. Soziale Arbeit wird nicht nur als berufliche Tätigkeit verstanden sondern als politisches Handeln. Im Rahmen dieser Arbeit die gesamte Theorie von Martin Graf aufzuzeigen ist nicht möglich. Deshalb habe ich vier Punkte seiner Ausführungen herausgenommen, welche mir als geeignet erschienen um daran die Gedanken, die in den Denkmodellen zum Ausdruck kamen, zu reflektieren. Es ging mir dabei darum, jene Punkte der Theorie von Graf herauszukristallisieren, die die Gedanken der Denkmodelle in einen gesellschaftstheoretischen Bezug stellen können und somit einen Beitrag dazu leisten können, Grenzen und Potenziale dieser Überlegungen zu erkennen. Im Bezug auf meine Fragestellung ist das Ziel dieser Reflexion, die Denkmodelle vertiefter zu analysieren und auf deren Nutzen für die sozialarbeiterische Praxis zu prüfen. Ich bin dabei so vorgegangen, dass ich in einem ersten Schritt jeweils die gesellschaftstheoretische Perspektive auf den ausgewählten Gedanken dargestellt habe und in einem zweiten Schritt jeweils eine Reflexion darauf verfasst habe, welche die Reflexion des korrespondierenden Aspektes des Denkmodells beinhaltet.

6.2 Der Politikbegriff

6.2.1 Die gesellschaftstheoretische Perspektive nach Graf

Liberales und egalitäres Demokratieverständnis

Für die Unterscheidung dieser beiden Demokratieverständnisse bezieht sich Graf auf Habermas. Das liberale Demokratieverständnis basiert auf einem Verständnis, welches auf der Rechtsgleichheit des Menschen basiert. Die Grundrechte gleicher Freiheiten sind rechtlich institutionalisiert und werden als subjektive Rechte begriffen. Für die Vertreterinnen und Vertreter eines liberalen Demokratieverständnisses genießen die Menschenrechte normativen Vorrang vor der Demokratie, die gewaltenteilende Verfassung hat Vorrang vor dem Willen des demokratischen Gesetzgebers. Vertreterinnen und Vertreter des egalitären Demokratieverständnisses begreifen andererseits die kollektive Praxis der Freien und Gleichen als souveräne Willensbildung. Menschenrechte werden als den Willen des souveränen Volkes gesehen, die gewaltenteilende Verfassung entspringt dem Willen des demokratischen Gesetzgebers. Aus dieser Differenzierung entspringen verschiedene dialektische Fragen. Eine Frage ist die Vereinbarkeit von Freiheit mit Gleichheit. Eine andere Frage ist, wie das Recht der Mehrheit gegenüber dem Recht der Minderheit steht. (Graf, 1996, S. 76)

Das Recht zu passivem Widerstand

Politik ist derjenige Ort, wo es um eine Neuverteilung der Macht und der Ressourcen geht (Graf, 1996, S. 75). «*Der politische Durchbruch wird dadurch behindert, dass die Auseinandersetzung den staatlichen Regeln und damit dem bestehenden Rechtszustand zu folgen hat, in deren Basis bis anhin die sozialen Unterschiede und Ungerechtigkeiten eingeschrieben sind.*» (S. 76) Habermas beschreibt diese Spannung im modernen Rechtsstaat mit der Gegenüberstellung der faktischen Rechtsdurchsetzung und dem Legitimitätsanspruch an die Rechtsordnung. «*Die Positivität des Rechts bedeutet ja, dass mit einem bewusst gesetzten Normengefüge ein Stück artifiziell erzeugter sozialer Realität entsteht, die nur auf Widerruf existiert, weil sie in jedem einzelnen ihrer Bestandteile geändert oder ausser Kraft gesetzt werden kann.*» (Graf zitiert nach Habermas, 1996, S. 77) Im Falle eines Gewissenskonfliktes lässt sich in nach Habermas ein Verweigerungsrecht ableiten: Das Recht zum passiven Widerstand. Der Gewissenskonflikt entsteht durch normative Regeln mit zugrunde liegenden verallgemeinerbaren Interessen auf der einen Seite und auf der anderen Seite eine Loyalitätspflicht gegenüber dem etablierten Staat mit geregelten Verfahren der Interessensvermittlung. Verfassungsmässige Demokratien haben einen eigenen Anspruch sozialer Gerechtigkeit und allgemeiner politischer Partizipation. Durch das Recht zu passivem Widerstand werden sie damit konfrontiert, entgegen ihren institutionellen Beschränkungen weiterhin zur Demokratisierung der Gesellschaft beizutragen. (Graf, 1996, S. 77) Habermas kritisiert die rechtspositivistische Interpretation des Staates, er stellt den Staat auf eine normative Basis. «*Das Recht entlehnt seine bindende Kraft vielmehr dem Bündnis, das die Positivität*

des Rechts mit dem Anspruch auf Legitimität eingeht.» (Graf zitiert nach Habermas, 1996, S. 80) Mit passivem Widerstand meint Habermas, dass die Diskussion anzuregen sei um die normativen Grundlagen des Rechtssystems, also um die Frage nach deren Gütigkeit. Recht und Politik sind in einer steten Veränderung, mit Ungehorsam können allfällige Korrekturen und Neuerungen erreicht werden. Zivile Regelverletzungen sind *«moralisch begründete Experimente»* (Graf zitiert nach Habermas, 1996, S. 80) durch die die Innovationsfähigkeit und der Legitimationsglaube der Bürger erhalten werden können.

Politische Partizipation

Im alten Athen beruhte die Ausdifferenzierung einer Politik auf der Ausgrenzung der Mitglieder des Oikos, des produzierenden Haushaltes, welcher Frauen, Kinder und Sklaven umfasste. Das Schicksal der Stadt, von dem alle abhingen, wurde zwar öffentlich verhandelt, aber nur von jenen, die an die Politik angeschlossen waren, also von einer kleinen privilegierten Minderheit. Mit der französischen Revolution wurde der allgemeinen besitzenden Schicht der Einbezug in die Politik gewährt, danach der männlichen, erwachsenen Bevölkerung mit Bürgerrecht. Kant hat die Unterscheidung nach aktiven und passiven Staatsbürgern an die so genannte Fähigkeit der Stimmerhebung gekoppelt, was abhängig war von der ökonomischen Unabhängigkeit und der Mündigkeit. (Graf, 1996, S.78) Laut Graf macht die politisch partizipierende Bevölkerung immer noch nur einen mehr oder weniger grossen Teil der Gesellschaftsmitglieder aus, auch der mündigen Gesellschaftsmitglieder. Somit repräsentiert die Politik nicht die gesamte Gesellschaft. *«Die Paralyse der Bevölkerung, die Spaltung der Gesellschaftsmitglieder in unterschiedlich partizipationsberechtigten Gruppen zeigte von Anfang an eine Beschränkung der politischen Integration unter Ausschluss eines grossen Teils der Bevölkerung von Partizipationschancen an der Macht und damit einhergehend unter Verschärfung der Repression.»* (Graf, 1996, S. 78)

6.2.2 Reflexion

Reflexion auf die Frage, ob die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen zur Disposition stehen

Die beiden Demokratieverständnisse, das liberale und das egalitäre, beinhalten einen entscheidenden Unterschied: Im liberalen Demokratieverständnis hat die auf Grundrechten basierende Verfassung Vorrang vor dem Mehrheitswillen. Dies hat den Vorteil, dass beispielsweise Minderheitenrechte geschützt werden können. Menschenrechte und Grundrechte können nicht durch einen Mehrheitswillen ausser Kraft gesetzt werden. Die Grundrechte bilden einen Rahmen, demokratische Gestaltung spielt sich innerhalb diesem ab. Das egalitäre Demokratieverständnis, das sich am Willen der Mehrheit orientiert, sieht diese Grundrechte als Produkt des souveränen Volkswillens. Die Verfahren dazu laufen nach gesetzlichen Vorgaben. Hier wird eine grundlegende Diskussion sichtbar: Geht es in einer Demokratie um das Recht der Mehrheit oder um das Recht der Minderheit? Vor der Diffe-

renzung in ein liberales und egalitäres Demokratieverständnis muss jedoch noch eine andere Unterscheidung gemacht werden, nämlich eine grundsätzliche, staatstheoretische Unterscheidung. Die Frage ist, ob die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen und legalen Verfahrensgrundsätze grundsätzlich zur politischen Disposition stehen oder nicht. Dies sind verschiedene Ansichten, welche dann in beiden, dem liberalen und dem egalitären Demokratieverständnis zu ihrer jeweiligen Austragung kommen. Es gibt Wissenskonflikte, so wie dies Habermas beschreibt, es gibt verallgemeinerbare Interessen, die einem etablierten Staat mit seinen geregelten Verfahren entgegenstehen können. Daraus leitet er das Recht zum passiven Widerstand ab, es geht in einer legitimen Demokratie um die Mehrheit der Interessen, nicht um die Interessen der Mehrheit. Die Mehrheit der Interessen sind verallgemeinerbare Interessen. Er stellt einen Legitimitätsanspruch an die geltende Rechtsordnung, anstelle einer blossen faktischen Rechtsdurchsetzung. Das Recht ist theoretisch nur deshalb gültig, weil die Positivität des Rechts, also ein wünschenswerter Zustand, der über das Recht erreicht werden soll, einen Anspruch auf Legitimität hat. Dies gibt das Recht zum Widerstand, sobald diese Legitimität nicht mehr gegeben ist. Er befürwortet zivilen Ungehorsam als so genannte moralisch begründete Experimente, die Diskussion um die normativen Grundlagen des Rechtssystems soll geführt werden, nur so können einerseits notwendige Änderungen der Rahmenbedingungen erreicht werden und andererseits die Innovationsfähigkeit der Bevölkerung erhalten bleiben. Dies ist, so begründet, eine Legitimation für politisches Handeln in der Gesellschaft, welches die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen grundsätzlich zur Disposition stellt. Dies soll aber auf der Basis von verallgemeinerbaren Interessen passieren, ansonsten verliert es seine Legitimation.

In dieser Argumentationslogik liegt auch die Unterscheidung in institutionelle und nicht-institutionelle Politik. Es gibt die institutionalisierten Kanäle der Politik, die Parlamente, die politischen Gremien, die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, die Abstimmungen etc. Hier sind die Möglichkeiten der politischen Partizipation nach geltendem Recht geregelt und beschränken sich auf den stimmberechtigten Teil der Bevölkerung. Die institutionalisierten Rahmenbedingungen und die Verfahren nach in der Verfassung verankerten Rechten bilden sozusagen das Spielfeld, in dem politisch gespielt werden darf. Auf der anderen Seite gibt es Politik, die über ausserinstitutionelle Kanäle gemacht wird, über zivilgesellschaftliche Akteure, über Bürgerbewegungen oder über zivilen Ungehorsam. Es gibt ausserparlamentarische Wege um Einfluss zu nehmen auf politische Strukturen. Diese politische Partizipation beschränkt sich nicht auf den stimmberechtigten Teil der Bevölkerung. Hier kann an den oben genannten Begriff von Habermas angeknüpft werden, das passive Widerstandsrecht. Mit dem Grundsatz, dass die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen in Frage gestellt werden können, besteht die Möglichkeit, sie anhand von Diskursen auf ihre Gültigkeit zu prüfen. Das passive Widerstandsrecht bezieht sich darauf, dass diese Diskurse forciert werden können. Die Ansicht, dass Politik lediglich über institutionalisierte Kanäle zu geschehen hat, geht einher mit der Ansicht, dass gegen die rechtlichen Strukturen eines demokratischen Staates kein rechtmässiger Widerstand des Volks möglich ist. Die Ansicht, dass Politik auch über

ausserinstitutionelle Kanäle geschehen kann, geht einher mit der Ansicht des passiven Widerstandsrechtes, der Ansicht, dass sich die Legitimität der geltenden Rechtsordnung über eine diskursive Prüfung behaupten muss. Mit Widerstand ist also nicht die Durchsetzung eines Machtanspruches gemeint, sondern das Forcieren des Diskurses. Somit soll die soziale Ordnung entlegitimiert werden können wenn sie sich nicht auf verallgemeinerbare Interessen bezieht. Die Konfrontation mit dem Politikverständnis der Gesellschaftstheorie nach Graf hat also eine Differenzierung des Begriffs Rahmenbedingungen deutlich gemacht. Häufig wird im Diskurs von politischen Rahmenbedingungen gesprochen. Dabei ist aber noch nicht klar, ob damit die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen gemeint sind, oder ob damit Rahmenbedingungen gemeint sind, die politisch generiert werden für einen bestimmten Bereich, sich aber innerhalb der verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen abspielen.

All dies sind theoretische Modelle. In der Realität gibt es nicht entweder das eine oder das andere. Es geht mir hier nicht darum, das reale politische System zu beschreiben, sondern verschiedene Sichtweisen auf ein Verständnis von Politik im politischen System. Dies kann helfen um die verschiedenen Argumentationsweisen der Denkmodelle besser zu verstehen, indem man bewusst nach dem zugrunde liegenden Politikverständnis sucht.

Reflexion auf das Denkmodell der Repolitisierung

Anhand der Darstellung des Denkmodells der Repolitisierung konnte ich Aussagen herausarbeiten, die darauf hinweisen, welche Verständnisse von Politik darin vertreten werden. Aufgrund der gesellschaftstheoretischen Perspektive auf den Politikbegriff konnten diese Aussagen benannt und unterschiedlichen Politikverständnissen zugeordnet werden. Es zeigt sich, dass das Verständnis von Politik im Denkmodell der Repolitisierung nicht einheitlich ist. Es lassen sich sowohl Vertreterinnen und Vertreter des liberalen wie auch des egalitären Demokratieverständnisses ausmachen. Auf das liberale Verständnis schliesse ich aus den Aussagen, welche sich auf die universellen Grundrechte der Menschen als Basis für Politik beziehen. Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession bezieht sich auf die Institution der Menschenrechte, auf eine normative Gleichstellung der Menschen mit gleichen Rechten. Auf das egalitäre Demokratieverständnis schliesse ich aus Aussagen, die die Rahmenbedingungen als durch die Teilsysteme der Gesellschaft konstituiert benennen. Die häufigste Unterscheidung, die im Denkmodell der Repolitisierung gemacht wird, ist die Unterscheidung in institutionelle Politik und ausserinstitutionelle Politik. Auch hier werden beide Verständnisse sichtbar. Die institutionelle Politik wird wiederum unterschieden in das Teilsystem der Sozialpolitik und in die auf die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse bezogene Politik. Einige der Autorinnen und Autoren sehen den politischen Aspekt der Sozialen Arbeit darin, Einfluss zu nehmen auf diese institutionelle Politik, durch Mitsprache in politischen Gremien und Politikberatung. Auch die Öffentlichkeit hat einen Einfluss auf die institutionelle Politik und somit kann die Soziale Arbeit über Öffentlichkeitsarbeit darauf Einfluss nehmen. Die Öffentlichkeit wird jedoch auch in einem Verständnis einer ausserinstitutionellen Politik genannt, zivilgesellschaftliche Akteure welche im Sinne einer gesamt-

gesellschaftlichen Mitbestimmung Veränderungen anstreben. Hier wird das von Habermas passive Widerstandsrecht genannte, diskursive Infragestellen der Legitimation der gesellschaftlichen Ordnung erkennbar. Dies ist ebenfalls erkennbar in Aussagen, welche von der Sozialen Arbeit einen Diskurs um Systemfragen fordert. Über die übergeordnete staatsrechtliche Frage, ob verfassungsmässig institutionalisierte Rahmenbedingungen grundsätzlich in Frage gestellt werden können oder nicht, wird in einigen Beiträgen zwar diskutiert, es herrscht aber keine Einigkeit. Wiederum sind beide Ansichten vertreten, in der Mehrheit der Beiträge wird dazu nicht explizit Stellung bezogen. In einem Beitrag wird differenziert, dass diese Unterscheidung von der Selbstwahrnehmung der Sozialen Arbeit abhängig ist und dieses Verständnis somit konstruiert werden kann. Es zeigt sich eine Parallele, dass sowohl im Denkmodell der Repolitisierung, als auch bei Graf normativ Stellung bezogen wird hinsichtlich dessen, dass es für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen Anteile eines Staatsverständnisses geben muss, welches die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen in Frage stellt. In der gesellschaftstheoretischen Perspektive ist die Legitimation zur Infragestellung der verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen, respektive der geltenden Rechtsordnung durch das passive Widerstandsrecht begründet. Es ist nicht ein Freipass, um das Recht zu missachten, sondern es ist eine Aufforderung, unter bestimmten Bedingungen, nämlich wenn die Legitimität der Rechtsordnung diskursiv und unter Beachtung der allgemeinen Interessen entlegitimiert werden konnte, diese zu problematisieren.

6.3 Der Begriff der Sozialpolitik

6.3.1 Die gesellschaftstheoretische Perspektive nach Graf

Sozialpolitik als entpolitisierte Politik

Die Evolutionstheorie hat drei verschiedene Integrationstypen von Gesellschaften herausgearbeitet: «*Verwandtschaft*», «*Herrschaft*» und «*Gesellschaft*» (Graf, 1996, S. 65 ff). Die Evolution erfolgte vom Verwandtschaftsprinzip zum Herrschaftsprinzip zum Gesellschaftsprinzip, wobei keines der Prinzipien in ihrer reinen Form existierte. Es sind unterschiedliche Organisationsprinzipien des Reproduktionsprozesses des Menschen. Je nach Stand des gesellschaftlichen Organisationsprinzips sind sowohl die Bedingungen für Integration, als auch die Bedingungen, wie Veränderungsprozesse implementiert werden können, unterschiedlich. Es sind Strukturen, welche ein Gesellschaftssystem gegen aussen abgrenzen und gegen innen integrieren. «*Verwandtschaft*» ist ein elementares Schema der Sozialintegration. Die Aussenabgrenzung ist die Grenze zwischen Natur und Kultur, die interne Integration ist auf natürlichen Unterschieden aufgebaut. Integration passiert über verwandtschaftliche Zugehörigkeit. «*Herrschaft*» ist eine Verknüpfung elementarer sozialintegrativer Schemata mit der Idee der Hierarchie. In einer Gesellschaft existieren übereinander geordnete Unterschiede, welche für Integration entscheidend sind. Als Aussenabgrenzung entscheidet die Nähe bzw. die Ferne zum Zentrum des Gesellschaftssystems.

«Gesellschaft» ist die Auflösung der hierarchischen Ordnung, das sozialintegrative Schema verlagert sich in das einzelne Individuum, Gesellschaft ist «Assoziation» geworden, die Ausgrenzung ist unscharf geworden, nur der, der nicht mehr als Individuum handeln kann, wird ausgeschlossen. Es gibt jedoch keine Gesellschaftssysteme, die sich ausschliesslich nach dem Organisationsprinzip «Gesellschaft» orientieren, die evolutionär aufeinander folgenden Formen der Organisationsprinzipien schliessen sich historisch nicht aus, erst deren gegenseitige parallele Existenz, Verbindung, Durchdringung oder Ablösung machen eine konkrete Gesellschaft aus. (Graf, 1996, S. 65 ff)

Die Kritik an den Organisationsprinzipien «Verwandtschaft» und «Herrschaft» durch die egalitären Prinzipien der Aufklärung schlägt sich in der Institutionalisierung demokratisch-republikanischer Staatsformen nieder (S. 72). Dies führt zu einer Tendenz hin zu einer Verbreiterung der Partizipation an Macht und gesellschaftlichem Reichtum durch die Gesellschaftsmitglieder und zeugt von der evolutionären Entwicklung hin zum Organisationsprinzip der Gesellschaft. Jedoch begrenzt der bürgerliche Staat diese Partizipationschancen dadurch dass er immer noch Anteile der Organisationsprinzipien «Verwandtschaft» und «Herrschaft» aufweist. Die bürgerliche Demokratie bleibt legitimatorisch defizitär. (S. 75)

Der demokratische Anspruch besteht darin, dass die Bevölkerung bei der Verteilung der Macht und des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums mitwirken kann. Der Ort dafür ist die Politik, die auf die gesamte Gesellschaft bezogen ist. Dieser Anspruch wird aber durch den bürgerlichen Staat eingeschränkt. Die Verteilung verläuft nicht nach egalitären Ansprüchen, das allgemeine Interesse soll aus der Vermittlung der Privatinteressen einer besitzenden Minderheit entspringen. Diese Mechanismen führen zu einer Ausdifferenzierung einer Sozialpolitik. Sozialpolitische Institutionen bewirken eine sekundäre Verteilung von einem Teil der Ressourcen, um damit Menschen zu berücksichtigen, welche bei der eigentlichen Verteilung benachteiligt wurden. Die Existenz der Sozialpolitik entlastet die auf die gesamte Gesellschaft bezogene Politik, der Ort, wo die eigentliche Verteilung der Macht und der Ressourcen stattfindet. *«Ist dabei Politik der gesellschaftliche Ort, wo Konflikte um die Neuverteilung der Macht entlang manifest gewordener Verteilungskämpfe nach Regeln ausgetragen werden, so ist Sozialpolitik derjenige gesellschaftliche Ort, wo jene Probleme, welche die Regeln der Konfliktaustragung tangieren würden, politisch latent gehalten werden sollen. Sozialpolitik ist demnach tendenziell entpolitisierte Politik.»* (Graf, 1996, S. 75) Sie ist zwar der Ort, wo die reale Umverteilung stattfindet und minimale Partizipationschancen ermöglicht werden, jedoch wirkt sie nicht an einer grundlegenden Neuordnung der Verteilung in der Gesellschaft mit. Sie zeigt Aspekte von gesellschaftlicher Unbewusstmachung. *«Sozialpolitik ist Ausdruck der Kämpfe um sozial gerechtere Bedingungen und Abschaffung von Ausbeutung und Herrschaft.»* (S. 76) Sozialpolitik dämpft unter dem politischen Druck dieser Kämpfe die sozialen Risiken, verhindert aber in dem Sinne nicht ihre Entstehung. So liegt der Grundsatzdiskussion um die Finanzierbarkeit des Sozialstaates die stärkere Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen in der Gesellschaft zugrunde. (S. 75)

6.3.2 Reflexion

Reflexion auf das Denkmodell des Politischen Mandates

Ich habe in den bearbeiteten Publikationen zum Politischen Mandat eine Tendenz festgestellt, dass der politische Aspekt der Sozialen Arbeit darin gesehen wird, dass sie Einfluss nehmen kann auf die institutionelle Politik. Einerseits kann dies geschehen durch die Erhöhung der Partizipation der Adressatinnen und Adressaten an politischen Prozessen, andererseits aber auch durch die Beratung von politischen Amtsinhabern durch Professionelle der Sozialen Arbeit sowie durch deren Möglichkeit zur Beeinflussung der politischen Agenda. Bei mehreren Publikationen wird nicht spezifiziert, ob es sich dabei um eine Politik handelt, welche sich im Sinne der Gesellschaftstheorie die gesamte Gesellschaft betrifft und sich mit Fragen nach der grundsätzlichen Verteilung von Macht und Ressourcen beschäftigt, oder ob es sich um Politik im Sinne von Sozialpolitik handelt welche eben diese Fragen latent haltet. Es wird jedoch von mehreren Vertreterinnen und Vertretern des Denkmodells des Politischen Mandates explizit darauf verwiesen, dass Soziale Arbeit als Bestandteil der Sozialpolitik verstanden wird und sie in einer Wechselwirkung darauf Einfluss nehmen kann. Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit ist in diesem Verständnis deren Beeinflussung der Sozialpolitik. Wenn dies nun mit der gesellschaftstheoretischen Perspektive betrachtet wird, so sind diejenigen Vorschläge, welche sich auf eine Veränderung der Sozialpolitik beziehen, entpolitisierte Vorschläge. Sie verändern zwar kurzfristig die Bedingungen für eine reale Umverteilung eines Teils des gesellschaftliche erwirtschafteten Reichtums, jedoch gehen sie nicht auf die eigentliche Frage nach der Verteilung ein. Wenn das Ziel der Sozialen Arbeit, wie dies auch von Vertreterinnen und Vertretern des Politischen Mandates gefordert wird, die Bekämpfung der gesellschaftlichen Ursachen der sozialen Probleme sein soll, so muss sie ihre Einmischung auf einer politischen Ebene anstreben, die über die Sozialpolitische hinausgeht. Die Anforderungen der demokratischen Staatsform an die Integration ihrer Mitglieder orientieren sich am Organisationsprinzip «*Gesellschaft*». Jene Mechanismen, welche über die Organisationsprinzipien «*Verwandtschaft*» und «*Herrschaft*» funktionieren, haben ein Legitimationsproblem. Dieses wird über Unbewusstmachungsprozesse wie zum Beispiel die Ausdifferenzierung einer Sozialpolitik gesellschaftlich akzeptiert gemacht. Gesellschaftsstrukturen, welche auf dem Organisationsprinzip «*Gesellschaft*» beruhen, bedürfen der Zustimmung durch die Bevölkerung. Diese Zustimmung ist dann am verlässlichsten, wenn sie nicht durch Unbewusstmachungsprozesse erreicht wird, sondern tatsächlich die heterogenen Interessen der Gesellschaftsmitglieder berücksichtigt. Somit ist eine Erhöhung der politischen Partizipationschancen der Bürgerinnen und Bürger unbedingt anzustreben, es ist jedoch zu beachten, dass dies eine Partizipation sein soll, welche nicht lediglich an den Auffangmechanismen zur Linderung der Folgen der Ungleichverteilung beiträgt, sondern eine Partizipation an einer gesamtgesellschaftlichen Politik, wo Fragen der eigentlichen Verteilung aufgegriffen werden. Die Sozialpolitik ist die künstliche Beschränkung des staatlichen Integrationsumfangs. Der Sozialstaat hat einen Doppelcharakter. Einerseits übernimmt er nicht erfüllte Integrationsansprüche, andererseits kontrol-

liert er die Einhaltung der Regeln die zu ebendiesem geführt hat. Die Politik kann mit Hilfe der Sozialpolitik Probleme der Integration von Menschen in die Gesellschaft latent halten, ohne dabei eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen veranlassen zu müssen. Unterstützung löst soziale Gerechtigkeit ab.

Die Soziale Arbeit tritt somit in einen Widerspruch mit der Sozialpolitik, wenn sie politisch handelt im Sinne einer Entlegitimation von ungerechten, gesellschaftlich aber dennoch akzeptierten Verhältnissen. Die Soziale Arbeit kann Aufklärungsarbeit leisten indem sie Unbewusstmachungsprozesse und gesellschaftliche Mechanismen aufzeigt und somit die soziale Ordnung kritisiert und deren Legitimation in Frage stellt. Für die Integrationsarbeit, welche die Soziale Arbeit leistet, gilt es zu fragen, was denn legitime Integration ist. Mit dem Wissen um die drei Integrationstypen «*Verwandtschaft*», «*Herrschaft*» und «*Gesellschaft*» ist lediglich jene Integration legitim, welche auf dem Gesellschaftsprinzip basiert. Diese wird erhöht über die Erweiterung des Umfanges am Mündigkeit und sozialer Anerkennung der Menschen, (siehe Kapitel 6.5.) was zur Verwirklichung und Stärkung demokratischer Strukturen führt.

6.4 Legitimation sozialpädagogischen Handelns

6.4.1 Die gesellschaftstheoretische Perspektive nach Graf

Sozialpädagogisches Handeln

Sozialpädagogisches Handeln wird unter der gesellschaftstheoretischen Perspektive von Graf (1988, S. 4 ff) als erzieherisches, pädagogisches und sozialisierendes Handeln verstanden, mit dem Ziel, eine Verbesserung der Situation der Adressatinnen und Adressaten sowie für deren Umfeld zu erreichen. Die Adressatinnen und Adressaten haben elementare und zentrale Normen der Gesellschaft verletzt. Diese Normen haben in ihrer Umgebung Geltung beansprucht. Die Adressatinnen und Adressaten werden in der Sozialpädagogik an jenen Normen gemessen, welche von der Theorie der Sozialpädagogik aufgenommen worden sind. Es stellt sich also die Frage, welche gesellschaftlichen Normen von der Sozialpädagogik aufgenommen werden. Der gesellschaftliche Normenwandel führt somit auch zu einer veränderten Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, gleichzeitig führt die Praxis der Sozialpädagogik zur Verstärkung bestimmter gesellschaftlicher Normen. Sozialpädagogisches Handeln muss sich zweifach rechtfertigen, einerseits muss es sich auf die elementaren und zentralen Normen der Gesellschaft beziehen und andererseits müssen die Interventionen die geplante Verbesserung erreichen. Die Legitimation des sozialpädagogischen Handelns bezieht sich also auf zwei Ebenen, einerseits auf eine normative Ebene und andererseits auf eine erfolgsorientierte Ebene. «*Interventionen sind dort nötig, wo die Verständigung erschwert oder zusammengebrochen ist, wo die Normen der Gesellschaft ihren Geltungsanspruch nicht mehr durchsetzen können.*» (Graf, 1988, S. 5) Die Interventionen haben ihren Sinn also in der Wiederherstellung einer kommunikativen Situation, die normativ geregelt ist (Graf, 1988, S. 5).

Legitimität von Normen

Aufbauend auf der Theorie des kommunikativen Handelns nimmt Habermas eine Unterscheidung von Normen vor. Es gibt auf der einen Seite Normen, denen ein allgemeines Interesse zugrunde liegt, auf der anderen Seite gibt es Normen, welche aufgrund von Machtdifferenzen zustande gekommen sind, das heisst sie basieren auf Partikularinteressen statt auf allgemeinen Interessen. Laut dem kommunikativen Handeln soll die Anerkennung von Normen durch die Individuen über Diskurs und Konsens zustandekommen. Legitime Normen müssen einer diskursiven Überprüfung auf die Verallgemeinerbarkeit der zugrunde liegenden Interessen standhalten können. Normen, die aufgrund von Partikularinteressen zustande gekommen sind, können einer solchen Prüfung nicht standhalten, sie entpuppen sich als nicht legitim. Das heisst, dass Normen, welche zwar faktisch von der Gesellschaft akzeptiert werden, trotzdem erst dann legitim sind, wenn sie auch einer Überprüfung auf die Verallgemeinerungsfähigkeit der zugrunde liegenden Interessen standhalten können. Sie müssen aber auch faktisch von der Gesellschaft akzeptiert sein, ansonsten sind sie nicht legitim aufgrund der fehlenden Zustimmung. Bezogen auf sozialpädagogische Interventionen heisst das, dass diese legitim sind, wenn sie sich auf allgemein begründbare und faktisch akzeptierte Normen beziehen. Dies ist von grundlegender Wichtigkeit, denn wenn sich sozialpädagogisches Handeln lediglich auf faktisch akzeptierte Normen bezieht, so wird sie zur Handlangerin jener Machtinstanz, welche zur Durchsetzung dieser Normen fähig war, Interventionen würden zu Machtausübung. (Graf, 1988, S. 6 ff)

Die Theorie des kommunikativen Handelns

Die Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas ist sehr umfassend, ich werde im Folgenden nur einige Elemente davon ausführen. Habermas unterscheiden zwei Formen von Handeln: Instrumentelles Handeln, welches sich auf die materielle Reproduktion (Arbeit) des Menschen bezieht und kommunikatives Handeln, welches sich auf die symbolische Reproduktion (Interaktion) bezieht. Im Falle des kommunikativen Handelns müssen sich die Teilnehmer der Kommunikation auf einen kooperativen Deutungsprozess einlassen. Damit eine kommunikative Situation zustande kommt, müssen vier Geltungsansprüche von den Teilnehmern reziprok erhoben und als erfüllt unterstellt werden können. Die vier Geltungsansprüche sind die Folgenden: 1. Wahrheit (sich *ausdrücken*), 2. Richtigkeit (*etwas ausdrücken*), 3. Wahrhaftigkeit (*sich verständlich machen*), 4. Verständlichkeit (sich *miteinander verständigen*). Wenn alle vier von allen Kommunikationsteilnehmern erhoben sind und als erfüllt gelten, so kann man von Konsens sprechen. Jede Äusserung in der Kommunikation bedeutet die Möglichkeit, dass einer der Geltungsansprüche problematisiert werden kann, dass die Situation umdefiniert werden kann. (Graf, 1988, S. 9 ff)

Kommunikatives Handeln und strategisches Handeln

Generell können Situationen durch zwei verschiedene Arten von Handlungen bewältigt werden, durch instrumentelles Handeln oder durch kommunikatives Handeln. Im Bereich des *sozialen* Handelns unterscheidet Habermas strategisches Handeln und kommunikatives Handeln. Strategisches Handeln ist am Erfolg orientiert, es basiert nicht auf Konsens der Beteiligten, es ist rationales Handeln. Kommunikatives Handeln ist verständigungsorientiert. Eine kommunikative Situation entsteht über Verständigungsbedürfnisse. Dabei hat jeder Kommunikationsteilnehmer seine Lebenswelt als Hintergrund. Hierbei ist zu erwähnen, dass die beiden Handlungstypen gut voneinander unterscheidbar sind, wenn die Ziele strategischen Handelns offen dargelegt werden. Wenn die Ziele aber verdeckt sind, wenn einer der Kommunikationsteilnehmer strategisches Ziele verfolgt, den andern aber glauben lässt, es sei eine kommunikative Handlung, so spricht Habermas von einer Täuschung. Tut der Kommunikationsteilnehmer dies bewusst, so ist es Manipulation, tut er es nicht direkt bewusst, so ist es verzerrte Kommunikation. (Graf, 1988, S. 14)

Legitimation von sozialpädagogischem Handeln aus der Sicht der Theorie des kommunikativen Handelns

Innerhalb des sozialpädagogischen Handelns treten beide Handlungsformen auf, das strategische Handeln wie auch das kommunikative Handeln. Wie kann sozialpädagogisches Handeln anhand der Theorie des kommunikativen Handelns legitimiert und begründet werden? Der einfachste Fall bezieht sich auf rein kommunikative Handlungen. Wenn durch eine Intervention eine Norm herbeigeführt werden kann, welche allgemein anerkannt ist und auf verallgemeinerbaren Interessen beruht und dies durch rein kommunikatives Handeln geschieht, so kann ein Einverständnis zwangsfrei herbeigeführt werden kann, die Intervention oder die Verhaltensverbesserung ist legitimierbar. Dies kann durch Argumentation, Diskurs und Verständigung erreicht werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Kommunikationsteilnehmer über kommunikative Kompetenz, Performanz und Kritikfähigkeit verfügen. Auf diese Weise können nur Normen vermittelt werden, welche auf verallgemeinerbaren Interessen beruhen, da alle anderen Normen im Prozess der Argumentation auf ihre partikularen Interessen zurückgeführt wurden. Beide Kommunikationsteilnehmer konnten sich einigen, der Zwang zur Legitimation entfällt. Zwang zur Legitimation entsteht bei strategischem Handeln. Soziales Handeln kann auch strategisches Handeln sein, bei welchem der Konsens der Beteiligten nicht gegeben ist. Jedoch ist es nur unter bestimmten Voraussetzungen legitim, nämlich dann, wenn es zum Ziel hat, eine kommunikative Situation (wieder-)herzustellen. Das strategische Handeln muss offen als solches deklariert werden. Strategisches Handeln muss sich doppelt legitimieren, einerseits über seine Ziele und andererseits durch seine Erfolge. Die Ziele müssen zurückzuführen sein auf verallgemeinerbare Interessen. Der Erfolg strategischer Handlungen lässt sich daran messen, dass sich die Intervention in die Richtung der angegebenen Ziele hin bewegt. (Graf, 1988, S. 20 ff) *«Zusammenfassend kann an dieser Stelle gesagt werden, dass sozialpädagogische Handlungen dann aus der Sicht*

der Theorie des kommunikativen Handelns legitimiert werden können, wenn ihre Motive aus den verallgemeinerungsfähigen Interessen genährt werden, ihre Ziele mit diesen Interessen in Einklang gebracht werden können, ihre Methoden und Schritte in einem praktischen Diskurs rationalisiert werden können, sowie ihre Folgen empirisch festgestellt und einem theoretischen Diskurs zugeführt werden können.» (Graf 1988, S. 21)

Sozialintegration und Systemintegration

Integration kann laut Habermas unterschieden werden in soziale Integration, so genannte «*Sozialintegration*» und systemische Integration, so genannte «*Systemintegration*». Sozialintegration basiert auf der inneren Zustimmung des Individuums zur sozialen Ordnung, es besteht kein äußerer Zwang. Es ist eine Zustimmung über verinnerlichte Normen. Die Sozialintegration ist soziales Handeln und kann über die beiden Formen sozialen Handelns, kommunikatives und strategisches Handeln erfolgen. Das legitime strategische Handeln hat jedoch längerfristig immer die Herstellung einer kommunikativen Situation zum Ziel. Als Basis für eine legitime Normenvermittlung gilt immer deren zugrunde liegenden verallgemeinerbaren Interessen, sowie deren Disposition im kommunikativen Diskurs auf ihre Gültigkeit überprüft werden zu können. Wenn nun in der Sozialintegration Krisen auftreten, wenn die sozialintegrative Struktur und somit die Reproduktion der Lebenswelt gestört ist und die Zustimmung des Individuums zur sozialen Ordnung nicht mehr gegeben ist, so kann es zu einer Systemintegration kommen. Das Individuum stimmt nicht mehr zu, es wird äußerer Zwang angewendet um die Zustimmung zur sozialen Ordnung herzustellen. Wenn es dann zu einer sozialpädagogischen Intervention kommt, mit anderen Worten zu einem Eingriff des Staates, so wird die sozialpädagogische Integration systemischer. Jeder Eingriff des Staates ist legitimationsbedürftig. Je systemischer die Intervention, desto höher der Legitimationsdruck. Systemintegration basiert nicht auf Konsens der Betroffenen, sie basiert auf strategischem, ergebnisorientiertem Handeln. Legitim ist dies nur dann, wenn das Ziel die Wiederherstellung einer kommunikativen Situation ist, angestrebt wird wieder eine Sozialintegration. Mit anderen Worten: Systemintegratives Handeln geschieht über strategisches Handeln und ist nur legitimierbar, wenn dadurch wieder kommunikatives Handeln erreicht werden kann. (Graf 1993, S. 85 ff)

6.4.2 Reflexion

Beispiel

Um die eben erläuterte Unterscheidung von Sozialintegration und Systemintegration an einem Beispiel zu verdeutlichen: Primärsozialisation geschieht in der Regel in Familien. In Familien werden Lebenswelten reproduziert. Die Funktion der Familie in der Gesellschaft ist die Sozialisation von Menschen und somit ihre Integration in die Gesellschaft. Sozialintegration in der Familie kann über kommunikatives Handeln geschehen oder über strategisches Handeln. Beispielsweise braucht es bei Kleinkindern vermehrt strategisches

Handeln, da sie noch nicht an kommunikativen Prozessen teilnehmen können. Wenn die Sozialintegration in der Familie scheitert und eine sozialpädagogische Intervention notwendig wird, so ist die Intervention eine Systemintegration. Wenn ein Jugendlicher ohne dessen Konsens in ein Jugendheim platziert wird, so ist dies Systemintegration die über strategisches Handeln erfolgt. Diese Intervention ist nur dann legitimierbar wenn das längerfristige Ziel die Ermöglichung einer kommunikativen Situation für den Jugendlichen im Heim ist und es wieder zu sozialintegrativen Prozessen kommen kann welche auf Verständnis und Kommunikation basieren. Die Normen, welche bei den Überlegungen für die Intervention ausschlaggebend sind müssen einem Diskurs über deren Gültigkeit standhalten können, es müssen Normen sein, die auf verallgemeinerbaren Interessen basieren und von der Gesellschaft akzeptiert sind, nicht nur letzteres.

Die Verbindung zur Politik

Die Theorie von Graf liefert eine Möglichkeit, die Interventionen der Sozialen Arbeit auf ihre Legitimität hin zu prüfen. Gleichzeitig eröffnet dies auch die Möglichkeit, die politischen Strukturen, in welche die Soziale Arbeit eingebunden ist, auf ihre Legitimität hin zu prüfen. Angestrebt wird eine Rückbindung auf verallgemeinerbare Interessen, also eine Berücksichtigung der Mehrheit der Interessen anstelle von Interessen der Mehrheit. Dies ist übertragbar auf die Politik, denn eine funktionierende Demokratie sollte zur Verwirklichung eben dessen beitragen. Eine Soziale Arbeit, welche zur Erhöhung der Integrationskraft der Gesellschaft beitragen will hat somit gleiche Interessen wie eine legitime Politik haben sollte. Mit der Legitimitätsprüfung und dem kontinuierlichen Diskurs können gesellschaftliche und politische Strukturen dahingehend überprüft werden, ob sie gestützt und gestärkt werden sollen oder ob sie gegebenenfalls über Diskurse entlegitimiert werden sollen. Soziale Arbeit ist nicht bloss ausführendes Organ des Staates, sie hat die Aufgabe und die Möglichkeit, den Integrationsumfang der Gesellschaft zu erhöhen. Die Unterscheidung in Systemintegration und Sozialintegration sowie die daraus resultierende Unterscheidung, wann eine Systemintegration legitim ist und wann nicht, ist übertragbar auf allgemeine Machtstrukturen. Das Kriterium für legitime Anwendung von Macht ist die Herstellung einer kommunikativen Situation, auf die Politik bezogen heisst das, dass ein gesellschaftlicher Diskurs entstehen kann, an dem sich alle Gesellschaftsmitglieder beteiligen können. Hier entsteht wiederum eine Parallele zum passiven Widerstandsrecht, das Recht, Diskurse zu forcieren und somit die geltenden Normen auf ihre Gültigkeit hin zu hinterfragen. Das passive Widerstandsrecht kann von allen Gesellschaftsmitgliedern beigezogen werden, es ist nicht begrenzt auf die eingeschränkte Partizipation institutioneller Politik. Staatliches Handeln ist in modernen Gesellschaften legitimationsbedürftig. Soziale Arbeit ist in gewissen Situationen Ausdruck von illegitimen Strukturen. Dadurch, dass sie durch ihre Interventionen die gegebenen Strukturen entlegitimieren kann, entsteht Veränderungspotenzial sowie die Möglichkeit zur Erhöhung der gesellschaftlichen Partizipation. Sowohl sozialarbeiterisches Handeln als auch politisches Handeln sollen zum Ziel haben, die Legitimation für die soziale Ordnung zu erhöhen. Dies kann geschehen durch das Aufdecken von Partikularinteressen.

sen zugunsten einer Beachtung von verallgemeinerbaren Interessen. Dadurch sollen aber nicht alle Interessen gleich gemacht werden, es braucht eine Gemeinschaft, welche Individualität und verschiedenen Interessen zulässt. Es braucht eine Balance zwischen der Wahrung der Individualität und der Gesellschaft.

Integration und Legitimation der sozialen Ordnung

Integration ist die Zustimmung zu einer sozialen Ordnung, die Bildung einer gesellschaftlichen Einheit. Integration ist auch durch Zwang möglich. Die Frage, die sich der Sozialen Arbeit stellt, durch ihre Aufgabe, Menschen in ihrer Integration in die Gesellschaft zu unterstützen ist, welche Art von Integration sie durch die aktuellen Praxen unterstützt. Ist es eine Integration aus Verständnis, oder eine Integration aufgrund von Unterwerfung unter die Normen? Die Unterscheidung, die Habermas vornimmt in Normen des allgemeinen Interesses und Normen, die Partikularinteressen als Grundlage haben, sowie sein Vorschlag für kommunikatives Handeln, um diese Normen einer diskursiven Prüfung zu unterziehen können, kann helfen, sich über die Richtung, in die eine integrierende Intervention zielt, klar zu werden und diese dementsprechend auszugestalten oder zu verändern. Wenn eine Intervention nicht auf kommunikatives Handeln abzielt, oder damit kommunikatives Handeln nicht erreicht werden kann, so muss die Intervention verändert werden.

Reflexion auf das Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit

Das Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit betont in hohem Masse die Notwendigkeit von Kritik und Reflexion der Sozialen Arbeit. Kritik einerseits an den gegebenen Verhältnissen und andererseits im Sinne von Selbstkritik. Gleichzeitig wird die Wichtigkeit des Diskurses betont, der gesellschaftliche Diskurs um Deutungsmacht und Wirklichkeitswahrnehmung, aber auch den Diskurs innerhalb der Profession, um Theorien und Praxen zu diskutieren auf ihren Beitrag zu einem emanzipatorischen, gesellschaftlichen Fortschritt. Hier wird eine Parallele sichtbar zur gesellschaftstheoretischen Perspektive von Graf. Die Ermöglichung des Diskurses ist eine Voraussetzung, um Normen auf ihre Gültigkeit hin zu prüfen. Dies wiederum ist Voraussetzung, um Handlungen auf ihre Legitimität hin zu prüfen. Eine legitime Demokratie beruht auf verallgemeinerbaren Interessen, welche im Diskurs ausgehandelt werden. Nach Graf sollen Diskurse kommunikative Situationen sein, in welchen sich möglichst alle betroffenen Individuen am Diskurs beteiligen können und ihre Erfahrungen und Interessen auch aktiv und reflektiert in den Diskurs einbringen können. Geltungsansprüche der Kommunikation müssen erhoben werden können und auch problematisiert werden können. Die diskursive Prüfung von geltenden Normen kann als normative Orientierung dienen, ob gegebene Strukturen zu stützen sind oder zu problematisieren. Ich habe im Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit eine Tendenz festgestellt, dass der Fokus sehr stark auf die Problematisierung der gegebenen Strukturen liegt, weniger darauf, welche Strukturen erhalten bleiben sollen. Trotz dieser erkennbaren Tendenz gibt es Vertreterinnen und Vertreter des Denkmodells, welche auch die Erhaltung von gegebenen Struk-

turen betonen. Interessant finde ich die Unterscheidung in zwei Ebenen des Diskurses, welche im Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit angesprochen wird, einerseits der interne Diskurs und andererseits der gesellschaftliche Diskurs. Diese Unterscheidung lässt deutlich werden, dass es nicht nur um die Problematisierung der gegebenen Rahmenbedingungen geht sondern auch um die eigenen Praxen. Bei Graf sind diese beiden Perspektiven immanent, da es um eine diskursive Aushandlung von Normen geht, egal auf welcher Ebene.

Ich möchte hier noch auf den Punkt der normativen Orientierung eingehen. Das Denkmodell bezieht sich nicht auf eine einheitliche Denkrichtung oder Theorie. Deshalb sind verschiedene Ansichten vertreten. Ob Kritik auf der wissenschaftlichen Ebene einer normativen Orientierung bedarf, da sind beide Ansichten vertreten. Die einen pochen auf eine Neutralität wissenschaftlicher Kritik im Sinne einer reinen Analyse der gegebenen Verhältnisse, die anderen sagen, dass erst eine normative Orientierung, eine Deutung und Bewertung von Phänomenen, diese für sozialarbeiterische Perspektiven relevant machen. In Anlehnung an die gesellschaftstheoretische Perspektive von Graf kann ich feststellen, dass er zwar eine normative Orientierung gibt, nämlich die der Verallgemeinerbarkeit der Interessen und die Herstellung von kommunikativen Situationen. Diese normative Orientierung ist aber nicht an fixe Größen gebunden, wie zum Beispiel die Menschenrechte, sondern sie geht davon aus, dass über Diskurse die verallgemeinerbaren Interessen benannt werden können und somit zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung beitragen kann. Graf führt dies auf einer theoretischen Ebene aus, die Überlegungen sind jedoch übertragbar auf die Praxis. Da es sich um eine Theorie handelt, kann sie nie vollumfänglich in die Praxis umgesetzt werden, es kann aber ein möglichst hoher Grad an Umsetzung angestrebt werden.

6.5 Die doppelten Ansprüche von Gesellschaft und Adressatinnen und Adressaten

6.5.1 Die gesellschaftstheoretische Perspektive nach Graf

Vermittlung von Mündigkeit und sozialer Anerkennung

Graf stellt die Frage, unter welchen Voraussetzungen sich sozialpädagogische Handlungen begründen und rechtfertigen lassen, ohne die doppelten Ansprüche von Öffentlichkeit und Adressatinnen und Adressaten zu verleugnen. Die beiden Konzepte von Mündigkeit und sozialer Anerkennung stellen eine je einseitige Vermittlung dieser Individuums-Gesellschaftsproblematik dar. Die Sozialpädagogik muss sich beiden Problemen stellen: Einerseits dem Individuum, also dem Subjekt und andererseits dessen Intersubjektivität, also dessen Beziehungen. Hierfür analysiert Graf den Zusammenhang von Pädagogik und Sozialpädagogik. (Graf, 1996, S. 11) *«Pädagogik wird ihrem Ursprung nach als reflexiv-bildungszentriert beschrieben. Das Soziale wird wohl mitgedacht, aber in der Theorie werden weder seine gesellschaftlichen strukturierenden Wirkungen noch seine strukturellen Abhängigkeiten adäquat entfaltet. Sozialpädagogik wird ihrem Ursprung nach als reflexiv-gemeinschaftszentriert verstanden, als Gegenreaktion in dem Moment, wo die gesellschaftliche Problematik als soziale politisch thematisiert werden muss.»* (S. 11) Die Begründung sozi-

alpädagogischen Handeln wird einerseits auf der gesellschaftstheoretischen Ebene und andererseits auf einer bildungstheoretischen Ebene angestrebt (S. 13). Mündigkeit ist ein pädagogisches und sozialpädagogisch verbindliches Ziel. Die Fähigkeit eines Individuums, sich auf seine eigenen Erfahrungen beziehen, diese reflektieren und auch kommunizieren zu können, gibt den Grad seiner Bildung und somit seiner Mündigkeit wieder. (S. 187) *«Eine Demokratie, die nicht nur funktionieren, sondern ihrem Begriff gemäss arbeiten soll, verlangt mündige Menschen. Man kann sich verwirklichte Demokratie nur als Gesellschaft von Mündigen vorstellen.»* (Graf zitiert nach Adorno, 1996, S. 187) Der Begriff der Mündigkeit zentriert sich auf die subjektive Ebene, auf die Ebene der Bildung. Der Begriff der sozialen Anerkennung bezieht sich auf die intersubjektive Ebene, auf die Ebene der Sozialpädagogik (Graf, 1996, S. 192). Durch sozialpädagogisches Handeln wird versucht, die Chancen der Adressatinnen und Adressaten, auch ausserhalb des sozialpädagogischen Kontextes für zurechnungsfähig zu gelten, zu erhöhen. Bildungsprozesse erhöhen die Chance, die geltenden Normen bezüglich deren Rationalität zu hinterfragen. (S. 192) Laut Graf ist das doppelte Mandat ein Begriff, der die Realität unzureichend abbildet (S. 12). Sozialpädagogik wird als Vermittlung von Mündigkeit als pädagogischem Ziel auf der Seite der Subjektivität und sozialer Anerkennung in Form von Zurechnungsfähigkeit als pädagogischem Ziel auf der Seite der Intersubjektivität begriffen. Beide Konzepte sind aufeinander angewiesen. (S. 13) Es geht um seine Synthese zwischen der subjektzentrierten, bildungstheoretischen Pädagogik und der gemeinschaftsbezogenen, an den gesellschaftlichen Normen orientierten Sozialpädagogik. Individuum und Gesellschaft werden aufeinander bezogen, diese Beziehung muss reflektiert werden. Bildung und Demokratie sind die Hauptaspekte dieser Reflexion. Die Perspektive auf den Bildungsbegriff zeigt, dass dieser auf die Erhaltung der Authentizität des Subjektes zielt. Mündigkeit meint die Selbsterhaltung dieser Authentizität, indem sich das Subjekt auf seine eigene Erfahrung reflexiv beziehen kann, das heisst, dass es sich seiner Erfahrung bewusst ist. (S. 198) Das Konzept der Zurechnungsfähigkeit gibt die Möglichkeit, gesellschaftliche Normen zu begründen. Die Perspektive auf den Demokratiebegriff zeigt, dass demokratische Verfassungen eine normative Grundlage in verallgemeinerbaren Interessen haben. Diese haben konsensuelle Lösungen zur Voraussetzung. Zurechnungsfähigkeit ist die Voraussetzung für die Diskursteilnahme. (S. 199)

6.5.2 Reflexion

Reflexion auf den Begriff des Doppelten Mandates

Ich möchte hier der Verständlichkeit halber darauf hinweisen, dass das Politische Mandat nicht auf dem Doppelten Mandat beruht. Die Verbindung besteht diesbezüglich, dass viele der Autorinnen und Autoren sich auf das Doppelte Mandat beziehen, indem sie aufgrund des Politischen Mandates eine Positionierung auf der Seite der Adressatinnen und Adressaten fordern. Gegenstand der folgenden beiden Reflexionen ist, dass beide Modelle sich an einem Mandatsbegriff orientieren. Laut der gesellschaftstheoretischen Perspektive nach Graf ist die Soziale Arbeit ein Ausdruck der Gesellschaft, ein kritisches Moment. Die

Gesellschaft ist ein Geflecht von Beziehungen zwischen Individuen, Gruppen und Subsystemen, die untereinander interdependent sind. Die Soziale Arbeit ist lediglich ein Akteur in diesem Geflecht. So gesehen kann man Individuum und Gesellschaft nicht trennen und die Soziale Arbeit ist kein unabhängiger Akteur. Das Doppelmandat geht von zwei Anspruchsgruppen aus, das Tripelmandat sogar von drei, Graf lehnt dieses Verständnis ab, da sowohl die Adressatinnen und Adressaten als auch die Professionellen der Sozialen Arbeit selber Teil der Gesellschaft sind. Somit kann die Soziale Arbeit keine Aufträge weder von der Gesellschaft noch von anderen sozialen Akteuren erhalten. Nach Graf geht es in der Sozialen Arbeit nicht entweder um das Subjekt oder um die Gesellschaft. Vielmehr ist es eine gegenseitige Verflechtung. Aus diesem Grund ist eine Trennung nicht sinnvoll. Soziale Arbeit ist nicht Mandatsträger entweder von der Gesellschaft oder vom Individuum, sondern sie ist ein Ausdruck der gesamten Gesellschaft, mit all den Individuen die in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen. Trotzdem können die unterschiedlichen Ansprüche an die Soziale Arbeit nicht geleugnet werden. Laut Graf geht es aber um eine Vermittlung zwischen individuellen und gesellschaftlichen Ansprüchen. Er geht in seinem Konzept davon aus, dass sich die Integrationskraft einer Gesellschaft erhöht, je mehr sich die Individuen über kommunikative Prozesse in die Gesellschaft einbringen können und ein Diskurs entsteht. Dazu muss ein Individuum einerseits mündig sein, um sich mit seinen Erfahrungen in der Gesellschaft einbringen zu können und andererseits muss es sozial anerkannt sein damit das, wodurch sich das mündige Individuum in die Gesellschaft einbringt, auch von seinem Umfeld anerkannt wird und es zu einem gesellschaftlichen Diskurs kommen kann. Durch die Aufgabe der Sozialen Arbeit, die Integration der Individuen in die Gesellschaft zu unterstützen, gilt es, diese beiden Konzepte durch die Soziale Arbeit zu stärken. Mündigkeit wird auf der individuellen Ebene vermittelt, durch Bildung und durch die Reflexion der Erfahrungen. Die soziale Anerkennung wird auf der gesellschaftlichen Ebene vermittelt, es geht um die Sozialisation in einem geltenden Normengefüge. Ein Individuum, das zwar mündig ist auf der subjektiven Ebene, aber sich nicht am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen kann weil es nicht sozial anerkannt ist, also sich nicht im geltenden Normengefüge zurechtfindet, ist nicht hinreichend integriert. Seine Mündigkeit hilft ihm nicht, um seine mit seinen Anliegen Gehör zu finden. Hingegen ist ein Individuum, das so zu sagen überangepasst ist, sich an alle Normen hält, diese aber aufgrund fehlender Mündigkeit nicht auf ihre Gültigkeit prüfen kann, ist ebenfalls nicht hinreichend integriert. Es funktioniert zwar in der Gesellschaft, trägt aber nicht zu deren Gestaltung bei und entwickelt Verhaltensweisen die nicht aus eigener Überzeugung herrühren. Es gilt, eine Balance zwischen den beiden Konzepten zu finden, es braucht eine Stärkung beider, ohne dass das eine über das andere Überhand nimmt. Die Soziale Arbeit kann dazu beitragen, die Integrationskraft der Gesellschaft zu erhöhen, dadurch dass sie in der Arbeit mit Adressatinnen und Adressaten darauf zielt, deren Umfang an Mündigkeit und sozialer Anerkennung zu erhöhen und zwischen den beiden Konzepten zu vermitteln.

Reflexion auf das Denkmodell des Politischen Mandates

Das Denkmodell des Politischen Mandates baut auf einem Mandatsverständnis durch verschiedene Auftraggeber auf. Es wird von der Prämisse ausgegangen, dass Soziale Arbeit politisch handelt, respektive politisch handeln soll und sucht nach einer Legitimation für dieses explizit politische Handeln, die über die verschiedenen Auftraggeber hergeleitet wird. Diese sind einerseits die Gesellschaft, andererseits die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit und ebenfalls die Professionellen selber. Graf hingegen fragt nicht nach einer Legitimation für explizit politisches Handeln, sondern nach der Legitimation sozialpädagogischen Handelns und nach der Legitimität der sozialen Ordnung. Sozialpädagogisches Handeln wird als politisches Handeln verstanden. Von Vertreterinnen und Vertretern des Denkmodells des Politischen Mandates wurde beschrieben, dass die Soziale Arbeit ein politisches Mandat innehat und dass sich die Soziale Arbeit ihrer politischen Wirkung bewusst sein muss, da diese grundsätzlich in zwei Richtungen gehen kann. Wie bereits beschrieben, wird davon ausgegangen, dass sozialarbeiterisches Handeln entweder dazu beitragen kann, bestimmte Normalitätsvorstellungen durchzusetzen, oder es kann einen Beitrag zu einer emanzipierteren Gesellschaft leisten. Hier ist eine Parallele erkennbar zur gesellschaftstheoretischen Perspektive von Graf. Es wird genannt, dass die Soziale Arbeit einerseits eine norm-vermittelnde Instanz ist (gesellschaftliche Ebene) und andererseits eine Instanz ist, welche den Umfang an Mündigkeit (individuelle Ebene) erhöhen soll. Im Denkmodell des Politischen Mandates wird dieser Umstand jedoch im Unterschied zu Graf so dargestellt, dass die Soziale Arbeit *entweder* in die eine *oder* in die andere Richtung wirkt. Die norm-vermittelnde Funktion Sozialer Arbeit wird negativ dargestellt im Sinne einer Reproduktion von Ungleichheiten. Graf sieht die Aufgabe der Sozialen Arbeit darin, eine Balance zwischen den beiden Konzepten zu finden. Es braucht die norm-vermittelnde Funktion Sozialer Arbeit im Sinne einer Erhöhung der sozialen Anerkennung. Individuen müssen von der Gesellschaft anerkannt sein um sich am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen zu können, dies wird erreicht durch gemeinsame Normen, auf deren Basis ein Diskurs möglich wird. Die Normen selber müssen jedoch auch zum Diskurs stehen, es sollen verallgemeinerbare Normen sein welche über kommunikative Prozesse erreicht werden. Wenn jedoch die norm-vermittelnde Funktion der Sozialen Arbeit Überhand nimmt und die Normen nicht zum Diskurs stehen, so kann es zu oben genannten negativen Effekten führen. Mündigkeit braucht es ebenfalls um am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen zu können, die eigenen Erfahrungen müssen aktiv in den Diskurs eingebracht werden können und Normen müssen auf ihre Gültigkeit hin geprüft werden können. Die in Publikationen über das Politische Mandat oft genannte Parteilichkeit mit den Adressatinnen und Adressaten wird aufgrund dieser dualen Aufgabe der Vermittlung von Mündigkeit und Sozialer Anerkennung nicht negiert, aber relativiert. Unter Parteilichkeit wird genannt, dass es darum geht, basierend auf den Interessen und Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten, sich für diese Menschen einzusetzen. Unter der Perspektive von Graf beleuchtet würde das heissen, dass das Konzept der Mündigkeit, der Selbst-authentizität und der Eigeninteressen einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Wie aus Grafts Ausführungen zu entnehmen ist, ist aber

die Erhöhung der sozialen Anerkennung, das heisst die Fähigkeit über gemeinsame Normen am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen zu können ebenso wichtig. Es sind beide Konzepte im Interesse der Adressatinnen und Adressaten, obwohl die norm-vermittelnde Funktion der Sozialen Arbeit auf den ersten Blick oftmals gesehen wird als ein Anpassungsinstrument, welches nicht im Interesse der Adressatinnen und Adressaten liegt. Je mehr Individuen am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen können, desto mehr wird die Integrationskraft einer Gesellschaft erhöht und können demokratische Strukturen verwirklicht werden. Die Theorie von Graf bezieht sich in diesem Zusammenhang darauf, dass jene Normen, welche von der Sozialen Arbeit in Sozialisationsprozessen vermittelt werden, erstens verallgemeinerbare Interessen sein sollen, das heisst es sollen keine Normen sein, die auf Partikularinteressen beruhen und nur einer privilegierten Minderheit Nutzen bringen und zweitens sollen diese Normen in einem Diskurs ausgehandelt werden können, sie müssen der Prüfung auf ihre Gültigkeit standhalten können. Der heikle Punkt ist meines Erachtens, dass dies in der Realität oft nicht der Fall ist. Normen werden vermittelt, weil sie faktisch von der Gesellschaft akzeptiert wurden. In diesem Falle, wenn sich die Soziale Arbeit an der Vermittlung solcher Normen beteiligt, so wirkt sie als illegitimes Anpassungsinstrument an herrschende Zustände. Es gilt also immer, diese Unterscheidung zu machen. Im Denkmodell des Politischen Mandates wird in wenigen Beiträgen erwähnt, dass die Wünsche der Adressatinnen und Adressaten nicht der alleinige Massstab sein können, es darf keine radikale Orientierung sein, sondern soll verstanden werden als grundsätzliche Option für die Schwächeren, ohne jedoch die Komplexität sozialer Systeme zu ignorieren. Dies kann so gedeutet werden, dass es nicht um ein blindes Ermöglichen der Wünsche der Adressatinnen und Adressaten geht sondern dass auch die norm-vermittelnde Funktion der Sozialen Arbeit in den komplexen sozialen Systemen ihre Rechtfertigung hat, solange sie ihre grundsätzliche Option für die Schwächeren nicht aus den Augen verliert.

7 Schlussfolgerungen

7.1 Erkenntnisse

Die durch die Textanalysen gewonnenen Erkenntnisse über die verschiedenen Verständnisse von Politik haben die Heterogenität und die Vielfalt an Politikverständnissen und Demokratieverständnissen hervorgehoben, welche in den Denkmodellen vorkommen. Durch die Analyse wurde sichtbar, dass viele Autorinnen und Autoren ihr Verständnis von Politik nicht benennen. Der Begriff wird als fixe Grösse verwendet mit einer selbstverständlichen Bedeutung. So kommt es vor, dass Personen, die zum gleichen Denkmodell publizieren, ein anderes Verständnis von Politik vertreten. Durch die Reflexion an der gesellschaftstheoretischen Perspektive nach Graf konnten diese verschiedenen Politikverständnisse benannt und spezifiziert werden. Konkreten Nutzen sowie Begrenzungen der Denkmodelle haben sich an drei verschiedenen Arbeitsschritten herauskristallisiert. Erstens an der Differenzierung der Politikverständnisse, wobei interessant ist, dass sich trotz der Heterogenität der Verständnisse gewisse Tendenzen innerhalb der Denkmodelle abzeichnen. Zweitens gibt die Kategorisierung der Handlungsvorschläge wie auch die verschiedenen Verständnisse des politischen Aspektes der Sozialen Arbeit Anhaltspunkte dafür. Drittens konnten durch die Konfrontation mit der gesellschaftstheoretischen Perspektive einzelne Punkte der Denkmodelle problematisiert werden und auf diese Weise auf Nutzen und Begrenzungen der Denkmodelle aufmerksam gemacht werden. Gleichzeitig konnte aus der gesellschaftstheoretischen Perspektive selber, Nutzen für die Praxis abgeleitet werden. Ich werde im Folgenden auf jedes Denkmodell eingehen und im Anschluss allgemeine Schlussfolgerungen ziehen.

7.2 Nutzen und Begrenzungen des Denkmodells des Politischen Mandates

Aus der Konfrontation der Ergebnisse der Textanalyse zu den vertretenen Politikverständnissen im Denkmodell des Politischen Mandates mit der gesellschaftstheoretischen Perspektive nach Graf ging hervor, dass tendenziell von einem liberalen und institutionellen Politikverständnis ausgegangen wird, in dem die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen nicht zur politischen Debatte stehen. Innerhalb der so genannten Doppelfunktion der Sozialen Arbeit positionieren sich Vertreterinnen und Vertreter des Politischen Mandates auf der Seite der Adressatinnen und Adressaten. Handlungsvorschläge auf der ausserinstitutionellen Ebene, der Kategorie B, werden fast keine gemacht. Das illustriert den geringen Stellenwert, den diese Ebene in diesem Denkmodell einnimmt. Am meisten Handlungsvorschläge werden in der Kategorie D gemacht, Handlungsvorschläge, welche sich auf innerprofessionelle Handlungen und Haltungen sowie auf den Berufsethos beziehen. Gefolgt werden diese von Vorschlägen der Kategorie A, Handlungsvorschläge, welche sich auf die institutionelle Politik beziehen. Trotz diesem zweiten Platz hat sich in der Analyse gezeigt, dass dies der Schwerpunkt des Denkmodells ist. Die Gestaltung der institutionellen Politik, im Speziellen der Sozialpolitik, wird von der Mehrheit der Autorinnen und Autoren wiederholt genannt. Auch der politische Aspekt der Sozialen Arbeit wird dahin-

gehend beschrieben, dass die Soziale Arbeit Bestandteil der Sozialpolitik ist und diese in einer Wechselwirkung beeinflussen kann. Dabei wird ersichtlich, dass das Politische Mandat, wie dies in der Darstellung zum Ausdruck kommt, nach einer Legitimation fragt für explizit politisches Handeln im Sinne einer klassischen, institutionellen Politik.

Die Konfrontation mit der Gesellschaftstheorie hat nun verschiedene Begrenzungen des Denkmodells aufgezeigt. Das gesellschaftstheoretische Verständnis von Sozialpolitik als entpolitisierte Politik zeigt auf, dass der Schwerpunkt des Denkmodells auf Veränderungen zielt, welche sich nicht auf eine grundsätzliche Neuorientierung der gesellschaftlichen Verteilung von Macht und Ressourcen bezieht. Die gesamtgesellschaftlichen Strukturfragen geraten aus dem Blickfeld zugunsten von kurzfristigen Verbesserungen für die Lebensbedingungen der Adressatinnen und Adressaten. Ursachen von sozialen Ungleichheiten werden somit nicht angegangen.

Eine weitere Begrenzung zeigt sich in der Orientierung am Mandatsbegriff. Dieser stellt verschiedene Akteure in einen unüberwindbaren Gegensatz, in dem sich die Soziale Arbeit zu positionieren hat. Die gesellschaftstheoretische Perspektive zeigt auf, dass die Gesellschaft ein untrennbares Ganzes ist und somit die Soziale Arbeit, selber auch Teil davon, keine Aufträge von einzelnen Akteuren der Gesellschaft haben kann. Soziale Arbeit hat ihren Ursprung in politischen Strukturen, ihre Existenz zeugt von politischen Strukturen, welche eine Soziale Arbeit hervorgebracht haben. Somit ist sie ein kritisches Moment der Gesellschaft und nicht eine Empfängerin von Aufträgen. Die unterschiedlichen Ansprüche der einzelnen Akteure werden anerkannt, jedoch sollen diese einer diskursiven Legitimitätsprüfung standhalten können. Durch die Theorie des kommunikativen Handelns und der Vermittlung von Mündigkeit und Sozialer Anerkennung wird erkennbar, dass es die Förderung der Subjektivität wie auch der Intersubjektivität braucht, um eine möglichst legitime demokratische Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der die Mehrheit der Interessen und nicht die Interessen der Mehrheit beachtet werden. Diese Legitimitätsprüfung gerät in einen Widerspruch mit einem Politikverständnis, in welchem die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen nicht zur Disposition stehen. Diese sind laut Graf durch das passive Widerstandsrecht hinterfragbar und gegebenenfalls zu verändern.

Ein problematischer Punkt bezüglich der Beeinflussung der institutionellen Politik sehe ich darin, dass diese sich an einer Mehrheitsmeinung orientiert, welche zwar beeinflusst werden kann, aber gleichwohl eine Mehrheitsmeinung ist. Deshalb braucht es andere Handlungsformen, um die Interessen der Minderheiten ebenfalls mitzubeachten. Hier ist meines Erachtens der theoretische Vorschlag von Graf nützlich, denn er bezieht sich auf die Integrationsform der Gesellschaft, in dem ein Individuum sich am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen können soll, dies durch die eigene Mündigkeit und soziale Anerkanntheit. Je mehr Individuen sich mit ihren Interessen in den Diskurs einbringen und diese auch geltend machen können, desto mehr steigt die Legitimität der sozialen Ordnung, da vermehrt die Mehrheit der Interessen wahrgenommen werden. Über die institutionelle Politik allein werden Ungleichheiten verfestigt, welche institutionell bereits vorhanden sind.

Einen Nutzen des Denkmodells sehe ich darin, dass es eine Fülle von Handlungsvorschlägen aufzeigt für die Beeinflussung der institutionellen Politik, die in der Praxis umsetz-

bar sind. Auch wenn grundsätzlich Veränderungen angestrebt werden sollten, welche über die sozialpolitische Ebene hinausgehen, so sind die sozialpolitischen Bedingungen trotzdem nicht zu vernachlässigen, denn es geht um die Bedingungen, die für Menschen gelten, die sich aktuell in prekären Situationen befinden und die nicht darauf warten können, bis gesamtgesellschaftliche Veränderungen eintreten. Dazu gehört auch das Einfordern der nötigen finanziellen Mittel um eine Soziale Arbeit leisten zu können, welche die Unterstützung der Adressatinnen und Adressaten nach fachlichen Kriterien gewährleisten kann. Es braucht meines Erachtens also beides, sowohl Engagement auf der institutionellen Ebene der Sozialpolitik, als auch Engagement, auf institutioneller und ausserinstitutioneller Ebene, zur Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Politik, der grundsätzlichen Verteilung der Macht und der Ressourcen. Es ist von Nutzen, wenn man diese beiden Ebenen unterscheiden kann und sich bewusst ist, auf welche Ebene sich die eigenen Handlungen beziehen. Einen konkreten Nutzen der gesellschaftstheoretischen Perspektive sehe ich darin, dass sie aufzeigt, dass die Soziale Arbeit dazu beitragen kann, Unbewusstmachungsprozesse aufzudecken, solche Mechanismen und Zusammenhänge aufzuzeigen und das Bewusstsein darüber bei Adressatinnen und Adressaten und der Öffentlichkeit zu erweitern.

Einen weiteren Nutzen des Denkmodells in Verbindung mit der gesellschaftstheoretischen Perspektive ziehe ich aus dem Begriff der Parteilichkeit. Die klare Positionierung des Denkmodells für eine Anwaltschaftlichkeit auf der Seite der Adressatinnen und Adressaten entspricht einer grundsätzlichen Haltung, der ich zustimme. Jedoch hat die Konfrontation mit der Gesellschaftstheorie mein Verständnis für den Begriff der Parteilichkeit erweitert, respektive Begrenzungen des Denkmodells aufgezeigt, dies in zwei Punkten. Der erste Punkt ist der, dass das Konzept der Gesellschaftstheorie, welches von verallgemeinerbaren Interessen und der Erhöhung der Sättigung des gesellschaftlichen Diskurses ausgeht, eine Option für gerechtere Verhältnisse für alle Menschen ergreift, nicht explizit für die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit, dass diese aber dadurch automatisch mitberücksichtigt werden. Der zweite Punkt ist der, dass die gesellschaftstheoretische Perspektive eine Möglichkeit eröffnet, der so genannten Doppelfunktion der Sozialen Arbeit zu begegnen. Parallel zur Begründung der Ablehnung des Mandatsbegriffes, können die Ansprüche von Gesellschaft und Individuum nicht gegeneinander ausgespielt werden, die Soziale Arbeit muss sich nicht für oder gegen die eine Seite positionieren. Vielmehr geht es um die Legitimität der Ansprüche beider Seiten. Im Sinne der Erhöhung der sozialen Anerkennung muss die Soziale Arbeit auch normierende Interventionen ausführen, aber nur solange sie im Interesse einer Herstellung von kommunikativen Situationen und von Sozialintegration steht. So können Interventionen, welche das Individuum lediglich an staatliche Strukturen anpassen sollen und der Konformität und partikularen Interessen dienen, abgelehnt werden. Im Sinne der Erhöhung der Mündigkeit der Individuen können Bildungsprozesse initiiert werden und Menschen dazu befähigt werden, ihre Interessen im Diskurs einzubringen. Ich möchte hierbei anmerken, dass in Anbetracht dessen, dass in der Praxis die strukturellen Machtverhältnisse meist zu Ungunsten der Adressatinnen und Adressaten ausgestaltet sind und Diskursmöglichkeiten beschränkt sind, meines Erachtens eine

grundsätzliche Parteilichkeit für die Adressatinnen und Adressaten doch ein Orientierungspunkt für die Praxis darstellt.

7.3 Nutzen und Begrenzungen des Denkmodells der Repolitisierung

Das Denkmodell der Repolitisierung zeigt im Vergleich zu den anderen beiden Denkmodellen die heterogensten Verständnisse von Politik. Unter den bearbeiteten Texten findet sich ein breites Spektrum von den, durch die gesellschaftliche Perspektive nach Graf deutlich gewordenen, Politikverständnissen. Dies geht einher mit der Beobachtung, dass sich das Denkmodell sowohl auf das Politische Mandat, wie auch auf die Kritische Soziale Arbeit bezieht, es ist mehr als Appell zu verstehen, die Soziale Arbeit vermehrt unter einer politischen Perspektive zu betrachten und dahingehend zu handeln. Die institutionelle Politik wird als Verständnis ebenso vertreten wie die Ausserinstitutionelle und ob die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Disposition stehen oder nicht, wird diskutiert. Eine leichte Tendenz, hauptsächlich beim politischen Aspekt der Sozialen Arbeit, ist erkennbar hin zu einem Verständnis einer Politik im institutionellen Sinne. Der Bezug zum liberalen Demokratieverständnis wird ebenso gemacht wie der zum Egalitären. Hinsichtlich dieser Gegenüberstellung wurde bei der gesellschaftstheoretischen Perspektive deutlich, dass sie die Widersprüche der beiden Verständnisse thematisiert, dass sie aber nicht für das eine oder für das andere plädiert, sondern die Wichtigkeit einer Balance hervorhebt. In einer legitimen Demokratie muss es Anteile beider Demokratieverständnisse geben, um die verallgemeinerbaren Interessen berücksichtigen zu können. Die meisten Handlungsvorschläge wurden in der Kategorie D gemacht, Handlungsvorschläge, welche sich auf innerprofessionelle Handlungen und Haltungen sowie auf den Berufsethos beziehen. Gefolgt wird die Kategorie D von der Kategorie C, Handlungsvorschläge, welche sich auf die Öffentlichkeit beziehen. Die Öffentlichkeitsarbeit wird in diesem Denkmodell mit Nachdruck immer wieder erwähnt, einerseits da die Öffentlichkeit auf die institutionelle Politik Einfluss nehmen kann, andererseits weil sie auch über ausserinstitutionelle Kanäle die politischen Rahmenbedingungen beeinflussen kann. Die Problematisierung sozialer Konflikte im öffentlichen Raum wird als wichtiges politisches Mittel betrachtet. Dieser Fokus auf den Einbezug der Öffentlichkeit sehe ich als einen Nutzen für die Praxis, da dieser auf verschiedenen Ebenen geschehen kann und meines Erachtens sehr effektiv ist, um Probleme zu thematisieren und den Diskurs anzuregen. Einen weiteren Nutzen für die Praxis sehe ich dahingehend, als dass dieses Denkmodell die historische Perspektive mit einbezieht. Dies ist zwar nicht für Handlungen in der Praxis nützlich, jedoch dafür, um das eigene politische Bewusstsein in einen Bezugsrahmen setzen zu können und aus historischen Perspektiven zu lernen. Die Differenzierung, dass in gewissen Punkten an Vergangenen angeknüpft wird, jedoch nicht eine Wiederherstellung der vergangenen Zustände angestrebt wird, ermöglicht eine differenzierte Reflexion auf die eigene Haltung. Ebenfalls ist eine Reflexion geschichtlicher Entwicklungen in der Sozialen Arbeit hilfreich um aktuelle Verhältnisse zu begreifen, beispielsweise die Theorieentwicklung in der Sozialen Arbeit und in diesem Zuge die aktuelle Fokussierung auf individuumszentrierte Problemlösungsstrategien.

Die Differenzierung des Begriffs der Rahmenbedingungen in verfassungsmässig institutionalisierte Rahmenbedingungen und solche, die innerhalb dessen nur für bestimmte Teilbereiche, beispielsweise innerhalb der Sozialpolitik gelten, hat gezeigt, dass der Begriff in den Denkmodellen oft undifferenziert verwendet wird und dass auf den ersten Blick nicht ersichtlich ist, auf welche Ebene sich die Publikationen beziehen. In der gesellschaftstheoretischen Perspektive spricht Graf von einem übergeordneten Staatsverständnis, von dem abhängt ob die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen zur Disposition stehen oder nicht. Aus der Analyse ist deutlich geworden, dass im Denkmodell der Repolitisierung häufig auf die inneren Rahmenbedingungen Bezug genommen wird, seltener auf die gesamtgesellschaftlichen.

7.4 Nutzen und Begrenzungen des Denkmodells der Kritischen Sozialen Arbeit

Im Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit kommt in Abgrenzung zu den beiden anderen Denkmodellen tendenziell ein Politikverständnis zum Vorschein, welches die verfassungsmässig institutionalisierten Rahmenbedingungen grundsätzlich zur Disposition und Veränderung stellt. Der Fokus liegt auf einer Aushandlung und einem Diskurs, welcher diese Rahmenbedingungen infrage stellt und auf ihre Gültigkeit hin überprüft. Die Deutung der Wirklichkeit passiert laut diesem Denkmodell in Diskursen. Der gesellschaftliche Diskurs kann über ausserinstitutionelle Kanäle geführt werden. Gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen sowie etablierte Rechtsnormen sollen nicht als naturgegeben akzeptiert werden. Auch hier wird eine Abgrenzung zu den anderen beiden Denkmodellen sichtbar, welche sich vermehrt auf eine institutionelle Politik beziehen. Das Modell der Kritischen Sozialen Arbeit schliesst die institutionelle Politik nicht aus, der Fokus liegt aber auf dem gesellschaftlichen Diskurs, der Kritik und der Reflexion. Hier wird eine Parallele zu den Ausführungen der Gesellschaftstheorie sichtbar, welche als Ziel die Herstellung kommunikativer Situationen hat. In Diskursen sollen Normen ausgehandelt werden, das Ziel Sozialer Arbeit ist die Erhöhung des Grades an Mündigkeit und Sozialer Anerkennung um die Erhöhung des Diskurses in der Gesellschaft zu ermöglichen und somit die Legitimität der Demokratie zu erhöhen. Es ist erkennbar, dass von normativen Orientierungen im Sinne von verfestigten Normen eher Abstand genommen wird zugunsten des direkten Diskurses. Das Recht zum passiven Widerstand ist in dem Denkmodell erkennbar, es wird relativ oft Bezug genommen auf ausserinstitutionelle Politik und auf Kritikformen, welche die grundsätzlichen Rahmenbedingungen in Frage stellen. Die Öffentlichkeit hat einen hohen Stellenwert und auch die Rolle der Sozialen Arbeit in der Gesellschaft ist Gegenstand stetiger Reflexion. Der politische Aspekt der Sozialen Arbeit wird tendenziell in ihrer Kritik- und Reflexionsfähigkeit gesehen und darin, dass sie die daraus gewonnenen Erkenntnisse in die Öffentlichkeit trägt und somit Veränderungen initiiert. Wie auch in den beiden anderen Denkmodellen werden am meisten Handlungsvorschläge in der Kategorie D gemacht, welche sich auf innerprofessionelle Handlungen und Haltungen sowie auf den Berufsethos beziehen. Ich interpretiere dies dahingehend, dass die Denkmodelle in der aktuellen Debatte um politische Soziale Arbeit hin diskutiert werden, diese Debatte wird zumeist von Sozialarbeitenden geführt

und bezieht sich auf Sozialarbeitende, somit sind auch die Handlungsvorschläge oftmals auf Handlungen innerhalb der Profession bezogen. Gefolgt wird diese Kategorie von Handlungsvorschlägen der Kategorie C, Handlungsvorschläge, welche sich auf die Öffentlichkeit beziehen. Dies verdeutlicht den oben genannten Fokus. Am wenigsten Nennungen wurden in der Kategorie B gemacht, die Ebene der ausserinstitutionellen Politik, obwohl aus der Textanalyse hervorging, dass diese Ebene wiederholt betont wird.

Einen Nutzen dieses Denkmodells sehe ich in seiner theoretischen Offenheit. Es ist eine breite Strömung mit der Grundhaltung der Kritik und der Reflexion und mit der Überzeugung dass die Soziale Arbeit die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht als gegeben hinnehmen muss. Der Fokus auf das Verständnis der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und die Erarbeitung von Alternativen lässt einen konkreten Praxisbezug herstellen. Einen weiteren Nutzen sehe ich dahingehend, dass zum einen Wert darauf gelegt wird, kritische Bewegungen zu bündeln und Netzwerkarbeit zu leisten um gemeinsam mehr Widerstandskraft und eine breitere Argumentationsbasis zu haben. Durch das Austauschen von Erfahrungen und der gemeinsamen Artikulierung von Kritik kann dem Ohnmachtsgefühl des Einzelnen entgegengewirkt werden. Zum anderen wird aber auch den lokalen, kleinen Bewegungen Wichtigkeit zugesprochen, denn im lokalen Kontext können Menschen besser Bezüge herstellen, Kritik und Alternativen werden greifbarer und konkreter. Es ist die Wirkung von vielen kleinen lokalen Veränderungen, welche gesamtgesellschaftliche Veränderungen erzeugen können.

Gleichzeitig werden auch Begrenzungen des Denkmodells sichtbar. Einerseits besteht die Gefahr, dass die Strömung sich zerstreut, dass sie von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird und dass es aufgrund der fehlenden theoretischen Fundierung zu einer diffusen heterogenen Strömung wird. Die Nutzung neuer Organisationsformen und Medien ist meines Erachtens ein Nutzen dieses Denkmodells. Über interdisziplinäre Arbeitskreise, welche das Internet und soziale Medien nutzen, ist eine Vernetzung von kritischen Professionellen und die Verbreitung von Wissen vereinfacht worden. Tagungen und Treffen werden überregional veranstaltet und sind zum Teil im Internet verfolgbar. Die Strömung hat die Form einer sozialen Bewegung innerhalb der Profession angenommen. Was mir bei diesem Denkmodell aufgefallen ist, ist dass gerade die einzelnen Arbeitskreise und Foren, die in den letzten Jahren vielerorts gegründet wurden, einerseits die Möglichkeit bieten, fachliches Wissen zu verbreiten und andererseits Raum bieten, um Unmut zu bekunden. Meines Erachtens ist Empörung ein grundlegender Motor für Veränderungen und die Basis für Widerstand und somit wichtig. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Empörung auf dieser Stufe stehen bleibt und es nicht zu einer Umsetzung von Alternativen kommt. Einen zweiten problematischen Punkt sehe ich darin, wenn diese Empörung unsachlich wird. Ich habe auf den Foren der Arbeitskreise viele polemische Diskussionen beobachtet, welche für eine sachliche Argumentation nicht förderlich sind. Dies wird hingegen häufig wieder relativiert durch fachliche Texte, Fachtagungen und wirkungsvolle Aktionen in der Öffentlichkeit.

7.5 Allgemeine Schlussfolgerungen

Es ist in allen drei Denkmodellen ersichtlich, dass von Seiten der Autorinnen und Autoren ein grosses Unbehagen vorhanden ist im Bezug darauf, dass die Soziale Arbeit aufgrund ihrer Verankerung im System und den doppelten Ansprüchen von der Gesellschaft und den Adressatinnen und Adressaten das Potenzial hat, die Ungleichheiten des Systems zu reproduzieren. Soziale Arbeit kann als Handlangerin des Systems wirken, sie kann eine repressive und anpassende Macht ausüben und Normen vermitteln, welche nicht mit den Zielen der Sozialen Arbeit vereinbar sind. Die aktuelle restriktive Sozialpolitik und der aktivierende Sozialstaat haben zu Veränderungen in der Praxis der Sozialen Arbeit geführt welche dieses Unbehagen verstärkt haben. Die Denkmodelle setzen sich damit auseinander, wie durch politische Soziale Arbeit verhindert werden kann, dass die systemischen Anforderungen Überhand nehmen. Es besteht eine Skepsis gegenüber dem strategischen und dem systemintegrativen Handeln der Sozialen Arbeit, da man sich bewusst ist, dass dies auch illegitim sein kann. Trotzdem besteht das Bewusstsein, dass Soziale Arbeit strategisches Handeln nicht negieren kann, es ist in gewissen Umständen, beispielsweise im Bereich des Kinderschutzes oder in Jugendheimen, notwendiger Bestandteil der integrierenden Funktion der Sozialen Arbeit. Der Legitimationsdruck gegenüber der Öffentlichkeit steigt bei strategischem Handeln, er steigt aber genauso gegenüber den Professionellen selber, als Sozialarbeitende mit professionellen und ethischen Anforderungen an die Erfüllung der Ziele der Sozialen Arbeit. Gegenüber wahrgenommenen, illegitimen Anforderungen an die Soziale Arbeit wird das Bedürfnis nach einer normativen Orientierung für Widerstand spürbar. Diese wird im Denkmodell des politischen Mandates beispielsweise mit einer Orientierung an den Human- und Geisteswissenschaften sowie einer Parteilichkeit für die Adressatinnen und Adressaten genannt, im Denkmodell der Repolitisierung wird diese genannt über eine Orientierung an berufsethischen Prinzipien, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit. Im Denkmodell der Kritischen Sozialen Arbeit wird eine kontinuierliche Reflexion der eigenen Praxen gefordert. Die gesellschaftstheoretische Perspektive bietet Hand für eine theoretische Reflexion und eine normative Orientierung indem sie die Möglichkeit eröffnet, professionelles Handeln auf seine Legitimität hin zu prüfen. In einem ersten Schritt wird kommunikatives von strategischem Handeln unterschieden und in einem zweiten Schritt werden Kriterien beschrieben, die erfüllt sein müssen, damit strategisches Handeln legitim ist. Unter dieser Perspektive ist es möglich, konkrete Handlungen in der Praxis zu analysieren und in Folge illegitime Interventionen abzulehnen. Sie bietet eine theoretische Grundlage für Widerstand gegen illegitime Praxen. Die Theorie kann helfen, jene Normen zu entlarven, welche lediglich auf eine Anpassung an illegitime Strukturen abzielen, sie kann helfen sich in dem Spannungsfeld verschiedener Ansprüche zurechtzufinden und aufgrund einer diskursiven Prüfung von Normen zu vermeiden dass die Soziale Arbeit Interventionen ausübt, welche dazu führen, dass die Machtposition der Sozialen Arbeit als eine illegitime Form von Anpassung missbraucht wird.

Interessant ist die Feststellung, dass es unter den Handlungsvorschlägen sehr viele verschiedene Ideen und Appelle dafür gibt, eine politische Soziale Arbeit umzusetzen. Es

zeigt sich, dass sich die Autorinnen und Autoren bewusst sind, dass es oftmals problematisch ist, die gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen und dass diesem Problem mit konkreten Vorschlägen begegnet werden muss. Meine subjektive Unterteilung in konkrete und weniger konkrete Handlungsvorschläge hat aber hervorgehoben, dass sich viele der Handlungsvorschläge auf der unkonkreten Ebene bewegen, es sind Appelle, die sich sehr oft auf innerprofessionelle Haltungen beziehen. Dies verdeutlicht meines Erachtens, dass es schlussendlich an jedem und jeder Professionellen selber liegt, den politischen Aspekt der Sozialen Arbeit wahrzunehmen oder nicht und diesem eine normative Orientierung zu geben. Ich habe festgestellt, dass auch jene Handlungsvorschläge, welche ich der Kategorie der konkreten Vorschläge zugeordnet habe, in ihrer Umsetzung doch sehr viel Spielraum offen lassen, wie man diese ausgestalten kann. Sie sind im Grunde genommen nicht wirklich konkret, sie sind zwar konkreter als jene der zweiten Kategorie, jedoch hängt die Richtung in welche sich die Handlung bewegt, stark von der normativen Orientierung der Professionellen ab. Die Auseinandersetzung mit solchen Vorschlägen kann jedoch Denkanstöße für die eigene Praxis geben, welche es dann situationsangemessen umzusetzen gilt.

Auffallend ist, dass sich zwar viele der Handlungsvorschläge in den Denkmodellen wiederholen, dass aber auch stets wieder neue dazukamen. Offensichtlich gibt es vier Handlungsvorschläge, denen besondere Wichtigkeit zugemessen wird, sie kommen in allen drei Denkmodellen vor. Diese sind: 1. Politikberatung auf der institutionellen Ebene und Gestaltung der Sozialpolitik, 2. Öffentlichkeitsarbeit, 3. Analyse und Reflexion der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse und die Funktion der Sozialen Arbeit im gesellschaftlichen Bezugsrahmen, 4. Parteilichkeit mit den Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit. Erstaunlich wenige Handlungsvorschläge werden von allen drei Denkmodellen in der Kategorie der direkten Arbeit mit Adressatinnen und Adressaten gemacht. Hier ist der Bezug zur gesellschaftstheoretischen Perspektive interessant. Graf macht keine konkreten Handlungsvorschläge. Trotzdem ist es möglich, seine Ausführungen für die Praxis zu nutzen. Wenn diese Perspektive auf die direkte Arbeit mit Adressatinnen und Adressaten bezogen wird, so sollte jede direkte Intervention durch die Vermittlung von Mündigkeit und Sozialer Anerkennung dazu beitragen, dass Menschen sich vermehrt am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen können. So kann die Legitimität einer Demokratie gestärkt werden und dazu beigetragen werden, dass die Mehrheit der Interessen anstelle der Interessen der Mehrheit in der Gesellschaft Beachtung finden. Die Institutionen der Sozialen Arbeit und deren Praxen können auf System- und Sozialintegration und in diesem Zusammenhang auf die Legitimität vorhandener Systemintegration geprüft werden. Die Normen, auf welche man sich in der Praxis bezieht, müssen dahingehend geprüft werden, ob sie gültig und im allgemeinen Interesse sind. Eine Handlungsaufforderung der gesellschaftstheoretischen Perspektive könnte demzufolge sein, systemintegrative Interventionen und Normen, die nicht auf verallgemeinerbaren Interessen beruhen, mit der entsprechenden Begründung aktiv abzulehnen und dahingehend zu verändern. Damit einher geht auch die Forderung nach der eigenen Bestimmung des Gegenstandes der Sozialen Arbeit. In der Bearbeitung der Handlungsvorschläge der Denkmodelle hat sich herauskristallisiert, dass oftmals eine Orientierung fehlt, in welche Richtung politische Prozesse beeinflusst werden sollen. Es wird impliziert, dass es zu

einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Adressatinnen und Adressaten führen soll, jedoch wird oftmals mehr Gewicht auf die Art und Weise der Einmischung gelegt, als darauf, in welche Richtung sich diese bewegen soll. Mit den eben genannten Kriterien, wie sich die eigenen Handlungen auf ihre Legitimität und Wirkung hin prüfen lassen, lassen sich auch die gemachten Handlungsvorschläge in der konkreten Situation prüfen. Die gesellschaftstheoretische Perspektive kann hier eine normative Orientierung geben. Mit dem Ziel einer vermehrten Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs und somit der Erhöhung der Legitimation der sozialen Ordnung können politische Prozesse und Strukturen analysiert und somit gefördert oder abgelehnt werden. In einer Verknüpfung der Handlungsvorschläge mit der gesellschaftstheoretischen Perspektive könnte man also sagen, dass letztere die normative Orientierung gibt, um die Vorschläge in die gewünschte Richtung hin realisieren zu können. Die Handlungsvorschläge können auf ihren Beitrag zur Ermöglichung von kommunikativen Situationen und der Intensivierung des gesellschaftlichen Diskurses geprüft werden.

7.6 Persönliche Stellungnahme

Die Prämisse, die ich in der Einleitung formuliert habe, dass Soziale Arbeit einen politischen Ursprung, eine politische Funktion sowie eine politische Verantwortung hat, hat sich durch die Auseinandersetzung bestätigt. Sie hat sich jedoch differenziert. Das Erkennen verschiedener Politik- und Demokratieverständnisse gibt die Möglichkeit, die Denkmodelle differenzierter zu betrachten, die zugrunde liegenden Annahmen zu verstehen und somit auch in den Handlungsvorschlägen deutlicher wahrnehmen zu können, auf welcher Ebene Veränderungen angestrebt werden. Die Differenzierung des Begriffs der Rahmenbedingungen trägt ebenfalls dazu bei. In der Einleitung habe ich erwähnt, dass eine Theorie oder ein Denkmodell ein Versuch ist, die Realität darzustellen, mit je nach dem einem höheren oder tieferen Erklärungsnutzen. Mein Verständnis für die Funktion und die Rolle Sozialer Arbeit in der Gesellschaft hat sich durch die Auseinandersetzung vertieft. Aus den unterschiedlichen Ansichten darüber, wie politische Soziale Arbeit aussehen sollte, geht hervor, dass jede und jeder Sozialarbeitende schliesslich für sich selber eine Haltung ausdifferenzieren muss, die sie oder er vertreten will und kann. Dies kann unterstützt werden durch die Auseinandersetzung mit der Thematik in der Ausbildung, der Praxis, der Wissenschaft, im Team und auf privater Ebene. Man sollte bereit sein, seine eigene Haltung kontinuierlich dem Diskurs auszusetzen, um sie dadurch entweder zu festigen, oder gegebenenfalls zu revidieren. Dann liegt es an jeder und jedem einzelnen, diese Haltung auch umzusetzen. Ich bin jedoch der Meinung, dass eine kritisch-reflexive Grundhaltung und ein Miteinbezug der gesellschaftlichen Perspektive aufgrund der Verantwortung die wir den Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit gegenüber haben, von jedem Sozialarbeitenden gefordert werden kann. Den spezifischen Nutzen, den ich aus dieser Arbeit ziehe, ist auf der einen Seite eine breite Sammlung an Handlungsvorschlägen verschiedener Kategorien für eine politische Praxis der Sozialen Arbeit, welche, in jeder konkreten Situation auf ihre Legitimität geprüft, umgesetzt werden können. Es gilt dabei, sich konkret mit der Frage auseinanderzusetzen, auf welcher Ebene man handelt respektive Veränderungen erzielen will.

Als wichtig erachte ich ebenfalls, dass es nicht nur darum geht, Veränderungen zu erreichen, sondern auch legitime und notwendige Strukturen zu erhalten. Auf der anderen Seite sehe ich einen grossen Nutzen dieser Auseinandersetzung darin, dass die Theorie des kommunikativen Handelns die Möglichkeit eröffnet, grundsätzlich die eigenen Handlungen auf ihre Legitimität hin zu prüfen. Damit einher geht auch das Prüfen der Rahmenbedingungen, in denen die Soziale Arbeit eingebunden ist auf deren Legitimität, aber auch der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Rahmenbedingungen auf einer Ebene der grundsätzlichen Verteilung von Macht und Ressourcen. Das Fragen nach dem Sinn, dem Zweck und der Legitimität der Handlungen sowie der institutionalisierten Praxen und Rahmenbedingungen, der Gültigkeit der dabei vermittelten Normen und der Rückbezug auf verallgemeinerbare Interessen bilden eine Grundlage für sozialarbeiterisches Handeln, welches dadurch auch ein politisches Handeln ist. Es ist eine grundlegende normative Orientierung, welche nicht nur in der sozialarbeiterischen Praxis ihre Wirkung entfalten kann, sondern auch im alltäglichen privaten Leben oder in ausserberuflichem politischem Handeln. Es ist nicht zu bestreiten, dass eine so verstandene politische Soziale Arbeit nicht dem Mainstream entspricht. Konflikte innerhalb und ausserhalb der Profession, mit Arbeitgebern, Vorgesetzten, politischen Vertreterinnen und Vertretern, auch mit Adressatinnen und Adressaten sind unvermeidbar. Das von Habermas beschriebene Recht zu passivem Widerstand kann sich in der Praxis recht ungemütlich ausgestalten. Trotzdem bin ich der Meinung, dass es notwendig ist, sich in an Grenzen heranzuwagen und diese, wo es nötig ist, auch zu überschreiten.

7.7 Weiterführende Fragestellungen

Weiterführende Fragestellungen gäbe es viele, ich möchte hier auf drei eingehen, die sich mir während des Verfassens der Schlussfolgerungen gestellt haben. Erstens wäre es interessant, kritische Organisationen, wie auch Zusammenschlüsse von Sozialarbeitenden, beispielsweise den Berufsverband oder Gruppierungen Kritischer Sozialer Arbeit dahingehend zu analysieren, auf welcher Ebene Veränderungen angestrebt werden und auf welche Rahmenbedingungen sie Bezug nehmen. Zweitens wäre es eine Untersuchung wert, die Einstellungen von Hochschulen Sozialer Arbeit zu analysieren bezüglich ihrer Vermittlung der gesellschaftlichen Perspektive und der Herausbildung einer kritisch-reflexiven Berufshaltung bei Studierenden. An dritter Stelle wäre der Trend, der von vielen der beigezogenen Autorinnen und Autoren beobachtet wird, hin zu einer vermehrt kritischen Haltung von Sozialarbeitenden, daraufhin zu untersuchen, ob er sich ausweitet und verfestigt, oder ob er sich als eine Randerscheinung weiterentwickelt.

Literaturverzeichnis

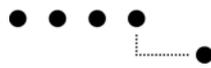
- Anhorn, Roland, Bettinger, Frank, Horlacher, Cornelis & Rathgeb, Kerstin. (2012a). Vorwort. In Roland Anhorn, Frank Bettinger, Cornelis Horlacher & Kerstin Rathgeb (Hrsg.), *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Anhorn, Roland, Bettinger, Frank, Horlacher, Cornelis & Rathgeb, Kerstin. (2012b). Zur Einführung: Kristallisationspunkte kritischer Sozialer Arbeit. In Roland Anhorn, Frank Bettinger, Cornelis Horlacher & Kerstin Rathgeb (Hrsg.), *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit*. (S. 1-23). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit. (n.d.). *Der «Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit» (AKS)*. Abgerufen von www.kritischesozialarbeit.de
- Bakic, Josef, Diebäcker, Marc & Hammer, Elisabeth. (n.d.). *Kritische Soziale Arbeit als immer schon recht kritische Sozialarbeit?!* [PDF]. Abgerufen von http://www.kriso.at/fileadmin/upload.dir/BUTA_SIOE_KritischeSozialeArbeit.pdf
- Bakic, Josef, Diebäcker, Marc & Hammer, Elisabeth. (2009). Editorial [PDF]. *Kurswechsel*, 3/2009, 3-10. Abgerufen von <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/kurswechsel-3-2009-editorial3.pdf>
- Bakic, Josef, Diebäcker, Marc & Hammer, Elisabeth. (2012). Kritische Soziale Arbeit in Österreich. Kritisch-reflexive Ansprüche in einem fragmentierten Theorie- und Praxisfeld. In Roland Anhorn, Frank Bettinger, Cornelis Horlacher & Kerstin Rathgeb (Hrsg.), *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit*. (S. 207-224). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beck, Christian. (2007). Zwischen Revolution und Ökonomie. Über einige Aspekte sozialer Anwaltschaft. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit*. (S. 109-120). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Bettinger, Frank. (2013). Kritik Sozialer Arbeit – Kritische Soziale Arbeit. In Jutta Hartmann & Bettina Hünersdorf (Hrsg.), *Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Disziplinäre und interdisziplinäre Diskurse*. (S. 87-108). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bommes, Michael & Scherr, Albert. (2012). *Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe*. (2. Aufl.). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Böhnisch, Lothar, Schröer, Wolfgang. (2012). *Sozialpolitik und Soziale Arbeit*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Cremer-Schäfer, Helga. (2001). Ein politisches Mandat schreibt man sich zu. Zur Politik (mit) der Sozialen Arbeit. In Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. (S. 55-70). Opladen: Leske + Budrich.
- Cremer-Schäfer, Helga & Resch Christine. (2012). «Reflexive Kritik». Zur Aktualität einer (fast) vergessenen Denkweise. In Roland Anhorn, Frank Bettinger, Cornelis Horlacher & Kerstin Rathgeb (Hrsg.), *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit*. (S. 81-106). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Duden Online. (n.d.). *Mandat*. Abgerufen von <http://www.duden.de/rechtschreibung/Mandat>
- Engemann, Thomas, Fischer, Jörg, Müller, Reinhard & Volkmer, Wolfgang. (2007) Die Repolitisierung Sozialer Arbeit aus der Sicht eines Wohlfahrtsverbandes. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit*. (S. 133-148). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Graf, Martin Albert. (1988). *Wie kann (sozial-)pädagogisches Handeln und Intervenieren aus der Sicht der Theorie des kommunikativen Handelns legitimiert werden?* (Lizentiatsprüfung). Fachbereich Pädagogik/ Sozialpädagogik: Winterthur.
- Graf, Martin Albert. (1993). Erziehungsheime als soziale Figuration zwischen lebensweltlich und systemisch orientierter Integration. In Erich Otto Graf (Hrsg.), *Heimerziehung unter der Lupe* (S. 85-109). Luzern: Edition SZH.
- Graf, Martin Albert. (1996). *Mündigkeit und Soziale Anerkennung. Gesellschafts- und bildungstheoretische Begründungen sozialpädagogischen Handelns*. Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Graf, Martin Albert & Vogel, Christian. (2010). Sozialarbeit als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse und Prozesse. Ein Beitrag zur Stärkung des Unterscheidungsvermögens. In Petra Benz Bartoletta, Marcel Meier Kressig, Anna Maria Riedi & Michael Zwilling (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Schweiz* (S. 26-39). Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.

- Hartmann, Jutta & Hünersdorf, Bettina. (2013). Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Eine Einführung. In Jutta Hartmann & Bettina Hünersdorf (Hrsg.), *Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Disziplinäre und interdisziplinäre Diskurse*. (S. 9-30). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- IFSW International Federation of Social Workers. (2000). *Definition of Social Work* [PDF]. Abgerufen von http://www.avenirsocial.ch/cm_data/DefSozArbeitIFSWIASSW.pdf
- Kappeler, Manfred. (2012). Kritische Soziale Arbeit, Biografie und Zeitgeschichte. In Roland Anhorn, Frank Bettinger, Cornelis Horlacher & Kerstin Rathgeb (Hrsg.), *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit*. (S. 271-296). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kessl, Fabian. (2013). Warum und wie Kritik und k/Kritische Soziale Arbeit? Eine Positionierung. In Jutta Hartmann & Bettina Hünersdorf (Hrsg.), *Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Disziplinäre und interdisziplinäre Diskurse*. (S. 109-126). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- KRISO Forum für kritische Soziale Arbeit . (2011). *Positionspapier* [PDF]. Abgerufen von <http://www.kriso.ch/wp-content/uploads/Positionspapier.pdf>
- Kusche, Christoph & Krüger, Rolf. (2001). Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen! In Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. (S. 15-26). Opladen: Leske + Budrich.
- Lallinger, Manfred & Rieger, Günter. (2007). Vorwort. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit*. (S. 7-12). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Lorenz, Friederike & Seithe, Mechthild. (n.d.). *Was tun?* Abgerufen von: <http://www.einmischen.com/>
- Merten, Roland. (2001). Soziale Arbeit im Strudel ihres (politischen) Selbstverständnisses? Eine Einleitung. In Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. (S. 7-14). Opladen: Leske + Budrich.
- Merten, Roland. (2007). Zwischen politischem Anspruch und verschlafenen Chancen. Soziale Arbeit im Selbstgespräch über eine Re-Politisierung. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit*. (S. 53-68). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Mühlum, Albert. (2007). Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Ein Rückblick in die Zukunft. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit*. (S. 15-30). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Opielka, Michael. (2007). Soziale Arbeit und Sozialpolitik. Neue Anforderungen an Professionalität in einer Bürgergesellschaft. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit*. (S. 31-52). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Rieger, Günter. (2007). Politisierung als professionelle Herausforderung. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit*. (S. 85-108). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Schneider, Volker. (2001). Sozialarbeit zwischen Politik und professionellem Auftrag: Hat sie ein politisches Mandat? In Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. (S. 27-40). Opladen: Leske + Budrich.
- Seithe, Mechthild. (2012). *Schwarzbuch Soziale Arbeit* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Socialinfo. (2011). *Wörterbuch der Sozialpolitik*. Abgerufen von <http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=616>
- Sorg, Richard. (2001). Annäherungen an die Frage, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat. In Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. (S. 41-54). Opladen: Leske + Budrich.
- Stark, Christian. (2007). Politisches Engagement in der Sozialarbeit – Ist die politische Sozialarbeit tot? Plädoyer für eine Re-Politisierung der Sozialarbeit. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit*. (S. 69-84). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Staub-Bernasconi, Silvia. (2007). Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat [PDF]. Erscheint in: *Zeitschrift für Sozialarbeit in Österreich (SIÖ)*, (Juni 2007). Abgerufen von http://www.avenirsocial.ch/cm_data/Vom_Doppel_zum_Tripelmandat.pdf

Sünker, Heinz. (2001). Soziale Arbeit und Gesellschaftspolitik. Politisches Mandat als konstitutives Moment moderner Sozialarbeit. In Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. (S. 71-88). Opladen: Leske + Budrich.

Unabhängiges Forum für kritische Soziale Arbeit. (2001). *Resolution Berliner Arbeitstagung*. Abgerufen von www.einmischen.com

Verein Kritische Soziale Arbeit. (n.d). *Verein Kritische Soziale Arbeit*. Abgerufen von www.kriso.at



Bachelor-Thesis (Einzelarbeit)

Eigenhändige Erklärung des/der Studierenden zur Bachelor-Thesis

(gemäss Art. 64 SPR)

Studierende/r:
(Name, Vorname)

Bachelor-Thesis:
(Titel)

Abgabe-Zeit:
(Monat, Jahr)

Fachbegleitung:
(Dozent/in)

Ich, obgenannte Studierende / obgenannter Studierender, habe die obgenannte Bachelor-Thesis verfasst.

„Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbständig verfasst und keine andere als die angegebenen Quellen benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus Quellen entnommen wurden, habe ich als solche gekennzeichnet. Mir ist bekannt, dass andernfalls schriftliche Arbeiten gemäss Artikel 23 Abs. 1 KNR mit dem Prädikat „nicht erfüllt“ oder der Note 1.0 bewertet werden.“

Ort, Datum:

Unterschrift:
